LAND
BRANDENBURG

Ministerium für Arbeit,
Soziales, Gesundheit,
Frauen und Familie

DIALOG
Pflegekammer

Abschlussbericht

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Brandenburgischen Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht so verwendet werden, dass es als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer einzelnen Mitglieder zu verwenden.

Inhalt

Vorwort der Ministerin

1. Einleitung 7
- 1.1 Das Projekt „Dialog Pflegekammer“ 8
- 1.2 Was sind Kammern und welche Aufgaben haben sie? 9
- 1.3 Sachstand in den anderen Bundesländern 9
- 1.4 Rahmenbedingungen in Brandenburg 10
- 1.5 Zugang zur Zielgruppe Pflege(fach)kräfte 11
- 1.6 Die Einbindung der Brandenburger Akteure in den „Dialog Pflegekammer“ 12
- 1.6.1 Der „Begleitausschuss Dialog Pflegekammer Brandenburg“ 12
- 1.6.2 Der Landespflegeausschuss 14
- 1.6.3 Die Einbindung der politischen Akteure 14

2. Informationsmaßnahmen 17
- 2.1 Website 18
- 2.2 Materialien 21
- 2.3 Die Veranstaltungen 23
- 2.4 Reaktionen auf die Informationsmaßnahmen 25
- 2.5 Medienresonanz 26

3. Repräsentative Befragung 29
- 3.1 Aufgabenstellung / methodische Herangehensweise 30
- 3.2 Das Befragungskonzept 30
- 3.3 Durchführung der repräsentativen Befragung 32

4. Ergebnisse des „Dialogs Pflegekammer“ 33
- 4.1 Ergebnisse der Informationsmaßnahmen / Veranstaltungen 34
- 4.2 Ergebnisse der repräsentativen Befragung 36
- 4.2.1 Auf welcher Informationsbasis haben sich die Pflegekräfte entschieden? 38
- 4.2.2 Wofür haben sich die Pflegefachkräfte in Brandenburg ausgesprochen: Sollte in Brandenburg eine Pflegekammer eingerichtet werden? 38
- 4.2.3 Welche Gründe sprechen aus Sicht der Pflegefachkräfte für eine Pflegekammer in Brandenburg? 38
- 4.2.4 Welche Gründe sprechen aus Sicht der Pflegefachkräfte gegen eine Pflegekammer in Brandenburg? 40
- 4.2.5 Wie stehen die Pflegefachkräfte zum Pflichtmitgliedsbeitrag? 42
- 4.2.6 Wird die Pflegekammer gegenüber der Gewerkschaft als sinnvolle Ergänzung oder als konkurrierende Einrichtung gesehen? 42
- 4.2.7 Wie stehen Pflegefachkräfte zur möglichen Höhe eines Pflichtbeitrags? 43
- 4.3 Qualitative Trendaussagen zu Ergebnissen zukünftiger Pflegefachkräfte 44
- 4.4 Bewertung der Ergebnisse der Veranstaltungen und der repräsentativen Befragung 45

5. Kernergebnisse und weiteres Vorgehen 49

6. Anhang 53
Steckbriefe der Veranstaltungen 54
Komplettbericht der repräsentativen Befragung 110
LT-Beschluss Pflegekammer vom 30.04.2015 140

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

Pflegekräfte stellen die größte Berufsgruppe im Brandenburger Gesundheitswesen dar; mindestens 54.000 Beschäftigte und Auszubildende arbeiteten Ende 2017 in der Pflege. Trotzdem ist die Situation auf dem Arbeitsmarkt Pflege in Brandenburg insbesondere bei den Fachkräften angespannt. Gleichzeitig erleben immer mehr Pflegekräfte ihren Arbeitsalltag als belastend und überfordernd, klagen über Personalnot und schlechte Arbeitsbedingungen.

In diesem Zusammenhang werden bundesweit Pflegekammern und ihr potenzieller Nutzen bei der Lösung der Probleme in „der Pflege“ kontrovers diskutiert. Mit der Errichtung einer Pflegekammer würde das Land bislang eigene Regelungsaufgaben an ein Selbstverwaltungsorgan abgeben. Die Pflegekammer würde daraufhin bestimmte Interessen der Pflegefachkräfte finanziell und organisatorisch unabhängig vertreten. Die Pflegefachkräfte wären Pflichtmitglieder dieser Kammer, die sich über die Pflichtbeiträge ihrer Mitglieder finanzieren würde.

Daher hat der Brandenburger Landtag im April 2015 die Landesregierung beauftragt, die Pflegekräfte im Land zunächst neutral über das Für und Wider einer Pflegekammer zu informieren. Im Anschluss daran sollte in einer repräsentativen Befragung das Votum der Pflegefachkräfte zum Thema Pflegekammer ermittelt werden. Das Brandenburger Gesundheitsministerium hat daraufhin im Frühjahr 2017 den „Dialog Pflegekammer“ ins Leben gerufen. Dessen Ziel war und ist, die Diskussion zum Thema Pflegekammer mit den Brandenburger Akteuren aus „der Pflege“ und mit den Pflegekräften vor Ort zu führen. Wir haben den Dialog dabei als einen ergebnisoffenen Prozess angelegt, in den wir von Beginn an die im Bereich Pflegekammer aktiven Akteure im Land wie beispielsweise die Berufsverbände, Pflegeschulverbände, Arbeitgeberzusammenschlüsse, die Gewerkschaft ver.di und die BTU Cottbus-Senftenberg gezielt einbezogen haben.

Ab Frühjahr 2018 sind wir an die beruflich Pflegenden in Brandenburg herangetreten, um ins Gespräch zu kommen und gemeinsam das Für und Wider einer Pflegekammer abzuwägen. Flankierend haben wir 17.000 Flyer verteilt, eine Internetseite gestaltet und Ihre Anfragen beantwortet. Auf 14 Veranstaltungen in ganz Brandenburg haben wir darüber informiert, was eine Pflegekammer leisten kann und wo deren Grenzen sind. Gleichzeitig haben wir mit den Pflegekräften vor Ort diskutiert und so einen Meinungsbildungsprozess vor allem unter den potenziellen Pflichtmitgliedern einer Pflegekammer angestoßen.

Dabei sind wir als Gesundheitsministerium und Landesregierung konsequent neutral geblieben.

Anders als in den meisten anderen Bundesländern, wo bereits vergleichbare Befragungen stattgefunden haben, gab es in Brandenburg keine Vorfestlegungen zu dem Thema Pflegekammer. Auch wurde vom Gesundheitsministerium immer deutlich gemacht, dass die repräsentative Befragung keine Abstimmung sein würde. Die letzte Entscheidung, ob in Brandenburg eine Pflegekammer errichtet werden wird oder nicht, liegt beim Landtag.

Auf den folgenden Seiten finden Sie den Abschlussbericht des „Dialogs Pflegekammer“, seine Planungs- und Umsetzungsschritte und die Ergebnisse unserer Informationsmaßnahmen und der repräsentativen Befragung. Sie werden sicher auch feststellen, dass die Ergebnisse vielschichtig und zum Teil auch widersprüchlich sind.

Eine große Einigkeit besteht allerdings darüber, dass die Pflegefachkräfte in Brandenburg eine wirkungsvolle Interessenvertretung in Politik und Gesellschaft wollen, die mit einer Stimme spricht. Sie wollen nicht länger hinnehmen, dass ihre Interessen weiterhin hintenanstehen.

Bei der Frage, wie dieses Ziel zu erreichen ist, gehen die Einschätzungen jedoch weit auseinander. Dies kann man unter anderem daran ablesen, dass sich bei der repräsentativen Befragung eine deutliche Mehrheit von 56 % für die Errichtung einer Pflegekammer ausgesprochen hat. Gleichzeitig votiert aber eine annähernd gleich große Gruppe von 53 % gegen den Pflichtmitgliedsbeitrag. Wir haben uns deshalb entschieden, den „Dialog Pflegekammer“ im Frühjahr 2019 fortzusetzen.

Dazu lade ich die im Land in „der Pflege“ aktiven Akteure herzlich ein: Setzen Sie sich mit den Ergebnissen des „Dialogs Pflegekammer“ auseinander. Diskutieren Sie den Abschlussbericht in Ihren Verbänden, Organisationen und Initiativen und teilen Sie uns Ihre Einschätzungen und Bewertungen bis Ende März 2019 mit. Wir werden uns im Gesundheitsministerium parallel ebenfalls mit den vorliegenden Ergebnissen und mit Ihrem Input auseinandersetzen.

Unser Ziel ist, im Laufe des Mai 2019 unsere Empfehlung dem Brandenburger Landtag vorzulegen, zur weiteren Befassung noch in dieser und in der nächsten Legislaturperiode.

Zum Abschluss danke ich allen Beteiligten im Land, die sich bisher in den „Dialog Pflegekammer“ eingebracht haben. Mein besonderer Dank gilt dabei dem „Begleitausschuss Dialog Pflegekammer“ und den gastgebenden Einrichtungen der Dialog-Veranstaltungen. Ohne Sie, Ihr Vertrauen in den Prozess und ohne Ihre Bereitschaft, den „Dialog Pflegekammer“ mit Leben zu füllen, wäre dieser in der vorliegenden Form nicht möglich gewesen. Bitte beteiligen Sie sich auch in den kommenden Monaten weiter am „Dialog Pflegekammer“ und an der Beantwortung der Frage, wie eine wirkungsvolle Interessenvertretung „der Pflege“ in Brandenburg aussehen sollte.

Susanna Karawanskij
Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

1.

Einleitung

1. Einleitung

Mit dem Landtagsbeschluss vom 30.04.2015 (LT-Drs. 6/1268-B; vollständiger Beschluss s. Anhang) wurde die Landesregierung aufgefordert:

1. eine Informationskampagne zu konzipieren und umzusetzen, um die potenziellen Mitglieder einer Pflegekammer umfassend über das Für und Wider, unter anderem über Arbeits- und Funktionsweise, Pflichtmitgliedschaft und Mitgliedsbeiträge, aufzuklären,
2. unter Berücksichtigung bereits vorliegender Erfahrungen und Ergebnisse anderer Bundesländer ein Konzept für eine repräsentative Befragung der Pflegekräfte zu erarbeiten und dieses im zuständigen Fachausschuss des Landtags sowie unter Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern der Fachverbände, Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft und gesellschaftlichen Akteuren zu erörtern,
3. eine unabhängige Institution mit der Durchführung und Auswertung der Befragung zu beauftragen,
4. den zuständigen Fachausschuss des Landtags über die Informationskampagne, die Befragungsergebnisse und das weitere Vorgehen zu unterrichten.

Der Landtag hat 2015 damit die Voraussetzungen dafür geschaffen, die potenziellen Pflichtmitglieder einer Kammer neutral zu informieren, unter ihnen einen Meinungsbildungsprozess anzustoßen und im Anschluss eine tendenziell informierte Gruppe zu befragen.

1.1 Das Projekt „Dialog Pflegekammer“

Das mit der Konzeption und Umsetzung des Landtagsbeschlusses beauftragte Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (MASGF) setzte diesen Beschluss mit dem ergebnisoffenen „Dialog Pflegekammer“ um.

Konzeptionell wichtig war hierbei, die politische Diskussion um die Vor- und Nachteile einer Pflegekammer in die (Fach-)Öffentlichkeit zu tragen. Ziel war, die Pflegekräfte vor Ort zunächst möglichst umfassend und neutral zu informieren. Anschließend sollte in der repräsentativen Befragung ermittelt werden, wie die Pflegefachkräfte als potenzielle Pflichtmitglieder zu einer Pflegekammergründung stehen.

Im Vergleich zu den Pflegekammerprozessen in anderen Bundesländern wies der „Dialog Pflegekammer“ in Brandenburg mehrere Besonderheiten auf:

- Es war von vornherein ein zweistufiger Prozess geplant: erst neutral informieren, dann befragen.
- Landesregierung und Ministerin machten während des Dialogs keine inhaltlichen Aussagen dazu, ob sie die Gründung einer Pflegekammer befürworten oder ablehnen.
- Das in der repräsentativen Befragung ermittelte Votum der Pflegekräfte sollte nicht alleine ausschlaggebend sein für die Gründung bzw. Nichtgründung einer Pflegekammer. Die politische Entscheidung darüber lag und liegt beim Landtag.

Mit der Entwicklung und Umsetzung der Informationsmaßnahmen und der repräsentativen Befragung im „Dialog Pflegekammer“ wurden zwei externe Dienstleister beauftragt. Diese wurden über zwei öffentliche Vergabeprozesse ermittelt und im 1. Quartal

2018 beauftragt. Die neues handeln GmbH (später umgewandelt in die neues handeln AG) wurde mit der Konzeption und Durchführung der Informationsmaßnahmen beauftragt. Für die repräsentative Befragung erhielt die Psyma Health & CARE GmbH den Auftrag.

Das Projekt „Dialog Pflegekammer“ wurde in drei Phasen durchgeführt:

1) Die etwa einjährige Konzeptions- und Vorbereitungsphase bis April 2018: In dieser Zeit konstituierte sich der „Begleitausschuss Diskurs Pflegekammer“, der das Projekt seitdem begleitet. Gleichzeitig erfolgte aufbauend auf den Erfahrungen in anderen Bundesländern die Konzeption und Planung des Projektes im zuständigen Referat des MASGF. Auch die Planung und Durchführung der öffentlichen Ausschreibungen für die Informationsmaßnahmen und die repräsentative Befragung sowie der Abschluss dieser Vergabeverfahren fanden in dieser Zeit statt.

2) Die Umsetzungsphase, die von Mitte April bis Mitte Oktober 2018 andauerte: Hier wurde die interessierte (Fach-) Öffentlichkeit über Internetauftritt, Presseaktivitäten und insgesamt 14 Dialog-Veranstaltungen in ganz Brandenburg über den „Dialog Pflegekammer“ informiert. Zeitlich versetzt fand die repräsentative Befragung unter den Pflegefachkräften statt.

3) Die Auswertungsphase ab Mitte Oktober 2018 bis über den Jahreswechsel 2018/2019, die die Vorstellung der Ergebnisse, deren Bewertung durch die gesellschaftlichen und politischen Akteure und den Abschlussbericht mit der Empfehlung des Gesundheitsministeriums an den Landtag umfasste.

1.2 Was sind Kammern und welche Aufgaben haben sie?

Kammern (wie zum Beispiel die Ärztekammern oder die Industrie- und Handelskammern) werden üblicherweise auf Landesebene als Körperschaften des öffentlichen Rechts (K. d. ö. R.) errichtet. An die jeweilige Kammer gibt der Staat eigene Regelungskompetenzen nach seinem Ermessen ab. Die Kammer nimmt dann im Zuge von Standesvertretung, Standesaufsicht und Standesförderung insbesondere die Selbstverwaltung ihres Berufsstandes wahr. Zu ihren Aufgaben gehört es unter anderem, berufliche Richtlinien und Vorschriften zu erlassen, den Berufsstand zu überwachen und die Berufsangehörigen zu registrieren. Die Angehörigen des jeweiligen Berufsstandes sind Pflichtmitglieder in ihrer Kammer und finanzieren diese über ihre Mitgliedsbeiträge.

1.3 Sachstand in den anderen Bundesländern

Ab 2010 hatten vor dem Start vom „Dialog Pflegekammer“ bereits in acht Bundesländern Befragungen bzw. Abstimmungen zum Thema Pflegekammer stattgefunden. Konkret wurden in (zum Teil repräsentativen) Befragungen in Bayern, Berlin, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Schleswig-Holstein die Haltung der Pflegekräfte zu Pflegekammern ermittelt.

Nur in Hamburg sprach sich eine Mehrheit der befragten Pflegefachkräfte gegen die Gründung einer Pflegekammer aus. In den verbleibenden sieben Bundesländern votierte eine mehr oder weniger deutliche Mehrheit der Befragten für eine Pflegekammergründung.

Parallel zum „Dialog Pflegekammer“ wurden in den Bundesländern Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen ebenfalls repräsentative Befragungen auf den Weg gebracht. In Baden-Württemberg sprach sich eine deutliche Mehrheit der Befragten für die Gründung einer Pflegekammer aus. In Hessen entschied sich eine knappe Mehrheit der Befragten gegen die Gründung einer Pflegekammer. Die NRW-Befragung befindet sich derzeit (Anfang Dezember 2018) noch in der Auswertung.

Die erste deutsche Pflegekammergründung erfolgte am 01.01.2016 in Rheinland-Pfalz. Die Gründung der „Pflegeberufekammer Schleswig-Holstein“ fand am 21.04.2018 statt und am 08.08.2018 konstituierte sich die „Pflegekammer Niedersachsen“.

In Bayern befindet sich derzeit die „Vereinigung der Pflegenden in Bayern“ in Gründung – es handelt sich dabei auch um eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, allerdings ohne das Element der Pflichtmitgliedschaft. Insofern handelt es sich nicht um eine Pflegekammer, sondern – äquivalent zum bayrischen Landesjugendring – um eine auch als „Pflegering“ bezeichnete Körperschaft.

1.4 Rahmenbedingungen in Brandenburg

Pflegekräfte stellen die größte Berufsgruppe im Brandenburger Gesundheitswesen dar. Ende 2017 waren ca. 50.000 Menschen in Brandenburg in stationären und ambulanten Beschäftigungsverhältnissen in der Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege als examinierte Fachkräfte sowie als Hilfskräfte in der Alten- und Krankenpflege beschäftigt. Außerdem befanden sich in Schulen und in universitären Ausbildungsgängen ca. 4.000 Schülerinnen und Schüler sowie Studierende in der Ausbildung in die genannten Pflegeberufe.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt Pflege in Brandenburg ist angespannt. Insbesondere im sogenannten Speckgürtel um Berlin wird diese Situation weiter verschärft durch die räumliche Nähe zu besser entlohnten Arbeitsplätzen. Sowohl in der Altenpflege als auch in der Krankenpflege bleiben offene Stellen lange vakant und freie Pflegeplätze bzw. Betten können aufgrund von Personalengpässen teilweise nicht belegt werden. Als wichtigste Gründe für diese Engpässe werden insbesondere die Entlohnung und die Arbeitsbedingungen genannt. Zudem weist die demografische Entwicklung in Brandenburg im Vergleich zu bundesweiten Daten einige Besonderheiten auf, die die angespannte Personalsituation perspektivisch weiter verschärfen wird.

Hinzu kommen sozioökonomische und arbeitsfeldspezifische Merkmale, die die Situation „der Pflege“ deutlich von anderen Berufsgruppen abhebt:

„Die Pflege“ ist nach wie vor ein weiblich geprägtes und von einer hohen Teilzeitquote gekennzeichnetes Berufsfeld. Gleichzeitig ist das Arbeitsfeld zersplittert in Fach- und Hilfskräfte und die drei großen Professionsgruppen Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege mit ihren jeweiligen Zusatzqualifikationen und Spezialisierungen. Zwischen der Alten- und Krankenpflege gibt es ein deutliches Lohngefälle, das sich bundesweit, aber auch in Brandenburg zeigt.

Die Landschaft der in der Pflege tätigen Akteure ist ebenfalls fragmentiert: Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft stehen kirchlichen, gemeinnützigen und privatwirtschaftlichen Trägern gegenüber. Es gibt eine große Anzahl von Berufs- und Arbeitgeberverbänden. Gleichwohl ist der Organisationsgrad unter den Pflegekräften

niedrig – sowohl in den Berufsverbänden, als auch in der Gewerkschaft. Als Grund hierfür wird für die Altenpflege in einer Studie eine große Skepsis gegenüber kollektivem Handeln zum Beispiel in Gewerkschaften oder Verbänden beschrieben (s. WSI Mitteilungen 3/2017, Aufsatz Wolfgang Schroeder, „Altenpflege zwischen Staatsorientierung, Markt und Selbstorganisation“).

Die Brandenburger Pflegelandschaft ist insofern komplex; die spezifischen Gründe für die Situation in „der Pflege“ sind dementsprechend vielschichtig und miteinander verwoben.

In diesem Zusammenhang werden bundesweit, aber auch in Brandenburg Pflegekammern und ihr potenzieller Nutzen bei der Lösung der oben genannten Probleme in der Pflege kontrovers diskutiert. Die Frage, ob und wie diese gegebenenfalls zu einer Aufwertung der Pflegeberufe und damit zu einer Verbesserung der Beschäftigungssituation oder zum Beispiel zu einer Steigerung der Qualität in der Pflege führen können, wird dabei höchst unterschiedlich beantwortet.

1.5 Zugang zur Zielgruppe Pflege(fach)kräfte

Die zuvor benannten ca. 50.000 Pflegekräfte und 4.000 zukünftigen Pflegekräfte waren die Hauptzielgruppe der Informationsmaßnahmen im „Dialog Pflegekammer“. Die anschließende repräsentative Befragung richtete sich nur an die „Teilmenge“ der Pflegefachkräfte und zukünftigen Pflegefachkräfte – als potenzielle Pflichtmitglieder einer Pflegekammer. Die erfolgreiche Durchführung der Informationsmaßnahmen und der repräsentativen Befragung hing in beiden Fällen von der erfolgreichen Ansprache beider Zielgruppen ab. Dieser wurde und wird unter anderem von den folgenden sozio-ökonomischen, sozialen und räumlichen Faktoren bestimmt:

- Es gibt kein zentrales Register aller im Land beschäftigten Pflege(fach)kräfte und damit keinen direkten Zugang zu dieser Gruppe.
- Pflegefachkräfte sind heterogen, was Alter, Art der Beschäftigung, Qualifikation etc. angeht.
- Ihr Organisationsgrad in Berufsverbänden / Gewerkschaften und ihre sonstige Vernetzung sind gering.
- Die Arbeitgeberlandschaft ist heterogen und von verschiedenen Trägerstrukturen und Verbänden gekennzeichnet.
- Brandenburg ist ein Flächenland: 50 % der Bevölkerung leben auf 15 % der Landesfläche, die übrigen 50 % der Bevölkerung verteilen sich auf 85 % der Landesfläche.
- Der Grad der ambulanten Versorgung ist insbesondere in der Altenpflege sehr hoch, was zu dezentralen Strukturen und einer hohen Mobilität der Pflegekräfte führt.
- Der Informationsgrad zum Thema Pflegekammer ist unter den Berufsangehörigen zum Teil sehr niedrig.

Damit kam den Arbeitgebern von Pflegekräften eine hohe Bedeutung als potenziellem Kommunikationskanal zu, über den die Pflegekräfte erreicht, angesprochen und befragt werden konnten. Aber auch das Ziel, über den „Dialog Pflegekammer“ die politische Diskussion um die Vor- und Nachteile einer Pflegekammer in die Fachöffentlichkeit zu tragen, setzte die Einbindung der verschiedenen Akteure im Arbeitsfeld zwingend voraus.

1.6 Die Einbindung der Brandenburger Akteure in den „Dialog Pflegekammer“

Angesichts dieser Situation war daher entscheidend für den „Dialog Pflegekammer“, in welchem Maße die verschiedenen Akteure im Arbeitsfeld sich für den Dialog und seine Maßnahmen öffnen würden.

Sehr hilfreich hierfür war, dass der „Dialog Pflegekammer“ von Beginn an als neutraler Informations- und Befragungsprozess geplant wurde, bei dem auch das beauftragende Ministerium und die zuständige Ministerin inhaltlich neutral blieben. Dies bildete die Grundvoraussetzung für die Gegner und Befürworter einer Pflegekammer, sich an dem Prozess zu beteiligen und diesen perspektivisch zu unterstützen.

1.6.1 Der „Begleitausschuss Dialog Pflegekammer Brandenburg“

Daher wurde bereits im Frühjahr 2017 der „Begleitausschuss Dialog Pflegekammer Brandenburg“ (zunächst „Begleitausschuss Diskurs Pflegekammer“) als beratendes und primär intern tätiges Gremium gegründet. In seinem Selbstverständnis definierte sich der Begleitausschuss im Juli 2017 wie folgt:

„Der ‚Begleitausschuss Diskurs Pflegekammer‘ umfasst relevante gesellschaftliche Akteure zum Thema Pflegekammer in Brandenburg. Durch ihn bindet das MASGF diese frühzeitig in die Planung des Diskurses Pflegekammer (Informationsmaßnahmen, repräsentative Befragung) ein und schafft Transparenz über die Entscheidungsprozesse. Der Ausschuss begleitet den ergebnisoffenen Diskurs Pflegekammer über die gesamte Projektlaufzeit auf der Arbeitsebene. Die Akteure werden durch feste Mitglieder und gegebenenfalls deren Stellvertretungen im Ausschuss vertreten.

Der Begleitausschuss liefert inhaltlich-fachlichen Input, gibt Feedback und fungiert als Multiplikator in die Gesundheits- und Pflegelandschaft und zu ihren Trägern sowie den Pflegekräften vor Ort. Für seine einzelnen Arbeitsschritte formuliert der Begleitausschuss gegebenenfalls konkrete Ziele. Bei anstehenden Meilensteinen im Projekt soll ausreichend Zeit zur Rückkoppelung in die Organisationen / Verbände seiner Mitglieder gegeben werden.

Wesentliches Ziel der Arbeit des Begleitausschusses ist, die neutrale, wertfreie und ergebnisoffene Ausrichtung der Informationsmaßnahmen und der repräsentativen Befragung zu gewährleisten und die Akzeptanz des gesamten Diskurses zu befördern. Der Begleitausschuss achtet daher insbesondere darauf, das Für und Wider und die Möglichkeiten und Grenzen einer Pflegekammer gleichermaßen herauszuarbeiten und zu benennen.

Der Begleitausschuss hat dabei keine Entscheidungsbefugnisse. Seine Mitglieder beraten das MASGF. Die letztliche Entscheidung und Verantwortung für den Prozess liegt beim MASGF. Hieraus ergeben sich keine bindenden Vorgaben für die Entscheidungsprozesse in den Mitgliedsverbänden. […]“

In dem Begleitausschuss waren und sind die folgenden 14 Akteure vertreten:

- BRANDENBURGISCHE TECHNISCHE UNIVERSITÄT COTTBUS-SENFTENBERG, CAMPUS SENFTENBERG
- BRANDENBURGISCHER VERBUND DER PFLEGESCHULEN – PFLEGESCHULBUND E. V.
- BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT HAUSKRANKENPFLEGE E. V. (B.A.H. E. V.)

- BUNDESVERBAND LEHRENDE GESUNDHEITS- UND SOZIALBERUFE E. V. (BLGS), LANDESVERBAND BRANDENBURG
- BUNDESVERBAND PFLEGEMANAGEMENT – LANDESGRUPPE BERLIN UND BRANDENBURG E. V.
- BUNDESVERBAND PRIVATER ANBIETER SOZIALER DIENSTE E. V. (BPA)
- DEUTSCHER BERUFSVERBAND FÜR PFLEGEBERUFE NORDOST E. V. (DBFK)
- INITIATIVE PFLEGEKAMMER BERLIN-BRANDENBURG
- LANDESKRANKENHAUSGESELLSCHAFT BRANDENBURG E. V. (LKB)
- LANDESPFLEGERAT BERLIN-BRANDENBURG (LPR)
- LANDKREISTAG BRANDENBURG E. V.
- LIGA DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE – SPITZENVERBÄNDE IM LAND BRANDENBURG
- STÄDTE- UND GEMEINDEBUND BRANDENBURG
- VER.DI LANDESBEZIRK BERLIN-BRANDENBURG

Weitere Mitglieder des Begleitausschusses waren und sind die neues handeln AG (ehemals GmbH) und die Psyma Health & CARE GmbH (die beiden Dienstleister der Informationsmaßnahmen und der repräsentativen Befragung). Daneben ist das MASGF durch vier Vertreterinnen und Vertreter aus den für die Pflegeberufe und die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Referaten im Begleitausschuss vertreten.

Damit hatte und hat der Begleitausschuss eine Größe, die auch ein Arbeiten an konkreten Textvorschlägen – wie zum Beispiel beim Flyer oder Fragebogen – noch gut ermöglicht.

Der Begleitausschuss übernahm damit auch die wichtige Aufgabe, eines der Ziele des Landtags zu erreichen: Er versammelte Vertreterinnen und Vertreter der Fachverbände sowie Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft. Er bezog so die gesellschaftlichen Akteure in die Prozessgestaltung und -umsetzung ein, unter anderem indem er das Konzept des „Dialogs Pflegekammer“ erörterte und modifizierte.

Der „Begleitausschuss Pflegekammer“ tagte ab Anfang Mai 2017 bis Mitte Dezember 2018 insgesamt acht Mal in zwei- bis dreistündigen Sitzungen. Vor allem die ersten beiden Sitzungen dienten dem Aufbau des Begleitausschusses, der Entwicklung seines Selbstverständnisses und der konzeptionellen Vorbereitung der Projektschritte im „Dialog Pflegekammer“. In den folgenden Sitzungen wurden unter anderem die Planungen und das „Wording“ der Informationsmaßnahmen und Befragung, des Informationsflyers und des Fragebogens behandelt. Auch zur Frage, wie die Pflegekräfte im Land am besten auf den Dialog aufmerksam gemacht werden können, lieferte der Begleitausschuss wichtige Anstöße. Die Anregungen und Hinweise des Begleitausschusses sind in die Konzeption der öffentlichen Ausschreibungen des MASGF eingeflossen, über die die beiden externen Dienstleister für den „Dialog Pflegekammer“ ermittelt wurden. Außerdem haben im Rahmen der Auswahl des Befragungsdienstleisters acht Begleitausschussmitglieder an der Präsentationsrunde als Gäste teilgenommen und auch hier wichtige Eindrücke und Hinweise beigesteuert. Zum Ende der Projektlaufzeit fungierte der Begleitausschuss insbesondere als Rückkoppelungsgremium und Multiplikator in die Pflegelandschaft in Brandenburg.

Bemerkenswert war und ist die offene und lösungsorientierte Grundhaltung aller Begleitausschussmitglieder. Trotz sehr unterschiedlicher Einschätzungen und Interessenlagen beim Thema Pflegekammer ist es gelungen, die jeweiligen Themen sachlich und respektvoll zu diskutieren. So war es auch möglich, zum Beispiel beim Flyer und beim Fragebogen eine von den Beteiligten als möglichst neutral wahrgenommene Darstellung zu finden.

Für den gesamten „Dialog Pflegekammer" hat sich der Begleitausschuss damit als wertvoller und unverzichtbarer Partner erwiesen. Sein Input war entscheidend dafür, die angestrebte Neutralität bei den Informationsmaßnahmen und der Befragung zu erreichen. Gleichzeitig trug der Begleitausschuss in hohem Maße zur Qualitätssicherung bei, indem er die Kritik von außen an das MASGF weiterleitete. Ohne den vielfältigen Input, das Feedback zu konkreten Planungsschritten und die Multiplikatorentätigkeit der Mitglieder hätte der „Dialog Pflegekammer" nicht so erfolgreich umgesetzt werden können.

1.6.2 Der Landespflegeausschuss

Ergänzend zum Begleitausschuss wurden weitere Akteure insbesondere in der stationären und ambulanten Altenpflege über die Sitzungen des Landespflegeausschusses (LPA) eingebunden. Ab April 2017 war der „Dialog Pflegekammer" auf allen Sitzungen vertreten und der LPA wurde über die anstehenden Projektschritte und Zwischenstände im Projekt regelmäßig informiert. Zudem wurden die LPA-Mitglieder auch als Multiplikatoren tätig. Sie leiteten die Informationen zum „Dialog Pflegekammer" zum Beispiel zum Start der Informationsmaßnahmen Mitte April 2018 und zum Beginn der telefonischen Befragungsphase Anfang Juli 2018 an ihre Mitglieder weiter und regten diese zur Teilnahme an.

Auch dies half, den „Dialog Pflegekammer" in die Breite zu streuen, die Zielgruppen im Land zu erreichen und die Akzeptanz für das Projekt zu erhöhen.

1.6.3 Die Einbindung der politischen Akteure

Der zuständige Landtagsausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (AASGFF) wurde regelmäßig in bzw. zu seinen Sitzungen über den aktuellen Sachstand im Projekt informiert. Diese Informationen erfolgten persönlich über die damalige Ministerin oder Staatssekretärin, aber auch auf schriftlichem Wege. Auch die jeweils angepasste Zeitplanung im Projektverlauf wurde in den Ausschuss rückgekoppelt. Zudem kam es im Projektzeitraum zu verschiedenen mündlichen Anfragen zu verschiedenen Aspekten der Informationsmaßnahmen und repräsentativen Befragung, die schriftlich beantwortet wurden. Dabei standen Fragen zum aktuellen Sachstand und zur Neutralität der Maßnahmen im Vordergrund. Daneben spielte die Beantwortung von Sach- und Fachfragen ebenfalls eine größere Rolle sowie die Informationen über andere Pflegekammerbefragungen. Im Rahmen der Kleinen Anfrage 3904 (LT-Drs. 6/9603) zur „Situation der Pflege in Potsdam" erkundigte sich ein Mitglied des AASGFF unter anderem danach, wann die Veröffentlichung der Ergebnisse aus der Befragung zur Pflegekammer geplant sei. Auch diese Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

In seiner 30. Sitzung am 21.02.2018 wurde der AASGFF im Rahmen eines eigenen

Tagesordnungspunktes ausführlich über den aktuellen Sachstand und die weiteren Planungen im Projekt informiert. In seiner 32. Sitzung am 16.05.2018 folgte dann – ebenfalls wieder als eigenständiger TOP – die im Landtagsbeschluss vom April 2015 geforderte Erörterung des Befragungskonzeptes.

Die Rückkoppelung der Ergebnisse des „Dialogs Pflegekammer“ in den AASGFF wird voraussichtlich Mitte Januar 2018 stattfinden können.

Der AK 5 – Arbeit, Soziales, Gesundheit und Umwelt – der SPD-Landtagsfraktion (AK 5 SPD) wurde in seiner Sitzung vom 06.09.2017 durch Ministerin Golze über den aktuellen Sachstand des „Dialogs Pflegekammer“ informiert. Im Zuge dieser Sitzung bat der AK 5 SPD um einen schriftlichen Bericht zum Sachstand des Themas Pflegekammer in den anderen Bundesländern. Dieser wurde dem AK kurzfristig übermittelt.

Der AK Gesundheit der Fraktion der LINKEN im Landtag beschäftigte sich mehrfach mit dem Thema Pflegekammer. In seiner Sitzung am 06.12.2017 berichtete der zuständige Abteilungsleiter aus dem MASGF dem AK über den aktuellen Sachstand im Projekt. Im Beisein eines ver.di-Vertreters informierte er über die Einbeziehung der verschiedenen Akteure im Arbeitsfeld durch den „Begleitausschuss Pflegekammer“. Auch beschäftigte sich der AK mit dem Zuschnitt und der Stichprobengröße der repräsentativen Befragung. Auf seiner Sitzung am 06.06.2018 beschäftigte sich der AK erneut intensiv mit dem „Dialog Pflegekammer“. Die Vertreterin des MASGF informierte über das Konzept und die zeitliche Planung des „Dialogs Pflegekammer“. Als Gast vertrat Kai Boeddinghaus den Bundesverband für freie Kammern e. V. (bffk) auf dieser Sitzung. Schwerpunktmäßig wurde über die Neutralität und Ergebnisoffenheit des gesamten Prozesses gesprochen und insbesondere die Rolle der Veranstaltungen und die Form der Befragung diskutiert.

Die Arbeitsgemeinschaft SPD 60plus (AG 60plus) lud für den 21.06.2018 das MASGF zu einer Sitzung ein, um sich über den „Dialog Pflegekammer“ und den Stand in den anderen Bundesländern zu informieren. Die Mitglieder der AG 60plus waren über das Thema Pflegekammer sehr gut informiert; durch Gespräche in Pflegeeinrichtungen vor Ort hatten sie zudem einen sehr praxisnahen Zugang zum Thema. Dadurch entspann sich eine intensive und detaillierte Diskussion um den „Dialog Pflegekammer“ und die aus Sicht der AG 60plus notwendigen Schritte im Gesundheitssystem.

2.

Informationsmaßnahmen

2. Informationsmaßnahmen

Um den zuvor unter 1.1 beschriebenen Ansatz des „Dialogs Pflegekammer“ erfolgreich umzusetzen, wurden verschiedene Informationsmaßnahmen durchgeführt. Auf diese Weise konnte die relevante Zielgruppe über verschiedene Kanäle angesprochen und perspektivisch eine größere Anzahl von Personen erreicht werden. Im Fokus der Informationsmaßnahmen stand das Bestreben, mit den Pflegekräften ins Gespräch zu kommen, sie zu informieren und sie zu motivieren, sich eine Meinung darüber zu bilden, wie eine Interessenvertretung in der Pflege organisiert werden soll. Ziel war, mit den Pflegefachkräften in einen Dialog zu treten und sie dazu anzuregen, ihre Meinung auch in der späteren Befragung zu äußern. Daher wurde von der Agentur neues handeln GmbH empfohlen, die für die Binnenkommunikation entwickelte Bezeichnung „Diskurs Pflegekammer“, in der Außenkommunikation durch den „Dialog Pflegekammer“ zu ersetzen. Um den Aufforderungscharakter zu stärken, wurde dieses Motto durch den Claim „Ihre Stimme ist gefragt“ begleitet.

Wichtig für die Akzeptanz der Informationsmaßnahmen und das Gelingen des Dialog-Prozesses war, dass beide auch in der Wahrnehmung der Zielgruppe als neutral, nicht wertend und ergebnisoffen verstanden wurden. Das MASGF vermittelte den Pflegefachkräften, dass in diesem Prozess ihre Meinung und Einschätzung von höchstem Interesse ist, um ein repräsentatives Ergebnis zu erhalten.

Allen Informationsmaßnahmen wurden daher folgende Leitlinien zugrunde gelegt:

- VERTRAUEN SCHAFFEN

Es wurde vermittelt, warum die Meinung der Pflegekräfte gefragt ist und warum die Befragung ein wichtiges Element bei den pflegepolitischen Entscheidungen ist.

- INFORMATIONEN VERMITTELN

Verständlich, kompakt und lebensnah wurden der Sachverhalt, die Chancen und die Aufgaben einer Pflegekammer vermittelt. Die Pflegefachkräfte wurden aber auch darüber informiert, welche Aufgaben nicht durch eine Pflegekammer abgedeckt werden würden. Der Informationsprozess bot den Interessierten sowohl durch das direkte Gespräch als auch über Facebook, Telefon und E-Mail, die Möglichkeit für Nachfragen und Diskussion.

- DIALOG AUFBAUEN

Der angestrebte Meinungsbildungs- und Meinungsäußerungsprozess konnte nur gelingen, wenn es Möglichkeiten der Nachfrage, der Stellungnahme und der Diskussion gab. Die Möglichkeit zum Dialog war daher eine wichtige Voraussetzung und Motivation, sich an der Befragung zu beteiligen.

2.1 Website

Die Website mit der URL *www.dialog-pflegekammer.de* diente als zentrales Element, über das sich Interessierte über den Prozess und die Inhalte zum „Dialog Pflegekammer“ informieren konnten.

Auf der Internetseite …

- begründete das Ministerium, warum der „Dialog Pflegekammer“ durchgeführt wird;
- fanden sich übersichtlich und komprimiert (als FAQs und als Infografiken) alle Informationen zur Pflegekammer;
- konnten alle Interessierten über ein Kontaktformular Fragen stellen;
- fanden sich alle Termine der geplanten Veranstaltungen;
- konnten alle Interessierten alle Informationsmaterialien herunterladen;

Website (Startseite)

Website (Unterseite)

- wurde zur Teilnahme an der Befragung aufgefordert und zur Registrierung weitergeleitet;
- informierte das Ministerium über die Ergebnisse des Dialogs.

Die Website wurde nach der aktuellen Verordnung BITV 2.0 barrierefrei gestaltet und programmiert. Das responsive Design gewährleistete, dass die Website auf allen Endgeräten optimal genutzt werden konnte.

In der Zeit vom 19.04. bis 07.12.2018 erfolgten:

- 3.144 BESUCHE
- 389 DOWNLOADS
- 985 AUSGEHENDEN VERWEISEN (PSYMA, VIMEO, MASGF, FACEBOOK)
- 60 % SIND DIREKTE ZUGRIFFE AUF DIE INTERNETSEITE
- 15 % ALLER BESUCHE KOMMEN VON ANDEREN WEBSITES
- 24 % ALLER BESUCHE KOMMEN VON SUCHMASCHINEN

2.2 Materialien

Als Grundausstattung für den „Dialog Pflegekammer“ wurden folgende Materialien erstellt:

Flyer

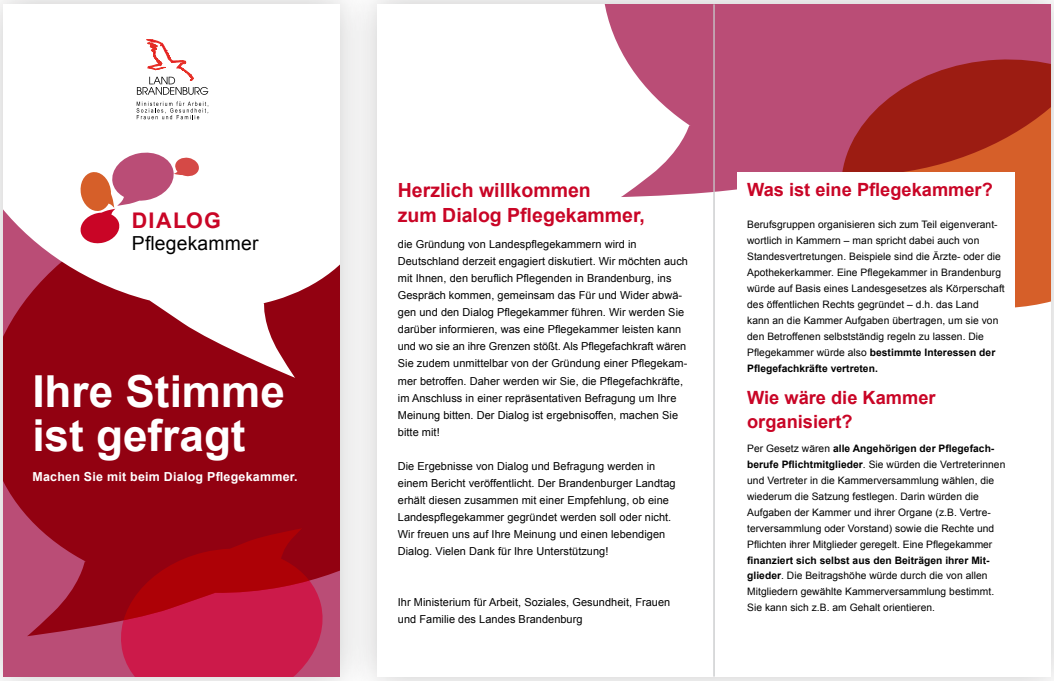
Kompakte Informationen rund um den Dialog-Prozess und über die Aufgaben und „Nichtaufgaben“ einer Pflegekammer, ergebnisoffen und neutral formuliert, forderten zur Teilnahme an Dialog-Veranstaltungen und der Befragung auf. Der Text des Flyers wurde durch den „Begleitausschuss Dialog Pflegekammer“ entwickelt und auf seine Neutralität und Ergebnisoffenheit geprüft. Seit Mitte April 2018 wurden annähernd 17.000 Flyer durch das MASGF an interessierte Einrichtungen, Arbeitgeber und Organisationen verschickt und auf Veranstaltungen verteilt.

Zudem wurde der Flyer von der Internetseite über 80-mal heruntergeladen.

Plakat

Eindruck-Plakate

Eindruck-Plakate wurden den Einrichtungen proaktiv angeboten und standen auf der Website zum Download in den DIN-Formaten A2, A3 und A4 bereit. Durch die Möglichkeit, die Plakate individuell anzupassen, konnten die Einrichtungen damit verstärkt und individuell für ihre Veranstaltungen werben. Auf der Website erfolgten zwischen April und Oktober 2018 ca. 80 Downloads.



Flyer

Aufkleber

Aufkleber sind ein einfaches Mittel, um den Dialog und das Angebot der Befragung in den Alltag der Pflegenden zu tragen und über einen längeren Zeitraum präsent zu halten.

Postkarten

Die Postkarten wurden auf den Dialog-Veranstaltungen großzügig verteilt und den Einrichtungen überlassen, um auch über eine Informationsveranstaltung hinaus für den „Dialog Pflegekammer“ zu werben.

Postkarte

Informationspaket

Zur selbstständigen Durchführung einer Informationsveranstaltung wurde auf der Website ein Informationspaket mit PowerPoint-Präsentation sowie ergänzenden Hinweisen zur Durchführung einer Veranstaltung zum Download bereitgestellt. Die Einrichtungen wurden explizit auf diese Möglichkeit hingewiesen. Es erfolgte eine aktive Anfrage durch fünf Einrichtungen. Auf der Website erfolgten zwischen April und Oktober ca. 50 Downloads.

Film

Zur Vermittlung des Prozesses „Dialog Pflegekammer Brandenburg“ wurde ein kurzer Animationsfilm erstellt. Der Film stellt in zweieinhalb Minuten komprimiert dar, welche Aufhaben eine Pflegekammer Brandenburg hätte und welche Tätigkeiten nicht in ihren Aufgabenbereich fallen würden. Darüber hinaus wurde der Film dazu genutzt, die Rechtsform sowie die Struktur der Pflegekammer zu erläutern. Der Film wurde jeweils zu Beginn einer Veranstaltung gezeigt und über die Website, Facebook, YouTube und Vimeo über 600-mal abgerufen.

2.3 Die Veranstaltungen

Der direkte, persönliche und individuelle Dialog mit den Pflegekräften war ein entscheidender Faktor, damit der Meinungsbildungsprozess und die Teilnahme an der Befragung gelingen konnten. Zentrale Bedeutung kamen daher den Informationsveranstaltungen in den Einrichtungen vor Ort zu.

Veranstaltungen

Die Gesundheitsministerin informierte über ein postalisches Anschreiben im Frühjahr 2018 unter anderem ca. 2.000 Träger von Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, ambulanten Pflegediensten, Reha-Kliniken und Hospizen sowie Verbänden in Brandenburg über den Start des „Dialogs Pflegekammer“. Mit diesem Schreiben erhielten alle die Möglichkeit, Informationsmaterial zu bestellen und sich darüber hinaus für eine Informationsveranstaltung in ihrem eigenen Haus zu bewerben. Parallel erfolgte per E-Mail über die Verteiler der Mitglieder des Begleitausschusses und des Landespflegeausschusses eine zusätzliche Ansprache dieser 2.000 Träger und Verbände. Dies geschah mit dem Ziel, die Wahrnehmung vom „Dialog Pflegekammer“ zu erhöhen und möglichst viele Interessenten für die Veranstaltungen zu gewinnen. Daher bestand hier auch die Möglichkeit für die weiterleitende Organisation, eigenes Informationsmaterial zum Thema Pflegekammer beizulegen – sofern Anschreiben und Informationen des MASGF davon unberührt blieben und eindeutig zwischen dem Material des MASGF und dem der weiterleitenden Organisation unterschieden werden konnte. Mitglieder des Begleitausschusses nahmen diese Möglichkeit in wenigen Fällen wahr; so fügten zum Beispiel ver.di und der bpa e. V. eigene Flyer der E-Mail des MASGF hinzu.

In der Folge wurden insgesamt 40 Interessenbekundungen eingereicht – eine deutlich höhere Anzahl als erwartet. Durchgeführt wurden 14 Informationsveranstaltungen in verschiedenen Orten in Brandenburg; dabei wurden in der Regel immer mehrere Einrichtungen zu einer Veranstaltung eingeladen. Auf diesem Wege konnte allen 40 interessierten Einrichtungen ein Termin für eine Informationsveranstaltung angeboten werden. Bot ein Veranstaltungstermin noch Kapazitäten und bestand die Bereitschaft der gastgebenden Einrichtung, wurden umliegende Träger ebenfalls eingeladen. Dies führte dazu, dass mindestens fünf weitere Einrichtungen an Dialog-Veranstaltungen teilgenommen haben. Zudem trafen dadurch in den einzelnen Veranstaltungen in der Regel Fach- und Hilfskräfte aus der Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege, Auszubildende dieser Berufszweige sowie Lehrkräfte aufeinander. Auch die Berufsverbände und ver.di waren in den meisten Veranstaltungen präsent, Arbeitgebervertretungen eher vereinzelt. Dies führte zu einer entsprechenden Meinungsvielfalt in den Veranstaltungen. Pro Veranstaltung konnte eine Teilnehmerzahl zwischen zehn und 120 Personen erreicht werden. Über den gesamten Zeitraum führte das zu einer Teilnehmerzahl von ca. 600 Personen.

Orte

- 23.05.2018 Perleberg, Kreiskrankenhaus Prignitz
- 31.05.2018 Frankfurt (Oder), ASB Sozialstation
- 04.06.2018 Prenzlau, Demenzberatungsstelle AWO Uckermark Sozial- und Pflege gGmbH, Prenzlau
- 12.06.2018 Cottbus, Carl-Thiem-Klinikum (zwei Veranstaltungen)
- 15.06.2018 Werder, Haus Casa Reha am Zernsee
- 18.06.2018 Senftenberg, BTU Cottbus-Senftenberg
- 25.06.2018 Neuruppin, AGUS Akademie für Gesundheits- und Sozialberufe
- 28.06.2018 Am Mellensee, Seniorenbetreuungseinrichtung „Saalower Berg“ Saalow + DRK-Seniorenbetreuungszentrum „Prießnitz-Haus“
- 23.07.2018 Brandenburg a. d. H., ASKLEPIOS Fachklinikum Brandenburg
- 31.07.2018 Königs Wusterhausen, Achenbach-Krankenhaus
- 16.08.2018 Bernau, Brandenburgklinik
- 20.08.2018 Schwedt, ASKLEPIOS Klinikum Uckermark
- 29.08.2018 Nauen, Berufs-Ausbildungs-Zentrum Selbelang e. V. Altenpflegeschule

Die regionale Streuung der Dialog-Veranstaltungen gelang sehr gut, sodass hier vonseiten des MASGF nicht nachgesteuert werden musste:

Auch die strukturelle Verteilung auf die verschiedenen Einrichtungstypen bildete die meisten Einsatzgebiete von Pflegekräften ab, sodass auch hier keine zusätzlichen Anstrengungen notwendig waren:

- AMBULANTE DIENSTE: 1
- STATIONÄRE UND TEILSTATIONÄRE EINRICHTUNGEN: 2
- KRANKENHÄUSER: 6 (EIN HAUS MIT ZWEI VERANSTALTUNGEN)
- PFLEGESCHULEN: 2
- UNIVERSITÄTEN: 1
- BERATUNGSSTELLEN: 1

Durchführung und Ablauf

Jede Veranstaltung war für die Dauer von zwei Stunden ausgerichtet. Die Veranstaltungen fanden in der Regel wochentags zwischen 12.00 und 14.00 Uhr statt. Diese Zeit wurde auf Wunsch der Pflegeeinrichtungen realisiert. Dadurch war es den Pflegefachkräften möglich, vor oder nach ihrem Dienst der Veranstaltung beizuwohnen.

Der Ablauf:

ca. 10 Min. Begrüßung und Einführung

ca. 20 Min. Kurzpräsentation zur Pflegekammer

Organisation und Arbeitsweise, Finanzierung und Mitgliedschaft, Aufgaben und Leistungsspektrum

ca. 45 Min. Workshop

ca. 10 Min. Pause

ca. 30 Min. Auswertung und Diskussion

ca. 5 Min. Abschluss und Infos zur Befragung

2.4 Reaktionen auf die Informationsmaßnahmen

Über das E-Mail-Postfach *dialog-pflegekammer@neueshandeln.de* wurden etwa 20 Nachrichten von Befürwortern und Gegnern einer Pflegekammer Brandenburg empfangen sowie von Personen, die ein generelles Interesse am Prozess „Dialog Pflegekammer“ hatten.

Befürworter einer Pflegekammer interessierten sich für die Möglichkeit eines persönlichen Engagements, wie sie über den aktuellen Stand des Dialogs informiert bleiben können, oder äußerten sich positiv über eine besuchte Veranstaltung.

Ablehner einer Pflegekammer formulierten ihre Kritik häufig, als sei die Entscheidung für eine Pflegekammer bereits gefallen. Kritisch wurde angemerkt, dass die wichtigsten Aufgaben, wie zum Beispiel Tarifverhandlungen, nicht von einer Pflegekammer übernommen würden und sie nur ein weiterer bürokratischer Wasserkopf wäre, der künstlich Stellen schaffe. Die Ablehnung einer Pflegekammer wurde auch mehrfach damit begründet, dass nur Pflegefachkräfte, nicht aber Pflegehilfskräfte gleichberechtigter Teil einer Pflegekammer sein können. Diese Tatsache wurde als diskriminierend empfunden.

Mehrere Personen verdeutlichten ihre Ablehnung zur Pflegekammer Brandenburg noch einmal explizit per E-Mail, da sie sich in der Umfrage missverstanden fühlten. Sie äußerten Zweifel daran, dass ihre Ablehnung auch tatsächlich als „Nein“

gewertet wurde. Daneben gab es neutrale Rückmeldungen, die sich auf Probleme bei der Registrierung zur Umfrage bezogen. Häufiger wurde auch die Bitte geäußert, weitere Informationen zu erhalten, um das Thema innerhalb einer Einrichtung besprechen zu können.

Auch telefonisch wandten sich vereinzelt Personen an das Team des „Dialogs Pflegekammer“. Die Anrufenden hatten unterschiedliche Beweggründe. Eine größere Gruppe hatte das Bedürfnis, ihre Kritik an einer möglichen Gründung einer Pflegekammer im direkten Gespräch zu äußern. Zum überwiegenden Teil riefen jedoch interessierte Pflegefachkräfte an, die sich näher mit dem Prozess „Dialog Pflegekammer“ beschäftigten, sich für eine Veranstaltung interessierten und/oder weitere Rückfragen hatten.

Nahezu alle geäußerten Bedenken konnten durch die Beantwortung der Anfragen ausgeräumt werden. Zusätzliches Ziel aller Antworten war zudem, zur Teilnahme am „Dialog Pflegekammer“ zu animieren, um die ganze Meinungsbandbreite in den Veranstaltungen und bei der repräsentativen Befragung zu erfassen.

Außer dem über die Internetseite und telefonisch eingehenden Feedback wurden fast ausschließlich per Post oder E-Mail wenige Reaktionen an das MASGF, zum Teil auch direkt an die Gesundheitsministerin und die Staatssekretärin gerichtet.

Hierbei handelte es sich fast ausschließlich um Reaktionen von Gruppen wie Verbänden, Einrichtungsträgern oder von Betriebsräten, die sich gegen die Gründung einer Pflegekammer aussprachen. Insgesamt 17 Betriebsräte und eine Mitarbeitervertretung (davon alleine 16 über eine gemeinsame Erklärung, die über ver.di an das MASGF herangetragen wurde) sprachen sich gegenüber dem MASGF ausdrücklich gegen die Gründung einer Pflegekammer aus. Hauptargumentationslinien in allen Anschreiben waren: die Politik und die Arbeitgeber nicht aus ihrer Pflicht zu entlassen, einen ohnehin sehr belasteten Berufsstand nicht noch über eine Pflichtmitgliedschaft und einen Mitgliedsbeitrag zusätzlich zu belasten und die Nichtzuständigkeit einer möglichen Kammer für die mit dringendsten Probleme in der Pflege – die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung. In einer E-Mail argumentierte zudem die Angehörige einer pflegebedürftigen Person gegen die Einrichtung einer Pflegekammer. Aus ihrer Sicht würde eine Pflegekammer nicht zu einer Verbesserung der Pflegeleistungen für die zu pflegenden Personen führen und zudem die Kosten für die Betroffenen und deren Angehörige noch weiter in die Höhe treiben.

Insgesamt hielt sich damit die Anzahl der an das MASGF und/oder den „Dialog Pflegekammer“ gerichteten Reaktionen in sehr überschaubaren Grenzen.

2.5 Medienresonanz

Mit der Pressekonferenz der Gesundheitsministerin und der entsprechenden Pressemitteilung erfolgte am 19.04.2018 der mediale Startschuss für die Informationsmaßnahmen im „Dialog Pflegekammer“. Zusätzlich informierte das MASGF in seiner Pressemitteilung vom 08.07.2018 über den Start des telefonischen Teils der repräsentativen Befragung. Parallel engagierten sich die Berufsverbände aus der Pflege und ver.di ebenfalls medial. Vereinzelt wurden zum Beispiel das Erklärvideo oder Teile des Facebookauftritts auf die eigenen Seiten übernommen.

Obwohl in der Zeit bis Ende 2018 das Thema Pflege bundes- und landespolitisch medial stark vertreten war, hielten sich die Pflegekammerbeiträge in den Brandenburger Medien in deutlichen Grenzen. Dies betraf sowohl den Print- wie den Online-Bereich. Bei der überschaubaren Menge von Artikeln war der „Dialog Pflegekammer“ in den Online-Medien (oder im Facebookauftritt zum Beispiel vom Landespflegerat Berlin-Brandenburg) deutlich präsenter, als in den Brandenburger Printmedien. Verglichen mit den zum Teil heftigen medialen Gefechten, die in den anderen Bundesländern während der Pflegekammerbefragungen vor allem im Internet abliefen, waren die Brandenburger Reaktionen sehr sachlich im Ton und inhaltlich geprägt.

Auch durch die Anstrengungen der gastgebenden Einrichtungen gelang es, die Presse und andere Medien zu diversen Dialog-Veranstaltungen einzuladen. Dies mündete in Berichte vor oder über die Veranstaltungen in Perleberg (30-sekündiger Beitrag von „Prignitz Online TV“ bei YouTube am 24.05.2018), in Werder (knapp achtminütiger Bericht mit Interview von Radio Potsdam am 12.06.2018), in Senftenberg (gut einminütiger Fernsehbericht in „Brandenburg aktuell“ vom rbb am 18.06.2018) und in Neuruppin (Artikel in der maz-online am 06.09.2018).

Ein etwas größeres Medienecho folgte auf die Präsentation der Kernergebnisse der Informationsmaßnahmen und der repräsentativen Befragung im „Dialog Pflegekammer“ am 20.12.2018. Hier stellte Gesundheitsministerin Karawanskij ausgewählte Ergebnisse vor. Gut 50 Teilnehmende aus den Reihen der aktiven Akteure in „der Pflege“ in Brandenburg, der Gewerkschafts- und Verbandsvertreterinnen und -vertreter sowie der Gastgeberinnen und Gastgeber von Dialog-Veranstaltungen des „Dialogs Pflegekammer“ nahmen teil und diskutierten die bis dahin vorliegenden Erkenntnisse.

Die Presseresonanz auf die Präsentationsrunde war „kurz, aber heftig“. Etwa 15–20 Presse- und Online-Artikel berichteten und kommentierten vorwiegend am 21.12.2018 die Veranstaltung und ihre Ergebnisse.

3.

Repräsentative Befragung

3. Repräsentative Befragung

3.1 Aufgabenstellung / methodische Herangehensweise

Im Anschluss bzw. verbunden mit den Informationsmaßnahmen fand die repräsentative Befragung der Pflegefachkräfte in Brandenburg statt. Mit der Durchführung der Befragung wurde im März 2018 die Psyma Health & CARE GmbH beauftragt.

3.2 Das Befragungskonzept

Telefoninterviews dienten zur Gewährleistung der Repräsentativität und Vermeidung potenzieller Beeinflussung der Stichprobenzusammensetzung. Hierfür wurden computergestützte Telefoninterviews (CATI) durchgeführt, als Subauftragnehmer kam hierfür die GESS Phone & Field Marktforschung GmbH zum Einsatz. Die Stichprobenziehung wurde von Psyma auf Basis von Einrichtungslisten, die vom

Geplante Rahmendaten der repräsentativen Befragung

Projekttitel:	Repräsentative Befragung zur Haltung der Pflegefachkräfte zur Errichtung einer Pflegekammer in Brandenburg
Projektziel:	Ermittlung differenzierter Daten zur Haltung der Pflegefachkräfte in Brandenburg zur möglichen Errichtung einer Landespflegekammer. Daneben sollen die inhaltlichen Gründe der Pflegefachkräfte für ihr Votum und deren Gewichtung ermittelt werden.
Projektstart:	Mit Auftragsvergabe Ende März 2018
Hauptzielgruppe:	Examinierte Fachkräfte, die die Berufsbezeichnung Gesundheits- und (Kinder-)Krankenpfleger/-in oder Altenpfleger/-in führen. Die Befragung zukünftiger Fachkräfte / Pflegeschülerinnen und -schüler bzw. Studierender dieser Fachrichtungen ist ergänzend vorgesehen.
Stichprobenziehung:	Die Ziehung der Stichprobe über eine klassische Zufallsstichprobe ist für diese Zielgruppen nicht möglich, da keine Liste aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Pflegesektor für Brandenburg bzw. der Pflegeschülerinnen und -schüler / Studierenden vorliegt, aus der man zufällig ziehen kann. Um dennoch repräsentativ zu befragen, muss die Grundgesamtheit anhand der Merkmale Institutionentyp und ihre regionale Verteilung nach Kommunengröße stratifiziert werden und die so entstehenden Teilgruppen müssen zufällig befragt werden.
Stichprobenplan:	Der Stichprobenplan gibt insgesamt n=2.170 Interviews mit folgender absoluter Verteilung der erforderlichen Anzahl Einrichtungen und Anzahl Befragter vor: *Ambulante Pflegedienste:* 500 ambulante Pflegedienste mit je einem Interview, das heißt insgesamt n=500 Interviews mit Fachkräften ambulanter Pflegedienste

Stationäre Pflegeeinrichtungen:
575 vollstationäre und teilstationäre Pflegeeinrichtungen mit je einem Interview, das heißt insgesamt n=575 Interviews mit Fachkräften stationärer/teilstationärer Pflegeeinrichtungen

Krankenhäuser:
130 Plankrankenhäuser, Privatkliniken und Rehakliniken mit insgesamt n=575 Interviews mit Fachkräften

Ausbildungsstätten für Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege:
Gesamtzahl aller 29 Schulstandorte mit insgesamt n=520 Interviews

Geplanter Erhebungszeitraum: 23.04.–05.10.2018 (Online-Befragung)
09.07.–05.10.2018 (telefonische Befragung Fachkräfte und zukünftige Fachkräfte)

beauftragenden MASGF zur Verfügung gestellt wurden, vorgenommen und die Samplelisten an das Telefonstudio übermittelt.

Online-Interviews wurden zusätzlich als Response-Komponente der Dialog-Informationsmaßnahmen vorgesehen. Die Informationsmaßnahmen des „Dialogs Pflegekammer Brandenburg“ hatten zum Ziel, neben der rein neutralen Informationsvermittlung zum Thema Pflegekammer auch eine Aktivierung der Betroffenen zu leisten. Dieser Personenkreis wurde im Rahmen der Dialog-Veranstaltungen wie auch in den übrigen Informationsmedien (Flyer, Dialog-Website etc.) auf die Möglichkeit hingewiesen, sich entweder telefonisch interviewen zu lassen oder den Fragebogen online direkt zu beantworten. Aufgrund der Selbstselektion dieser Online-Interviews können Ergebnisse dieser Interviewmethode per se nicht als repräsentativ gewertet werden. Um die statistische Schwankungsbreite der repräsentativen Telefon-Befragung im geforderten Umfang von nicht mehr als ±4 % (p=0,05) einzuhalten, sollte die absolute Anzahl der Online-Interviews rund 30 % nicht übersteigen.

Der Zugang zur Zielgruppe erfolgte über die Einrichtungen. Hierfür wurde dem Telefonstudio pro Einrichtung vorgegeben, wie viele Interviews durchzuführen sind. Die Kontaktaufnahme wurde zuvor über alle Kanäle des „Dialogs Pflegekammer“ sowie die Verteiler der Mitglieder des „Begleitausschusses Dialog Pflegekammer“ und des Landespflegeausschusses sowie die Presse angekündigt. Der Erstkontakt erfolgte während der Arbeitszeit, das eigentliche Interview konnte nach freier Wahl auch außerhalb der Arbeitszeit vorgenommen werden. Zu Beginn jedes Interviewkontakts wurde standardmäßig auf das MASGF als Auftraggeber der Befragung hingewiesen.

Die Befragungsinhalte wurden von Psyma in enger Abstimmung mit dem Ministerium und dem Begleitausschuss entwickelt und die Frageformulierungen im Konsens beschlossen. Für die Ermittlung der individuell wahrgenommenen Wichtigkeit von Argumenten gegen bzw. für die Errichtung einer Pflege-

kammer wurden offene Fragen eingesetzt. Ergänzend wurde zudem das Verfahren des Paarvergleichs angewendet. Hierbei wurden jeweils fünf Argumente gegen bzw. für die Errichtung einer Pflegekammer jedem Befragten in zufälliger Reihenfolge paarweise präsentiert; die befragte Person musste dann jeweils entscheiden, welches der beiden Argumente für sie oder ihn stärker wog.

3.3 Durchführung der repräsentativen Befragung

Der Verlauf der Interviewausschöpfung wurde von Psyma für das MASGF und die Mitglieder des Begleitausschusses auf wöchentlicher Basis mithilfe eines grafischen Feldstandberichts kontinuierlich dokumentiert, und bei den Ausschusssitzungen im Detail diskutiert. Dadurch war es möglich, an entsprechender Stelle bei Bedarf nachzusteuern.

Im Krankenhausbereich fiel auf, dass die Anzahl realisierter Telefoninterviews hinter der Erfolgsquote bei stationären/teilstationären Pflegeeinrichtungen sowie ambulanten Pflegediensten blieb. Die verfügbare Liste der Telefonnummern der Krankenhauseinrichtungen machte es erforderlich, Kontaktdaten auf Abteilungsebene aller Krankenhauseinrichtungen in Brandenburg zu ergänzen. Hierfür hat Psyma über Internetrecherchen auf Websites verfügbare Kontaktdaten aller relevanten Abteilungen ermittelt, dokumentiert und die Krankenhausstichprobe analog dem Stichprobenplan ergänzt. Parallel wurden die Krankenhäuser erneut per E-Mail gebeten, die Befragung in ihren Häusern zu unterstützen.

Um einen möglichst hohen Anteil telefonischer Interviews im Krankenhausbereich realisieren zu können, wurde in Abstimmung mit dem MASGF schließlich eine institutionelle Vollerhebung durchgeführt und unterstützende Maßnahmen zur Erhöhung der Ausschöpfung und Qualitätsförderung getroffen:

- Schulung der Telefoninterviewerinnen und -interviewer, um mögliche Probleme bei der Interviewbereitschaft der kontaktierten Fachkräfte zu beheben.
- Einsatz des Schneeballeffekts zur Stichprobenaufstockung (Rekrutierung weiterer anwesender Pflegefachkräfte auf derselben und anderen Stationen)
- Ausdehnung der Interviewtage auf Samstage und Feiertage während der Woche
- Verlängerung des Befragungszeitraums um eine Woche bei der Fachkräftebefragung und um zwei Wochen bei der Befragung der zukünftigen Fachkräfte

Die Befragung stationärer/teilstationärer Einrichtungen sowie der ambulanten Pflegedienste gestaltete sich erfolgreicher. Aber auch hier musste nach der Sommerpause die geplante Stichprobenziehung aufgegeben werden, um die angestrebte Gesamtstichprobe innerhalb des verfügbaren Zeitfensters zu erreichen. Insofern wurde bei allen drei Einrichtungen eine institutionelle Vollerhebung durchgeführt.

Die Befragung zukünftiger Fachkräfte verlief stockender als erwartet. Die telefonische Kontaktierung aller Schulstandorte brachte nicht den erwünschten Effekt, sodass das MASGF versuchte, über ein an die Schülerinnen und Schüler durch die Schulleitungen/Klassenleitungen weitergeleitetes Mailing zur Teilnahme an der Befragung zu motivieren. Leider blieb der gewünschte Effekt aus, sodass trotz einer Verlängerung des ursprünglich geplanten Befragungszeitraums in diesem Bereich die gewünschte Stichprobengröße nicht erzielt werden konnte.

4.

Ergebnisse des „Dialogs Pflegekammer“

4. Ergebnisse des „Dialogs Pflegekammer“

4.1 Ergebnisse der Informationsmaßnahmen / Veranstaltungen

Zwischen dem 23.05.2018 und dem 29.08.2018 wurden im Rahmen des „Dialogs Pflegekammer Brandenburg“ insgesamt 14 Informationsveranstaltungen in 13 verschiedenen Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern und Pflegeschulen in Brandenburg durchgeführt.

Ziel der Veranstaltungen war, eine möglichst große Anzahl von Interessierten aus dem Pflegebereich über die Aufgaben und „Nichtaufgaben“ einer Pflegekammer zu informieren. Gleichzeitig sollten die Veranstaltungen den Austausch unter den Teilnehmenden ermöglichen und somit einen Meinungsbildungsprozess anregen, wie eine Interessenvertretung „der Pflege“ aussehen könnte. Außerdem dienten die Veranstaltungen dazu, den „Dialog Pflegekammer“ transparent zu machen, die Diskussion rund ums Thema in die einzelnen Teams in den Einrichtungen zu tragen und für die Teilnahme an der repräsentativen Befragung zu werben.

Insgesamt ist der persönliche Austausch zwischen den Teilnehmenden und dem MASGF auf den Veranstaltungen sehr positiv zu bewerten: Häufig konnten durch den Austausch Missverständnisse beseitigt und falsche Informationen zu den Aufgaben und Möglichkeiten einer Pflegekammer berichtigt werden, die beispielsweise im Internet zu finden sind.

In den meisten Veranstaltungen gab es Wortführende, die im Workshop oder in der offenen Diskussion ihre Meinung stark und gegebenenfalls dominant vertreten haben. Dadurch wurde manchmal der Eindruck erweckt, dass dies jeweils die vorherrschende, allgemeine Meinung sei. Im Laufe der einzelnen Veranstaltungen meldeten sich jedoch, teilweise zunächst zurückhaltend, auch andere Teilnehmende zu Wort und vertraten eine gegensätzliche Meinung. Insgesamt verliefen fast alle Diskussionen sehr vielfältig und deckten argumentativ das gesamte Spektrum der Pro- und Contra-Argumente beim Thema Pflegekammer ab.

Dabei war deutlich zu beobachten, dass die in den Diskussionen genannten Argumentationen umso vielfältiger und differenzierter waren, je unterschiedlicher die Diskussionsrunde zusammengesetzt war. Insbesondere in den Runden, wo Pflegekräfte aus allen Professionen und aus verschiedenen Einsatzgebieten und -formen aufeinandertrafen, entwickelten sich spannende und bereichernde Diskussionen. Es zeigte sich dabei eine beeindruckende inhaltliche Tiefe und Reflexion in der Auseinandersetzung mit solch einem komplexen und durchaus „sperrigen“ Thema.

Die meisten Veranstaltungen hinterließen ein sehr differenziertes Bild über die einzelnen Meinungen der Anwesenden. Eine klare Tendenz, ob sich die Pflegefachkräfte für oder gegen eine Pflegekammer aussprechen würden, war direkt nach den Veranstaltungen nicht abzusehen.

Bei vielen Veranstaltungen begegneten die Teilnehmenden dem Thema mit einer großen Emotionalität. Dabei wurde deutlich, dass das Thema „mögliche Errichtung einer Pflegekammer“ zu einer Projektionsfläche für die insgesamt in „der Pflege“ aufgestaute Frustration wurde. Die akuten Probleme in „der Pflege“ (vor allem Personalmangel und Entlohnung) gehören nicht zum Aufgabenspektrum einer Pflegekammer – hier waren aber oft der „größte Frust“ und Gesprächsbedarf zu erkennen. Auch das Gefühl, mit den eigenen Bedürfnissen von „der Politik“ und „dem Staat“ nicht gesehen

und „ausgenutzt“ zu werden, wurde geäußert. Die Stimmungslagen schwankten hier zwischen kämpferisch-selbstbewusst bis hin zu resigniert und abgekämpft.

Auffällig war dabei, dass vielen Veranstaltungsteilnehmenden das Zusammenspiel der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte eher fremd war, wie zum Beispiel im Bereich der Tarifautonomie zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern. Es wurde häufig nicht als etwas wahrgenommen, bei dem man sich selbst engagieren will, um eigene Interessen durchzusetzen.

Trotzdem wurde immer wieder von einer Mehrheit der Pflegekräfte in den Veranstaltungen die Notwendigkeit für eine gemeinsame Interessenvertretung gesehen und betont – in welcher Form auch immer. Hierbei wurde neben der Errichtung einer Pflegekammer auch die Möglichkeit diskutiert, sich verstärkt gewerkschaftlich zu engagieren oder die Berufsverbände im Sinne einer gemeinsamen, starken Interessenvertretung weiterzuentwickeln. In diesem Zusammenhang wurde unter anderem thematisiert, ob sich die verschiedenen Interessenvertretungen in „der Pflege“ eher ergänzen oder in Konkurrenz zueinander treten würden.

Grundsätzlich wurden die Chancen einer Pflegekammer im Hinblick auf ein eigenes, berufliches Selbstverständnis und einen Zuwachs an Selbstbewusstsein als Profession von vielen Teilnehmenden betont. Gleichzeitig wurden diese Chancen von vielen anderen Teilnehmenden als zu vage wahrgenommen und abgelehnt. Die potenziellen Vorteile einer Pflegekammer würden, wenn überhaupt, erst mittel- bis langfristig zum Tragen kommen – viel zu spät für die akuten Problemlagen.

Stärkstes und immer wieder genanntes Argument gegen eine Pflegekammer war, dass es nicht zum Aufgabenspektrum einer Pflegekammer gehören wird, direkten Einfluss auf die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung zu nehmen. Zudem wurde thematisiert, dass über die Kammer weitere – überflüssige bzw. einengende – Kontrollebenen (Weiterbildung, Berufsordnung etc.) eingeführt werden würden. Hier entwickelte sich häufiger eine rege Diskussion darüber, welche Chancen in der Selbstdefinition und selbstgesteuerten Weiterentwicklung des eigenen Berufsbildes liegen können.
In der Regel blieben aber die beiden Einschätzungen abgegrenzt nebeneinander stehen.

Ähnlich verhielt es sich mit der Diskussion um die Pflichtmitgliedschaft und den Mitgliedsbeitrag: Auch hier wurde zum Teil sehr emotional argumentiert. Insbesondere im Zusammenhang mit dem als vage und unsicher empfundenen potenziellen Nutzen einer Pflegekammer wurde der Mitgliedsbeitrag von Teilnehmenden als Zumutung wahrgenommen. Gleichzeitig wurden von anderen Teilnehmenden die Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten betont, die sich aus der finanziellen Unabhängigkeit einer Pflegekammer für deren Mitglieder und den Berufsstand ergeben können.

Speziell in der Diskussion mit Altenpflegekräften wurde zudem deutlich, dass zumindest in der Wahrnehmung der Pflegekräfte selbst die juristische Unterscheidung zwischen Pflegefachkräften und Pflegehilfskräften nicht existiert. Vermutlich auch als Folge der Personalengpässe üben die Betroffenen in den Einrichtungen vielfach gleiche Tätigkeiten aus. Das hat zur Folge, dass sowohl Pflegefachkräfte als auch Pflegehilfskräfte aus der Altenpflege zu

einem erheblichen Teil die Unterscheidung zwischen ihren Berufsgruppen in einer Pflegekammer als diskriminierend und abwertend gegenüber den Hilfskräften wahrnehmen. Dies ist eine „brandenburg-spezifische“ Erkenntnis, von der in dieser Form und mit dieser Deutlichkeit bei keiner der anderen Befragungen bisher berichtet wurde.

Sollte es in Brandenburg zur Errichtung einer Pflegekammer kommen, so wäre dies einer der wichtigen Punkte, der bei den juristischen und satzungsgemäßen Regelungen Berücksichtigung finden sollte.

Die Veranstaltungen haben gezeigt, dass „die Pflege“ in Brandenburg sich intensiv mit der Situation im Arbeitsfeld Gesundheit und den daraus erwachsenden Wirkungen auf die tägliche Arbeit auseinandersetzt. Deutlich sichtbar war, dass die Hemmschwelle, sich offen zu äußern, gerade in großen Gruppen sehr hoch ist. War diese Hemmschwelle aber erst einmal überwunden, zeigten die Brandenburger Beschäftigten in „der Pflege“ einen vielfältigen und differenzierten Umgang mit dem Thema Pflegekammer bzw. Interessenvertretung in „der Pflege“. Der Bedarf einer durchsetzungsstarken Interessenvertretung wurde immer wieder thematisiert; ebenso wie die Tatsache, dass Veranstaltungsgäste oft keine Kapazitäten bei sich sehen, sich für ihre Belange in einer Kammer (oder in einem Verband / der Gewerkschaft) selbst einzusetzen. Trotzdem war gleichzeitig auch immer eine Gruppe von Teilnehmenden erkennbar, die sich vorstellen kann, sich in einer Interessenvertretung für ihren Berufsstand zu engagieren.

4.2 Ergebnisse der repräsentativen Befragung

(Die vollständigen Ergebnisse der Befragung befinden sich im Anhang des Abschlussberichtes.)

Eckwerte der Befragungsdurchführung, erzielte Stichprobengrößen und deren Bewertung

Projekttitel/-ziel:	Repräsentative Befragung zur Haltung der Pflegefachkräfte zur Errichtung einer Pflegekammer in Brandenburg
Projektstart:	Mit Auftragsvergabe Ende März 2018
Erhebungszeitraum:	23.04. – 12.10.2018: Online-Befragung 09.07. – 12.10.2018: telefonische Befragung Fachkräfte 09.07. – 19.10.2018: telefonische Befragung zukünftige Fachkräfte
Zielgruppen:	Examinierte Fachkräfte, die die Berufsbezeichnung Gesundheits- und (Kinder-)Krankenpfleger/-in oder Altenpfleger/-in führen sowie zukünftige Fachkräfte (Pflegeschülerinnen/-schüler und Studierende)
Auswahlverfahren:	Institutionelle Vollerhebung auf Basis der vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Einrichtungsliste
Erhebungsmethoden:	Computergestützte telefonische Interviews (CATI) und Online-Befragung durch Selbstrekrutierung (als Response-Element bei Veranstaltungen)
Stichprobengröße:	Anzahl der befragten Fachkräfte: 1.690 (Plan: 1.650) Anzahl der befragten zukünftigen Fachkräfte: 137 (Plan: 520)
Repräsentativität:	Die Daten der telefonischen Befragung sind repräsentativ für die Grundgesamtheit der Fachkräfte und weisen im Bereich „TOTAL“ eine äußerst geringe statistische Abweichung von nur +/– 2,4 % auf. Auf diese Daten beziehen sich die erläuternden Texte der folgenden Seiten. Die Daten der Online-Befragung sind aufgrund der sogenannten Selbstselektion der Befragungsteilnehmenden nicht repräsentativ; sie weichen deutlich von den telefonisch ermittelten repräsentativen Ergebnissen ab. Die Ergebnisse der Online-Befragung werden daher getrennt und bei den Kernergebnissen unkommentiert ausgewiesen. Die Daten zu zukünftigen Fachkräften werden gesondert unter Punkt 4.3 ausgewiesen, da keine hinreichend belastbare Stichprobengröße realisiert werden konnte. Insofern sind dort nur qualitative Trendaussagen möglich.

4.2.1 Auf welcher Informationsbasis haben sich die Pflegekräfte entschieden?

Die demografische Verteilung der Telefonstichprobe zeigt eine gute Übereinstimmung hinsichtlich des Durchschnittsalters und des Geschlechts. Der Anteil der Pflegefachkräfte mit kürzerer Berufserfahrung ist eher geringer als in der Grundgesamtheit (s. Grafiken im Anhang S. 114, s. dort Folie 5).

Die Informationsmaßnahmen des „Dialogs Pflegekammer“ haben gegriffen. Von den telefonisch Befragten haben 71 % Informationen über das Thema Pflegekammer erhalten, 58 % der Online-Teilnehmenden (s. Grafiken im Anhang S. 116, s. dort Folie 7).

4.2.2 Wofür haben sich die Pflegefachkräfte in Brandenburg ausgesprochen: Sollte in Brandenburg eine Pflegekammer eingerichtet werden?

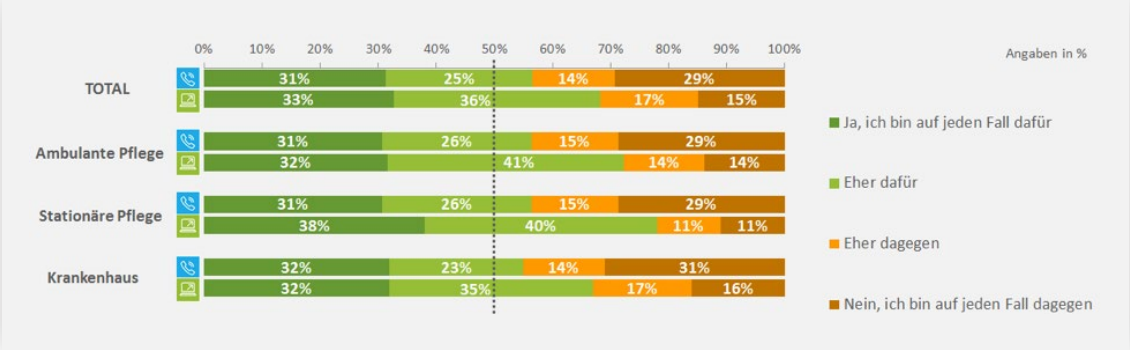
Eine signifikante Mehrheit von 56 % der Pflegefachkräfte ist für die Errichtung einer Pflegekammer in Brandenburg. Dieses Bild zeigt sich in nahezu gleichem Umfang in der ambulanten Pflege (57 %), der stationären Pflege (57 %) und im Krankenhausbereich (55 %).

Die Zustimmung von Pflegefachkräften ohne Personalverantwortung ist mit 57 % leicht höher als die von Pflegefachkräften mit Personalverantwortung mit 55 % (s. Anhang S. 115 und 118, s. dort Folie 6 und 9). Dies ist im Vergleich zu Pflegekammerstudien in anderen Bundesländern eine Besonderheit, ebenso wie die unterdurchschnittliche Zustimmungsquote von Krankenpflegefachkräften (s. Grafik 4.2.2). Hier liegen die Werte in anderen Bundesländern in der Regel über dem Durchschnitt.

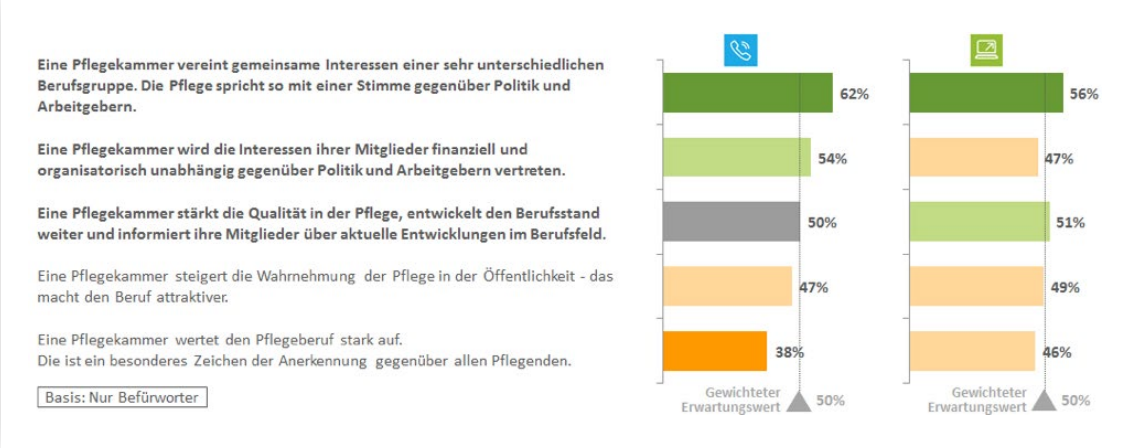
Darüber hinaus zeigt der Vergleich zwischen Pflegefachkräften in Vollzeit (56 %) und in Teilzeit (54 %), dass es auch in diesen Teilgruppen keinen wesentlichen Unterschied in der persönlichen Einstellung zur Errichtung einer Pflegekammer gibt – beide Gruppen sind mehrheitlich dafür (s. Anhang S. 115 und 119, s. dort Folie 6 und 10).

4.2.3 Welche Gründe sprechen aus Sicht der Pflegefachkräfte für eine Pflegekammer in Brandenburg?

Uns hat interessiert, welche Argumente für die Errichtung einer Pflegekammer in Brandenburg als besonders stichhaltig wahrgenommen werden: aus Sicht der Befürworterinnen und Befürworter sowie aus



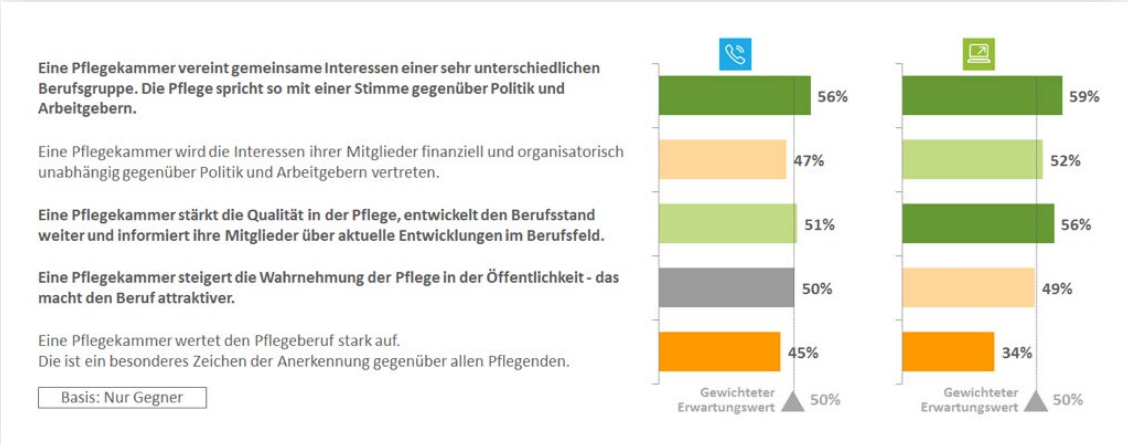
Grafik 4.2.2



Grafik 4.2.3.1 (Gründe der Befürworterinnen und Befürworter für die Errichtung einer Pflegekammer)

Sicht der Gegnerinnen und Gegner. Dafür wurde mit dem Instrument des sogenannten Paarvergleichs die Wertigkeit von insgesamt fünf vorgegebenen Argumenten abgefragt, die für die Errichtung einer Pflegekammer sprechen. Die fünf Argumente wurden in zufälliger Reihenfolge jeweils paarweise gegeneinander gestellt und die befragte Person musste sich insgesamt viermal entscheiden, welches Argument aus ihrer Sicht stichhaltiger war.

Der Hauptgrund für die Errichtung einer Pflegekammer ist für Befürworterinnen und Befürworter, dass die Pflegekammer gemeinsame Interessen unterschiedlichster Berufsgruppen vereint und mit einer Stimme gegenüber Politik und Arbeitgebern spricht (62 %). Als zweitwichtigster Grund für eine Pflegekammer wird die finanziell und organisatorisch unabhängige Interessenvertretung gegenüber Politik und Arbeitgebern angesehen (54 %). An dritter Stelle stehen für die Befürworter die Möglichkeiten einer Kammer zur Qualitätssteigerung, Weiterentwicklung und Information ihrer Mitglieder (50 %). An vierter Stelle folgt das Argument der Wahrnehmungs- und Attraktivitäts-



Grafik 4.2.3.2 (Gründe der Gegnerinnen und Gegner für die Errichtung einer Pflegekammer)

steigerung des Berufsstandes (47 %) und dann – leicht abgeschlagen – die Aufwertung / Anerkennung des Berufsstandes mit noch 38 % Zustimmung.

Der Hauptgrund für die Errichtung einer Pflegekammer ist für Gegnerinnen und Gegner ebenfalls, dass die Pflegekammer gemeinsame Interessen unterschiedlichster Berufsgruppen vereint und mit einer Stimme gegenüber Politik und Arbeitgebern spricht (56 %). Zweitwichtigster Grund ist die Möglichkeit einer Kammer zur Qualitätssteigerung, Weiterentwicklung und Information ihrer Mitglieder (51 %). An dritter Stelle wird das Argument der Wahrnehmungs- und Attraktivitätssteigerung der Pflege in der Öffentlichkeit genannt (50 %). An vierter Stelle folgt die finanziell und organisatorisch unabhängige Interessenvertretung gegenüber Politik und Arbeitgebern (47 %). Die Aufwertung und Anerkennung des Pflegeberufes (45 %) steht an letzter Stelle.

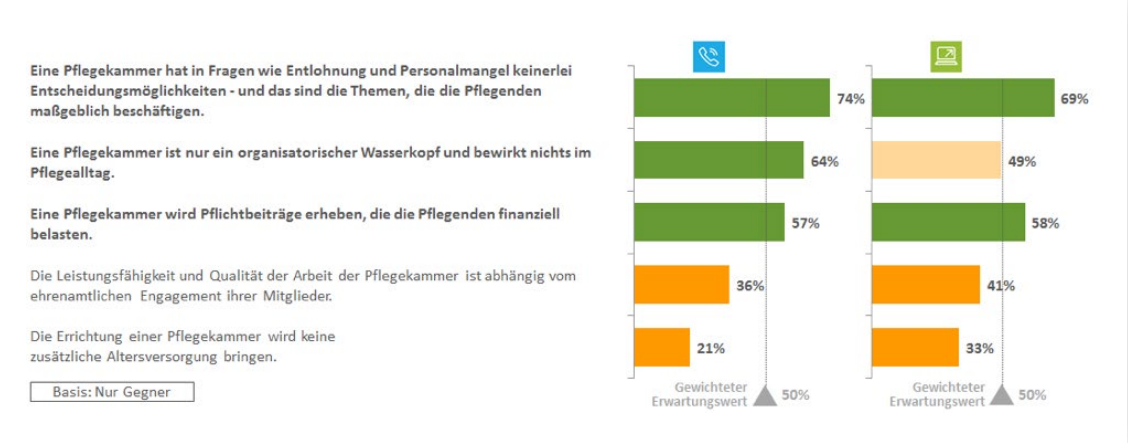
Auffällig ist, dass beiden Gruppen demselben Argument (gemeinsame Interessenvertretung der Berufsgruppen gegenüber Politik und Arbeitgebern) die höchsten Zustimmungswerte geben. Allerdings fällt die Zustimmung bei der Gruppe der Gegnerinnen und Gegner einer Pflegekammer um 6 Prozentpunkte niedriger aus, als bei den Pflegekammerbefürwortenden.

Ebenfalls auffällig ist, dass die Wertigkeit der Argumente zwei bis vier von den beiden Gruppen leicht unterschiedlich beurteilt wird. Hier sticht besonders hervor, dass das zweitwichtigste Argument der Befürwortenden aus Sicht der Ablehnenden erst an vierter Stelle steht, nämlich die finanziell und organisatorisch unabhängige Vertretung des Berufsstandes gegenüber Politik und Arbeitgebern.

Zudem sind bei der Gruppe der Ablehnenden die Abstufungen zwischen den Bewertungen der fünf Argumente insgesamt kleiner. Grundsätzlich liegen die Einschätzungen beider Gruppen aber sehr nah beieinander.

4.2.4 Welche Gründe sprechen aus Sicht der Pflegefachkräfte gegen eine Pflegekammer in Brandenburg?

In diesem Fragenblock haben wir erneut mit dem Instrument des Paarvergleichs (Erläuterung s. 4.2.3) abgefragt, welche Argumen-



Grafik 4.2.4.1 (Gründe der Gegnerinnen und Gegner gegen die Errichtung einer Pflegekammer)

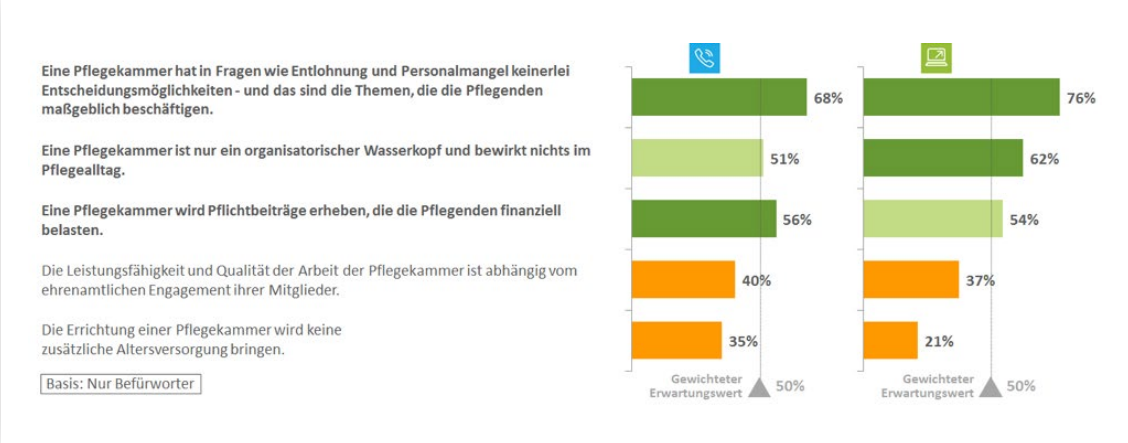
te gegen die Errichtung einer Pflegekammer als besonders stichhaltig wahrgenommen werden. Erneut haben wir diese Fragen sowohl den Gegnerinnen und Gegnern als auch den Befürworterinnen und Befürwortern einer Pflegekammer gestellt.

Der mit Abstand wichtigste Ablehnungsgrund einer Pflegekammer ist aus Sicht der Gegnerinnen und Gegner ihre fehlende Entscheidungsmöglichkeit bei Entlohnung und Personalmangel (74 %), gefolgt von der Befürchtung, dass lediglich eine neue, wirkungslose organisatorische Einrichtung geschaffen wird (64 %). Der Pflichtbeitrag spielt gegenüber diesen Gründen eine eher nachgeordnete, aber immer noch eindeutige Rolle (57 %). Die Wertigkeit der verbleibenden zwei Argumente fällt gegenüber den anderen drei Argumenten deutlich ab. Hier folgt an vierter Stelle die vom ehrenamtlichen Engagement der Mitglieder abhängende Leistungsfähigkeit und Qualität der Pflegekammer (36 %). Abgeschlagen mit nur noch 21 % Zustimmung folgt das Argument einer fehlenden zusätzlichen Altersversorgung.

Der mit Abstand wichtigste Ablehnungsgrund einer Pflegekammer ist aus Sicht der Befürworterinnen und Befürworter ebenfalls ihre fehlende Entscheidungsmöglichkeit bei Entlohnung und Personalmangel (68 %). An zweiter Stelle folgt der Pflichtbeitrag (56 %), gefolgt von der Befürchtung, dass lediglich eine neue, wirkungslose organisatorische Einrichtung geschaffen wird (51 %). Auch hier fällt die Wertigkeit der verbleibenden zwei Argumente deutlich ab. Ebenfalls an vierter Stelle folgt die vom ehrenamtlichen Engagement der Mitglieder abhängende Leistungsfähigkeit und Qualität der Pflegekammer (40 %). Relativ dicht gefolgt vom Argument einer fehlenden zusätzlichen Altersversorgung (35 %).

Das mit Abstand wichtigste Argument beider Gruppen ist die fehlende Entscheidungsmöglichkeit einer Pflegekammer im Hinblick auf die Entlohnung und den Personalmangel.

Ebenfalls bemerkenswert ist, dass der Pflichtbeitrag aus Sicht der Kammerablehnenden erst der drittwichtigste Grund gegen eine Kammer ist. Bei den Kammerbefürwortenden folgt dieses Argument an zweiter



Grafik 4.2.4.2 (Gründe der Befürworterinnen und Befürworter gegen die Errichtung einer Pflegekammer)

Stelle. Das Wasserkopf-Argument, das bei den Kammerablehnenden an zweiter Stelle steht, sehen die Kammerbefürwortenden erst an dritter Stelle. Die Reihenfolge der beiden verbleibenden Argumente sehen beide Gruppen gleich. Allerdings erhält bei den Kammerbefürwortenden die fehlende zusätzliche Altersversorgung 14 Prozentpunkte mehr als bei den Kammerablehnenden (35 % zu 21 %).

In Verbindung mit der unterschiedlichen Bewertung des Pflichtbeitrags legt dies die Vermutung nahe, dass aus Sicht der Kammerbefürwortenden monetäre Gegenargumente eine größere Wertigkeit haben als bei den Kammerablehnenden.

Auch hier lässt sich wieder das Phänomen beobachten, dass die Abstufungen zwischen den Bewertungen der fünf Argumente insgesamt kleiner bei der Gruppe sind, die mit den jeweiligen Gegenargumenten konfrontiert werden.

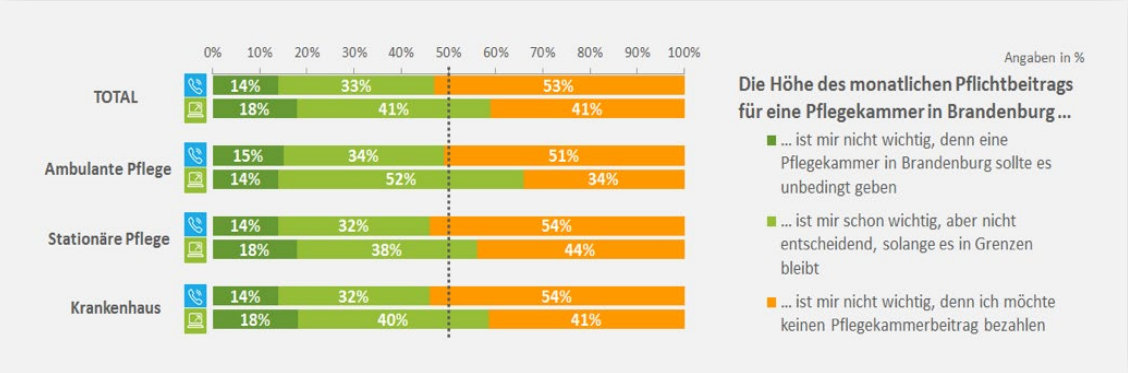
4.2.5 Wie stehen die Pflegefachkräfte zum Pflichtmitgliedsbeitrag?

Eine Mehrheit von 53 % der Befragten spricht sich gegen einen Pflichtmitgliedsbeitrag aus. Dieses Bild zeigt sich erneut in nahezu gleichem Umfang in der ambulanten Pflege (51 %), der stationären Pflege (54 %) und im Krankenhausbereich (54 %).

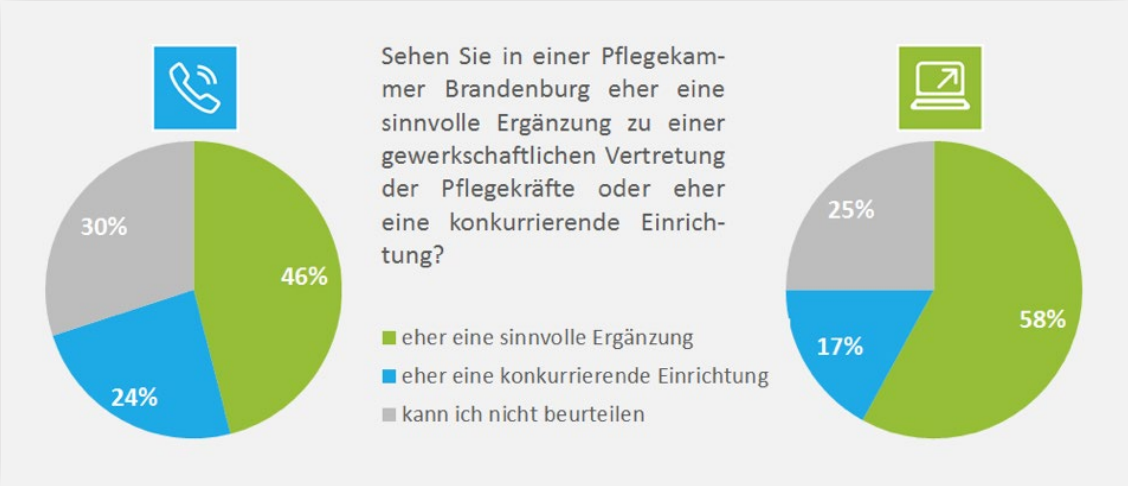
Dies ist ein aus den anderen Pflegekammerbefragungen bekanntes Phänomen – auch wenn sich eine deutliche Mehrheit für die Gründung einer Pflegekammer ausspricht, fällt die Zustimmung zum Pflichtmitgliedsbeitrag signifikant niedriger aus und befindet sich häufig unterhalb der 50 %-Grenze.

4.2.6 Wird die Pflegekammer gegenüber der Gewerkschaft als sinnvolle Ergänzung oder als konkurrierende Einrichtung gesehen?

Die meisten der befragten Pflegefachkräfte in Brandenburg (46 %) sind der Meinung, dass die Pflegekammer eine sinnvolle Ergänzung zur Gewerkschaft wäre – knapp ein Viertel (24 %) sieht in ihr eher eine konkurrierende Einrichtung. Genau ein Fünftel der Befragten gab in der telefonischen Befragung an, Gewerkschaftsmitglied zu sein.



Grafik 4.2.5



Grafik 4.2.6

4.2.7 Wie stehen Pflegefachkräfte zur möglichen Höhe eines Pflichtbeitrags?

Die im Folgenden aufgeführten Ergebnisse geben keine Hinweise darauf, wie für den Fall einer Pflegekammererrichtung in Brandenburg deren konkrete Beitragsordnung aussehen wird. Vielmehr ging es bei den Fragen zum Thema „Höhe des Mitgliedsbeitrags“ darum zu ermitteln, wo in den verschiedenen Einkommensgruppen die Grenzen zwischen unerheblichen, akzeptablen und nicht mehr akzeptablen Mitgliedsbeiträgen verläuft.

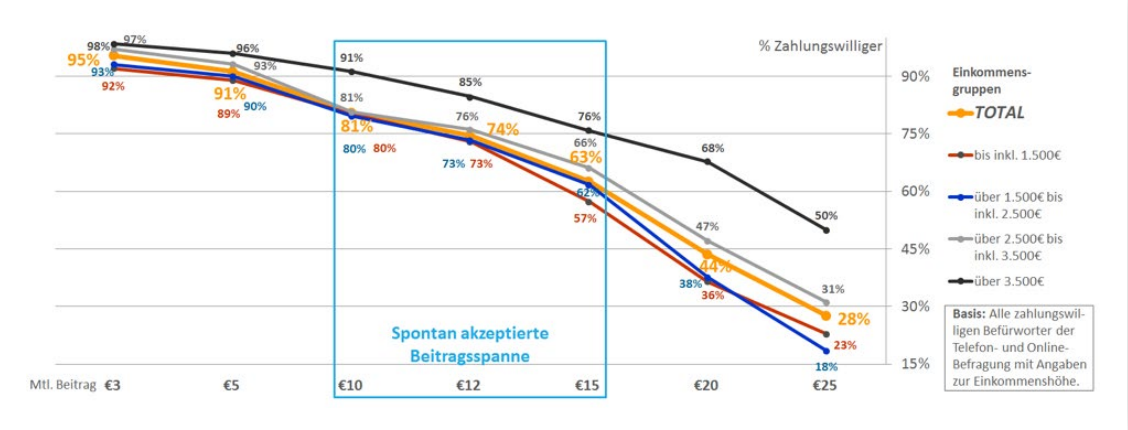
Die Einstellung der Befragten zur möglichen Höhe des Pflichtbeitrags konnte – nachvollziehbarerweise – nur bei den Pflegefachkräften ermittelt werden, die zuvor angegeben hatten, überhaupt einen Pflichtbeitrag entrichten zu wollen (s. 4.2.5).

Daher weichen die im Abschnitt 4.2.7 aufgeführten Ergebnisse in drei zentralen Punkten von den übrigen in Kapitel 4.2 vorgestellten Ergebnissen ab:

- Die Daten sind nicht repräsentativ für die Grundgesamtheit aller Pflegefachkräfte, denn sie speisen sich nur aus den Antworten der Befragten, die grundsätzlich bereit sind, einen Mitgliedsbeitrag zu entrichten (47 % der telefonisch Befragten und 59 % der online Befragten), und
- die die Frage zur Höhe ihres Einkommens beantwortet haben (77 % aller Befragten bei der Telefon-Befragung und 82 % aller Befragten bei der Online-Befragung).
- Zudem erfolgt die Auswertung auf Basis aller Zahlungswilligen aus der Telefon- und der Online-Befragung. Dies ist an dieser Stelle sinnvoll, um auch die „Beitragsschmerzgrenze“ der stärker motivierten Online-Teilnehmenden einzubeziehen.

Die Abfrage nach der möglichen Höhe eines Mitgliedsbeitrags erfolgte in zwei Stufen:

- spontan (die Befragten nannten selbst konkrete Beträge auf die Fragen, welcher Mitgliedsbeitrag ist „angemessen“, „relativ hoch, aber noch akzeptabel“, „zu hoch“ und „nicht der Rede wert“) und
- gestützt (mit vorgegebenen hypothetischen Beträgen, die zwischen 3 € und 25 € lagen).



Grafik 4.2.7

Das Ergebnis der spontanen Antworten ergibt eine akzeptierte Beitragsspanne von mtl. 10 € bis 15 € (s. S. 131, Folie 22).

Die gestützte Abfrage zeigt eine eindeutige „Schmerzobergrenze“: ein Beitrag von 20 € und mehr wird mehrheitlich nicht mehr akzeptiert. Darüber hinaus ist eine verhältnismäßig hohe Akzeptanz der insgesamt spontan akzeptierten Beitragsspanne von 10 € bis 15 € auch in den unteren Einkommensgruppen erkennbar: Je 80 % der Gruppe bis 1.500 € bzw. bis 2.500 € akzeptieren 10 € und jeweils 73 % noch 12 €. Ein Beitrag von 15 € wird von 57 % der untersten Einkommensgruppe (Verdienst bis inkl. 1.500 € monatlich) akzeptiert und 62 % der Gruppe bis inkl. 2.500 €.

4.3 Qualitative Trendaussagen zu Ergebnissen zukünftiger Pflegefachkräfte

Trotz vielfältiger Maßnahmen zur Ansprache und Aktivierung der Auszubildenden und Studierenden für die Teilnahme an der repräsentativen Umfrage in Brandenburg, konnte auf den eingeschlagenen Rekrutierungswegen keine hinreichend große Stichprobe erzielt werden. Lediglich insgesamt 137 Personen füllten den Fragebogen vollständig aus, davon online n=96 und per Telefon n=41.

Diese erreichte Gesamtstichprobe liefert daher nur qualitative Trendaussagen.

Die wichtigsten sind wie folgt:

- Die Schülerinnen, Schüler und die Studierenden hatten einen niedrigeren Informationsstand über den „Dialog Pflegekammer“ im Vergleich zu den Pflegefachkräften.
- Die Zustimmungsrate zugunsten der Errichtung einer Pflegekammer liegt bei den Auszubildenden und Studierenden deutlich über den Werten der Pflegefachkräfte.
- Für Auszubildende und Studierende sprechen zwei Argumente zugunsten der Pflegekammer: Eine grundsätzlich positive Einstellung zur Pflegekammer an sowie die Interessenvertretung bzw. Vertretung auf politischer Ebene durch die Kammer.

Die Ablehnenden unter den Auszubildenden und Studierenden nennen hauptsächlich den fehlenden Nutzen, keine Notwendigkeit einer solchen zusätzlichen Einrichtung sowie den Pflichtbeitrag als Gründe für ihre Entscheidung gegen eine Pflegekammer.

Auch Auszubildende und Studierende sehen in einer Pflegekammer eine sinnvolle Ergänzung zur Gewerkschaft. Der Anteil, der diese als konkurrierende Einrichtung wahrnimmt, ist deutlich geringer als bei den Pflegefachkräften.

Dies ist vor allem im Hinblick auf die Bewertung der Argumente bemerkenswert, die gegen die Errichtung einer Pflegekammer sprechen (s. 4.2.5). Hier nennen beide Gruppen als mit Abstand wichtigstes Argument gegen die Gründung einer Pflegekammer die Tatsache, dass die Pflegekammer bei den Themen Entlohnung und Personalmangel keinerlei Entscheidungsmöglichkeiten hat.

4.4 Bewertung der Ergebnisse der Veranstaltungen und der repräsentativen Befragung

Zentrales Ergebnis des „Dialogs Pflegekammer“ ist, dass die Pflegefachkräfte in Brandenburg eine wirkungsvolle Interessenvertretung in Politik und Gesellschaft wollen, die mit einer Stimme spricht. Sie wollen nicht länger hinnehmen, dass ihre Interessen weiterhin hintenanstehen. Dies wurde sowohl in der repräsentativen Befragung deutlich, als auch in den Veranstaltungen im „Dialog Pflegekammer“ klar und nachdrücklich formuliert.

Grundsätzlich gilt es, bei der Diskussion der Ergebnisse im Frühjahr 2019 und bei der späteren Empfehlung an den Landtag Brandenburg die folgenden Punkte zu berücksichtigen:

1) Das Votum der Pflegefachkräfte ist widersprüchlich, wenn es um die Frage geht, ob eine Pflegekammer die Interessenvertretung der Wahl sein wird:

   - Eine eindeutige Mehrheit von 56 % spricht sich für die Gründung einer Pflegekammer aus (s. Punkt 2).
   - Gleichzeitig votiert eine annähernd gleich große Mehrheit (53 %) aber gegen den Pflichtmitgliedsbeitrag. Der Pflichtmitgliedsbeitrag ist ein unveränderlicher Bestandteil einer Kammermitgliedschaft. Damit liegt hier ein inhaltlicher Widerspruch vor, der auf Grundlage der vorhandenen Ergebnisse genauer betrachtet werden sollte (s. Punkt 3).

2) Die vorliegenden Befragungsergebnisse weisen im „TOTAL“ eine geringe statistische Abweichung von +/– 2,4 % auf. Das bedeutet, dass die 56 % Zustimmung zur Pflegekammer, bezogen auf alle Pflegefachkräfte in Brandenburg, einer realen Zustimmungsquote von 53,6 % bis 58,4 % entsprechen kann. Im Umkehrschluss liegt damit die Ablehnungsquote zur Pflegekammer zwischen 46,4 % und 41,6 %.

   - Das heißt: Auch wenn wir davon ausgehen, dass die Zustimmungszahlen um 2,4 % nach unten abweichen, spricht sich immer noch eine eindeutige Mehrheit von 53,6 % der Brandenburger Pflegefachkräfte für die Gründung einer Pflegekammer aus.

   Bewertet man diese Zahlen im Hinblick auf ihre mögliche politische Umsetzung, so ist ein Stimmenverhältnis für die Errichtung einer Pflegekammer von 56 % zu 44 % (s. Grafik 4.2.2) eindeutig. Gleichzeitig stellt ein Votum von mehr als 40 % gegen eine Pflegekammer aber eine substanzielle Größe dar.

- Bei der Entscheidungsfindung sollten die möglichen negativen Auswirkungen dieses Umstands auf die Arbeit in einer möglichen Pflegekammer und auf deren Wahrnehmung in der Öffentlichkeit abgewogen werden.
- Auch sollten die Argumente, die Pflegefachkräfte für und gegen die Errichtung einer Pflegekammer nennen, bei den weiteren Beratungen Beachtung finden (s. Kapitel 4.2.3 und 4.2.4).
- Ebenso berücksichtigt wurde die Tatsache, dass knapp 40 % der Befragten „eher für" (25 %) bzw. „eher gegen" (14 %) die Errichtung einer Pflegekammer votieren. Gegenüber den jeweils etwa 30 % klaren Bekenntnissen für oder gegen eine Pflegekammer ist diese Gruppe nicht gleichermaßen gefestigt in ihren Ansichten.

3) Auch stellt sich die Frage, wie die Ablehnung des Pflichtmitgliedsbeitrags durch 53 % der Befragten zu bewerten ist. Hier sollte mit abgewogen werden:
   - Die schlechteren Zustimmungswerte zum Pflichtmitgliedsbeitrag sind „normal" – dies ist ein bei fast allen Pflegekammerbefragungen der letzten Jahre zu beobachtendes Phänomen. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Zustimmung zu Kosten tendenziell niedriger ausfällt; dies stellt nicht per se die Errichtung einer Pflegekammer infrage. Wichtig zu beachten ist aber, dass auch nach Abzug der statistischen Abweichung von 2,4 % immer noch eine, dann allerdings sehr knappe Mehrheit von 50,6 % gegen den Pflichtmitgliedsbeitrag ausspricht.
   - Betrachtet man die Argumente, die aus Sicht der Gegnerinnen und Gegner gegen die Errichtung einer Pflegekammer sprechen, so argumentieren diese in der gestützten Abfrage erst an dritter Stelle mit dem Pflichtmitgliedsbeitrag (57 %). Viel gewichtiger sind aus Sicht der Pflegekammerablehnenden inhaltliche Argumente: Die fehlenden Entscheidungsmöglichkeiten bei Entlohnung und Personalmangel sowie die Befürchtung, dass ein wirkungsloser organisatorischer Wasserkopf geschaffen wird.
   - Dieses Bild wiederholt sich in der spontanen Abfrage der Gründe, sich gegen die Errichtung einer Pflegekammer auszusprechen: Hier werden die Kosten / der Pflichtbeitrag ebenfalls an dritter Stelle von 37 % der Befragten genannt (s. Anhang S. 122, s. dort Folie 13).
   - Auf den Veranstaltungen spielte in der Regel zu Beginn der Diskussionen der Pflichtmitgliedsbeitrag eine zum Teil auch sehr emotionale Rolle. Im weiteren Verlauf vieler Veranstaltungen relativierte sich seine Bedeutung aber im Vergleich zu anderen Argumenten.

4) Daneben gilt es, die Ergebnisse der Online-Befragung angemessen zu berücksichtigen:

   Ursprünglich war geplant, die Ergebnisse von Online-Befragung und telefonischer Befragung als Gesamtergebnis auszuweisen. Die zunächst getrennt durchgeführte Auswertung beider Befragungszweige hat aber gezeigt, dass die „Selbstselektion / Selbstrekrutierung" der Befragten in der Online-Befragung zu einer überproportionalen Verschiebung

im Gesamtabstimmungsergebnis geführt hätte. Letztlich haben an der Online-Befragung signifikant weniger Pflegefachkräfte teilgenommen, die sich in jedem Fall gegen eine Pflegekammer ausgesprochen haben, als an der telefonischen Befragung. Dies kann man der Grafik 4.2.2 entnehmen. Im Bereich TOTAL haben in der Online-Befragung nur 15 % der Befragten so votiert; bei der telefonischen Befragung aber 29 %. Diese Diskrepanz zieht sich gleichermaßen auch durch die Subgruppen.

- Daher wurde die Entscheidung getroffen, die Online-Befragung getrennt auszuweisen, um die Repräsentativität der telefonischen Befragung nicht zu gefährden.
- Diese Entscheidung konnte erst bei Sichtung der Daten in der Auswertungsphase getroffen werden, nachdem die Befragung bereits beendet war.
- Das bedeutet, dass alle Teilnehmenden der Online-Befragung zum Zeitpunkt ihrer Teilnahme davon ausgehen mussten, dass ihre Voten in das Gesamtergebnis mit einbezogen werden würden.
- Insbesondere aufgrund der hohen Online-Quote bei der Befragung der Pflegefachkräfte in Krankenhäusern (s. Grafik im Anhang S. 113, s. dort Folie 4) ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass dies dort zu einer Verzerrung der Ergebnisse zuungunsten der Pflegekammerbefürwortenden in Krankenhäusern geführt hat. Denn Teilnehmende der Online-Befragung durften nicht mehr an der telefonischen Befragung teilnehmen.

Zudem haben bei der Online-Befragung in der Mehrzahl die Teilnehmenden der Veranstaltungen abgestimmt. Ihr Anteil macht etwa 58 % aus. Das bedeutet, insbesondere die Voten von hochinteressierten und sich aktiv einbringenden Pflegefachkräften würden „unter den Tisch fallen“, wenn die Online-Befragung gar keine Berücksichtigung in der Bewertung der Ergebnisse findet.

- Damit lautet die Aufgabe, in der späteren Empfehlung an den Landtag auch diese Daten angemessen zu berücksichtigen. Bei der Online-Befragung liegt die Zustimmungsquote zur Pflegekammer bei 69 % und die Zustimmungsquote zum Pflichtmitgliedsbeitrag bei 59 % – also deutlich höher als im repräsentativen telefonischen Teil der Befragung (s. Grafik 4.2.2 und 4.2.5).

5) Eine Pflegekammer als Körperschaft des öffentlichen Rechts wird ihre Aufgaben insbesondere in ihren Aufbaujahren nur auf Grundlage eines entsprechenden ehrenamtlichen Engagements interessierter Mitglieder wahrnehmen können. Hierfür müssen für den Fall der Errichtung einer Pflegekammer Voraussetzungen geschaffen werden. Dabei sollte unter anderem Folgendes berücksichtigt werden:

- Auf den Veranstaltungen wurde deutlich, dass viele Pflegefachkräfte bei sich keine Kapazitäten sehen, um sich aktiv in einer Pflegekammer zu engagieren.
- Viele Veranstaltungsteilnehmende sahen in Bezug auf die Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen in der Pflege primär „die Politik“ und „den Staat“ in der Pflicht.

- Trotzdem wurden von vielen Veranstaltungsteilnehmenden die fachlichen und inhaltlichen Chancen betont, die mit einer Pflegekammer für die Profession Pflege verbunden wären. Hier zeigte sich eine deutliche Bereitschaft zur Mitarbeit beim Aufbau und später in einer Pflegekammer selber.

Fazit und weitere Planung

Insgesamt sind die vorliegenden Ergebnisse in diversen Punkten widersprüchlich. Bevor eine Empfehlung an den Landtag ausgesprochen wird, wie dieser mit den Ergebnissen des „Dialogs Pflegekammer“ umgehen sollte, ist daher eine Rückkoppelungsrunde mit den Akteuren im Land geplant.

Das Gesundheitsministerium Brandenburg gibt allen in „der Pflege“ im Land aktiven Akteuren die Möglichkeit, sich auf Grundlage dieses Abschlussberichts zu den Ergebnissen des „Dialogs Pflegekammer“ bis Ende März 2019 zu äußern. Auch werden sich der zuständige Landtagsausschuss und Gremien wie der Landespflegeausschuss und der „Begleitausschuss Dialog Pflegekammer“ mit den Ergebnissen auseinandersetzen. Das Gesundheitsministerium wird den Input der Brandenburger Akteure bei der Erstellung seiner Empfehlung an den Landtag berücksichtigen. Diese soll im Mai 2019 vorgelegt werden.

5.

Kernergebnisse und weiteres Vorgehen

5. Kernergebnisse und weiteres Vorgehen

Nach Aufforderung durch den Landtag im April 2015 wurde der „Dialog Pflegekammer“ als zweistufiger und ergebnisoffener Informations- und Befragungsprozess ab Frühjahr 2017 in Brandenburg umgesetzt. Der „Dialog Pflegekammer“ weist darüber hinaus gegenüber den Pflegekammerprozessen in anderen Bundesländern eine weitere Besonderheit auf: Das Ergebnis der repräsentativen Befragung wird nicht alleine ausschlaggebend sein für die spätere Entscheidung des Landtags, gegebenenfalls eine Pflegekammer zu errichten. Die repräsentative Befragung war und ist keine Abstimmung, die die politische Entscheidung zur möglichen Pflegekammererrichtung ersetzen bzw. präjudizieren würde.

Ziel des „Dialogs Pflegekammer“ war und ist, die Diskussion zum Thema Pflegekammer mit den Brandenburger Akteuren und der Basis vor Ort zu führen. Gleichzeitig sollte ein Meinungsbildungsprozess angestoßen werden, um eine tendenziell informierte Basis im Anschluss befragen zu können.

Diese Zielsetzungen wurden erreicht.

Die Akteure im Land wurden ab dem Frühjahr 2017 in die Planungen und später in die Durchführung und Auswertung des Projektes einbezogen und gestalteten dieses mit. Dies wurde insbesondere ermöglicht durch die Einberufung des „Begleitausschusses Dialog Pflegekammer“ und die konsequent neutrale Haltung der Landesregierung und des MASGF. Damit war auch eine entsprechend neutrale Ausgestaltung der Informationsmaterialien und der Dialog-Veranstaltungen verbunden.

Gleichzeitig wurden die Pflegekräfte an der Basis erreicht: Annähernd drei Viertel der Pflegefachkräfte, die an der telefonischen Befragung teilgenommen haben, verfügten über Informationsmaterial des MASGF zum Thema Pflegekammer. Wichtigstes Informationsmedium waren 17.000 Projektflyer, die von Einzelpersonen und Einrichtungen beim MASGF angefordert und auf Veranstaltungen verteilt wurden. In 14 Veranstaltungen diskutierten gut 600 Teilnehmende aus mindestens 45 Einrichtungen das Thema Pflegekammer und formulierten ihre Erwartungen und Forderungen.

Ebenfalls erreicht wurde das Ziel, in einer repräsentativen Befragung das Votum der Pflegefachkräfte in Brandenburg zum Thema mögliche Errichtung einer Pflegekammer zu ermitteln. Die Daten der computergestützten telefonischen Befragung (1.224 Fragebögen) sind repräsentativ für die Grundgesamtheit aller Pflegefachkräfte in Brandenburg. Im Bereich TOTAL wurde dabei die sehr niedrige statistische Abweichung von +/– 2,4 % erreicht.

Zentrale Ergebnisse des „Dialogs Pflegekammer“ sind:

- Einigkeit besteht darüber, dass die Pflegefachkräfte in Brandenburg eine wirkungsvolle Interessenvertretung in Politik und Gesellschaft wollen, die mit einer Stimme spricht. Sie wollen nicht länger hinnehmen, dass ihre Interessen weiterhin hintenanstehen.
- Bei der repräsentativen Befragung hat sich eine eindeutige Mehrheit von 56 % für die Errichtung einer Pflegekammer ausgesprochen.
- Eine annähernd gleich große Gruppe von 53 % spricht sich aber gegen den Pflichtmitgliedsbeitrag aus. Relativiert wird dies, wenn man die Wertigkeit der Gegenargumente gegen eine Pflegekammer betrachtet. Hier rangiert der Pflichtmitgliedsbeitrag erst an dritter Stelle hinter den zwei wichtigsten inhaltlichen Argumenten (s. u.).

- Wichtigste Argumente für die Errichtung einer Pflegekammer sind aus Sicht der Befürwortenden, dass eine Pflegekammer gemeinsame Interessen unterschiedlichster Berufsgruppen vereint und mit einer Stimme gegenüber Politik und Arbeitgebern spricht sowie die finanziell und organisatorisch unabhängige Interessenvertretung gegenüber Politik und Arbeitgebern.
- Wichtigste Argumente gegen eine Pflegekammer sind aus Sicht der Gegnerinnen und Gegner die fehlenden Entscheidungsmöglichkeiten bei Entlohnung und Personalmangel sowie die Befürchtung, dass ein wirkungsloser organisatorischer Wasserkopf geschaffen wird.
- Die meisten Befragten sehen in einer Pflegekammer eine sinnvolle Ergänzung zur Gewerkschaft (46 %). Knapp ein Viertel der Befragten (24 %) sieht sie als Konkurrenz.
- Auch auf den Veranstaltungen wurde bei den Fragen Entlohnung, Personalausstattung und Arbeitsbedingungen akuter Handlungsbedarf gesehen. Hier wurden immer wieder „die Politik“ und „der Staat“ in der Pflicht gesehen, kurzfristig für Verbesserungen zu sorgen – völlig unabhängig von einer möglichen Pflegekammererrichtung.
- Gleichzeitig wurde durch Veranstaltungsteilnehmende vielfach vom eigenen Berufsstand eingefordert, selbstbewusster zu werden und die Durchsetzung der eigenen Interessen aktiv anzugehen: beispielsweise durch ein verstärktes Engagement der Pflege(fach)kräfte in Politik und Gesellschaft über die Gewerkschaft, die Berufsverbände oder auch eine Pflegekammer.
- Die Chancen einer Pflegekammer für die Weiterentwicklung „der Pflege“ wurden von vielen Teilnehmenden betont. Die Kapazitäten, sich in einer Pflegekammer (oder in der Gewerkschaft bzw. einem Berufsverband) ehrenamtlich zu engagieren, wurden aber oft eher gering eingeschätzt.

Angesichts dieser widersprüchlichen und vielschichtigen Ergebnisse, wird der „Dialog Pflegekammer“ im Frühjahr 2019 fortgesetzt.

Die im Land in „der Pflege“ aktiven Akteure sind aufgefordert, sich auf Grundlage dieses Abschlussberichtes zu den Ergebnissen des „Dialogs Pflegekammer“ bis Ende März 2019 gegenüber dem MASGF zu äußern. Auch werden sich der zuständige Landtagsausschuss sowie Gremien wie der Landespflegeausschuss und der „Begleitausschuss Dialog Pflegekammer“ mit den Ergebnissen auseinandersetzen.

Das Gesundheitsministerium wird seinerseits die vorliegenden Ergebnisse analysieren und den Input der Brandenburger Akteure bei der Erstellung seiner Empfehlung an den Landtag berücksichtigen. Diese soll im Mai 2019 dem Landtag vorgelegt werden, zur weiteren Befassung noch in dieser und in der nächsten Legislaturperiode.

6.

Anhang

Steckbriefe der Veranstaltungen

6. Informationsveranstaltung in Perleberg

Kurzbeschreibung

- *Veranstaltungsort:* Kreiskrankenhaus Prignitz, Perleberg
- *Anwesend:* Pflegemanagement (Leitungsebene) sowie Pflegefachkräfte und Pflegeschülerinnen und -schüler aus dem Kreiskrankenhaus Prignitz
- Anwesende *Medien:* Prignitz OnlineTV (ein Online-Bericht zur Veranstaltung wurde noch am selben Tag eingestellt)
- *Methode:* Fishbowl

Leitfragen:

- Welche Fragen haben Sie zum Thema Pflegekammer?
- Welche Aufgaben soll eine Interessenvertretung „der Pflege“ übernehmen?
- Was ist wichtig, damit „die Pflege“ politisch durchsetzungsfähig wird?

Kernergebnisse:

- In Perleberg zeigten sich unter den 80 Teilnehmenden zunächst einige wenige Wortführer, die angeregt und reflektiert zum Thema Pflegekammer diskutierten. Während sich zu Beginn vor allem die Kritikerinnen und Kritiker der Pflegekammer äußerten, beteiligten sich im Laufe der Diskussion auch die Befürworterinnen und Befürworter aktiv und differenziert an der Debatte.
- Nachfragen zur Pflegekammer drehten sich vor allem um die Frage des praktischen Mehrwertes einer Pflegekammer und welche Macht den Pflegekräften damit tatsächlich gegeben werden kann. Der verpflichtende Mitgliedsbeitrag wurde kritisch gesehen. Weiterhin wurde Kritik daran geäußert, dass eine Pflegekammer nicht die dringendsten Probleme „der Pflege“ kurzfristig lösen kann.
- Positiv wurde von den Beteiligten herausgestellt, dass eine Pflegekammer die Professionalisierung des Pflegeberufes unterstützen kann. Sie könnte aus Sicht einiger der Anwesenden auch das dringend benötigte Sprachrohr und politische Vertretung für den Pflegeberuf sein.
- Trotzdem wurde die Erwartung, dass sich „die Politik“ auch ohne eine solche Vertretung für die Interessen „der Pflege“ einsetzen muss, mehrfach geäußert. Aber auch das Argument wurde angeführt, dass sich „die Pflege“ ohne ein starke Vertretung ihre Interessen politisch nicht wird durchsetzen können.

Steckbrief

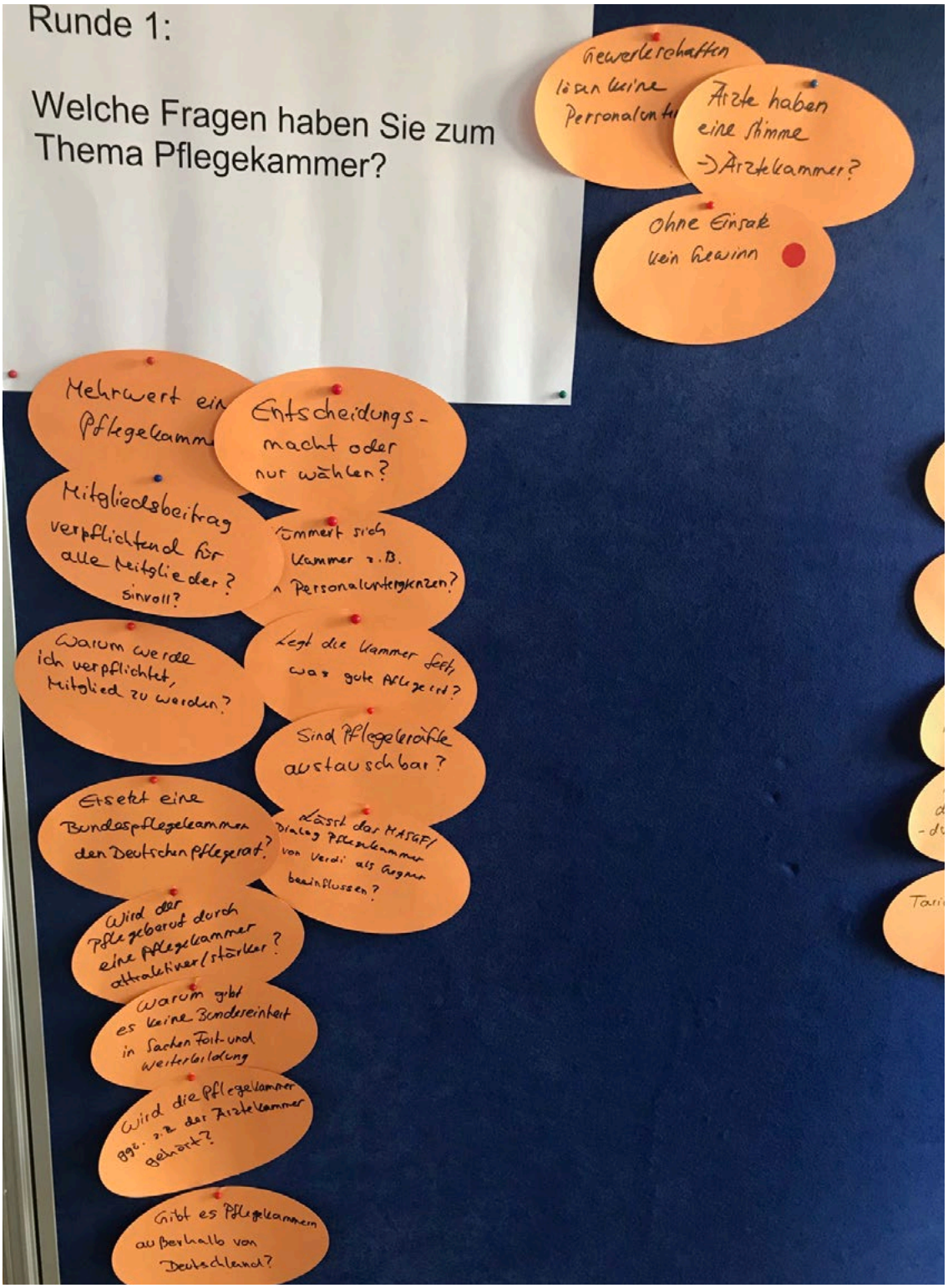
DATUM: 23.05.2018

UHRZEIT: 14:15–16:15 UHR

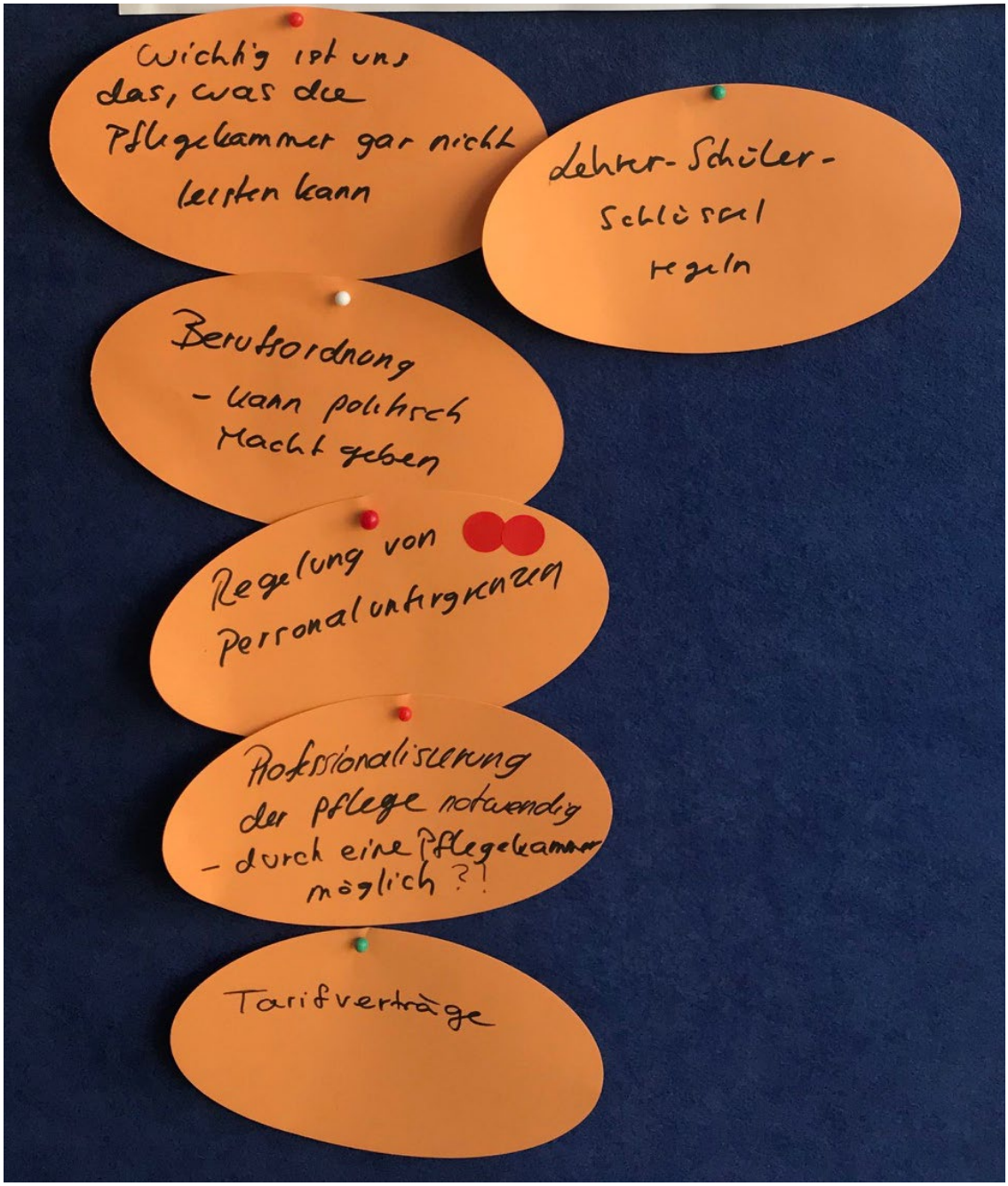
TEILNEHMER: RUND 80 PERSONEN

ORT: KREISKRANKENHAUS PRIGNITZ,
DOBBERZINER STRASSE 112,
19348 PERLEBERG

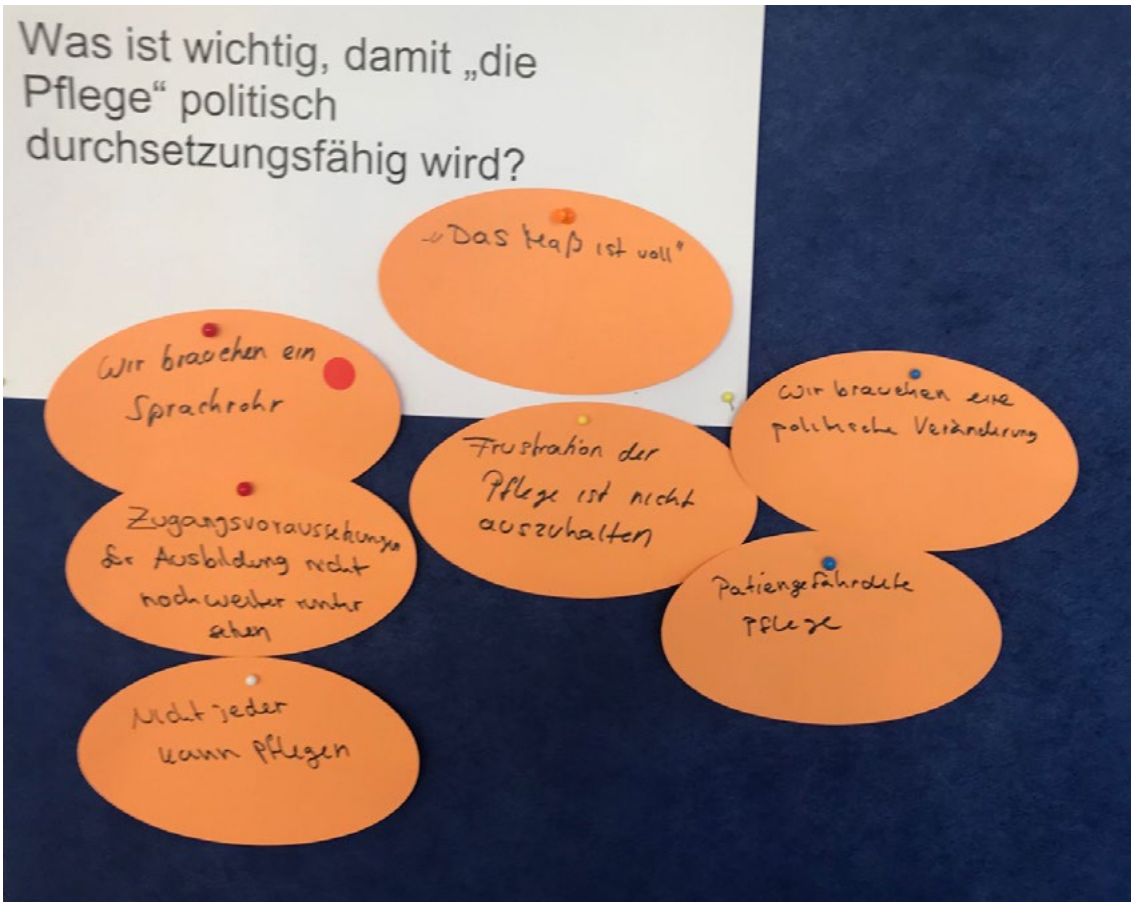
Auswertung Diskussionsrunde



Runde 1: Welche Fragen haben Sie zum Thema Pflegekammer?



Runde 2: Welche Aufgaben soll eine Interessensvertretung der Pflege übernehmen?



Runde 3: Was ist wichtig, damit die Pflege politisch durchsetzungsfähig wird?

Informationsveranstaltung in Frankfurt/Oder

Kurzbeschreibung

- *Veranstaltungsort:* ASB Pflegeheim, Frankfurt/Oder
- *Anwesend:* Pflegemanagement (Leitungsebene) und Pflegefachkräfte der veranstaltenden Altenpflegeeinrichtung des Arbeiter Samariter Bundes sowie Teilnehmende der Leitungsebene aus anderen Einrichtungen (AWO Brandenburg Ost e. V., Caritas Altenhilfe gGmbH)
- *Methode:* Fishbowl

Leitfragen:

- Welche Fragen haben Sie zum Thema Pflegekammer?
- Welche Aufgaben soll eine Interessenvertretung „der Pflege“ übernehmen?
- Was ist wichtig, damit „die Pflege“ politisch durchsetzungsfähig wird?

Kernergebnisse:

- In Frankfurt diskutierten ca. 60 Teilnehmende von Beginn an sehr rege miteinander und mit dem MASGF. Die Meinungen zum Thema Pflegekammer Brandenburg waren hier sehr divers. Zunächst meldeten sich vor allem die Kritikerinnen und Kritiker einer Pflegekammer mehrheitlich zu Wort. Im Laufe der Diskussion wurde das Bild aber vielfältiger, die Befürworterinnen und Befürworter einer Pflegekammer traten stärker hervor und es kam zu einem regen inhaltlichen Austausch beider Gruppen.
- Inhaltliche Nachfragen drehten sich vor allem um die Wirksamkeit einer Pflegekammer in Richtung Politik und Gesellschaft. Auch wurden viele Verständnis- und Fachfragen zur (Pflicht-) Mitgliedschaft und Finanzierung gestellt.
- Erwartungen waren unter anderem, dass die Pflegekammer eine starke, unabhängige und eigenständige Lobby für die Berufsgruppe darstellen müsse. Auch wurde grundsätzlich ein wirksames Instrument gewünscht, um die Interessen der beruflich Pflegenden zu vertreten – dies müsse aber nicht notwendigerweise eine Pflegekammer sein.
- Der Pflichtbeitrag wurde mehrheitlich kritisch gesehen (es existierten aber auch starke Argumente dafür, vor allem hinsichtlich der finanziellen Unabhängigkeit); die Pflichtmitgliedschaft selbst hingegen wurde sowohl befürwortet als auch abgelehnt.
- Eine Gruppe von Teilnehmenden äußerte deutlich ihre Frustration über die bestehenden Verhältnisse. Sie wies es als Überforderung des Berufsstandes zurück, sich in einer Pflegekammer zu engagieren, um die Interessen „der Pflege“ politisch besser durchsetzen zu können.

Steckbrief

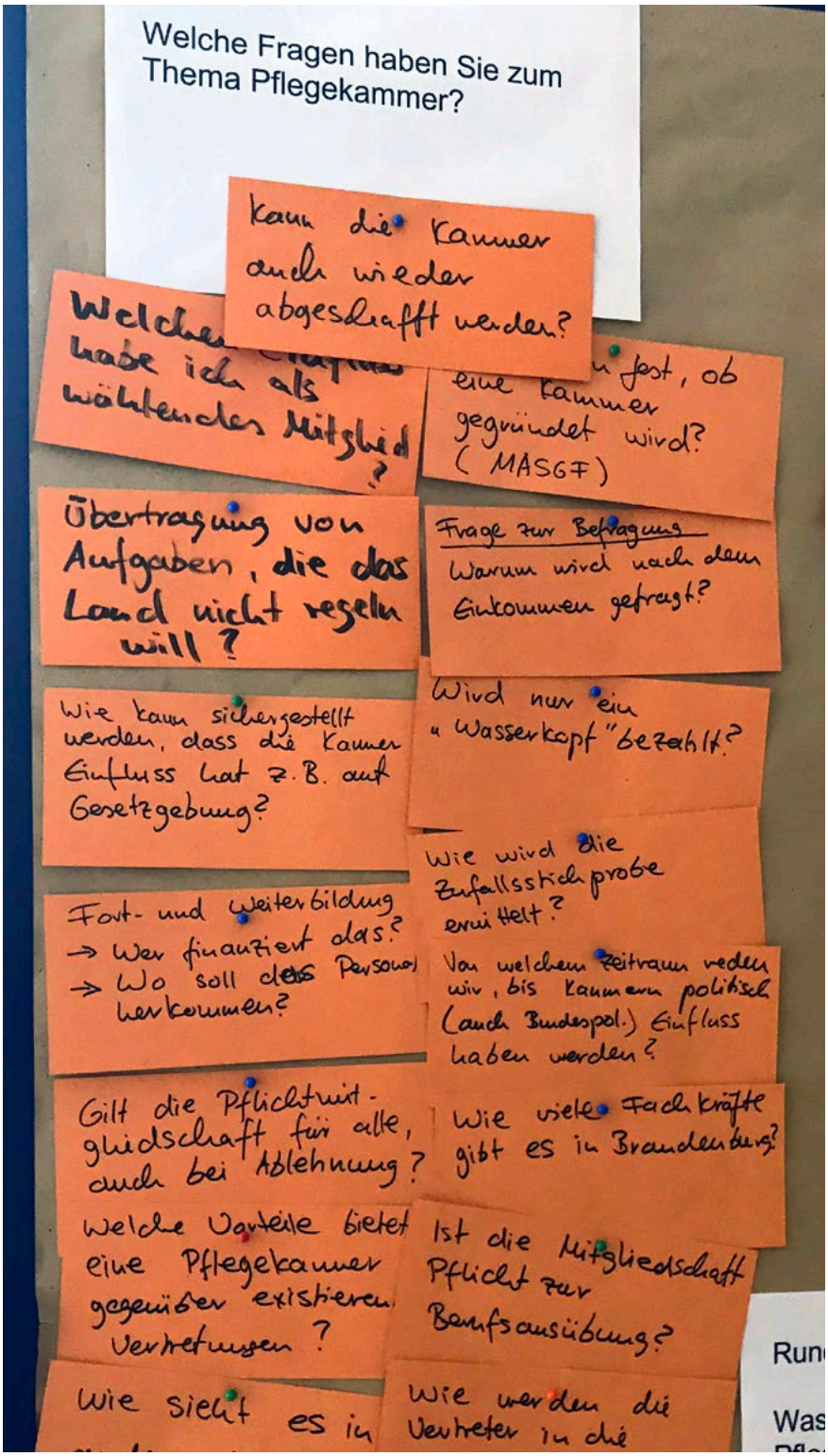
DATUM: 31.05.2018

UHRZEIT: 13:00–15:00 UHR

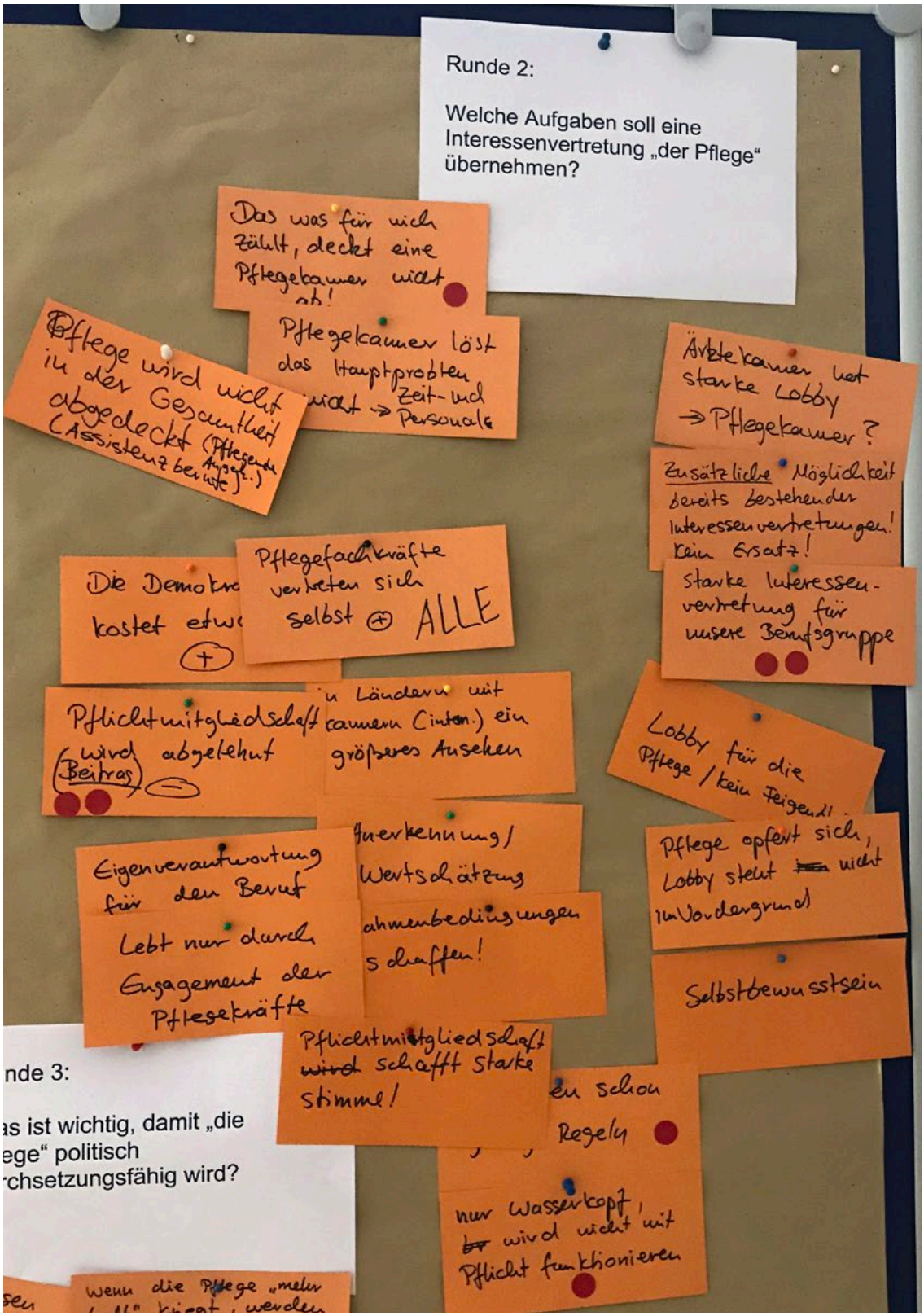
TEILNEHMENDE: RUND 60 PERSONEN

ORT: ASB PFLEGEHEIM,
GUBENER STRASSE 2,
15230 FRANKFURT/ODER

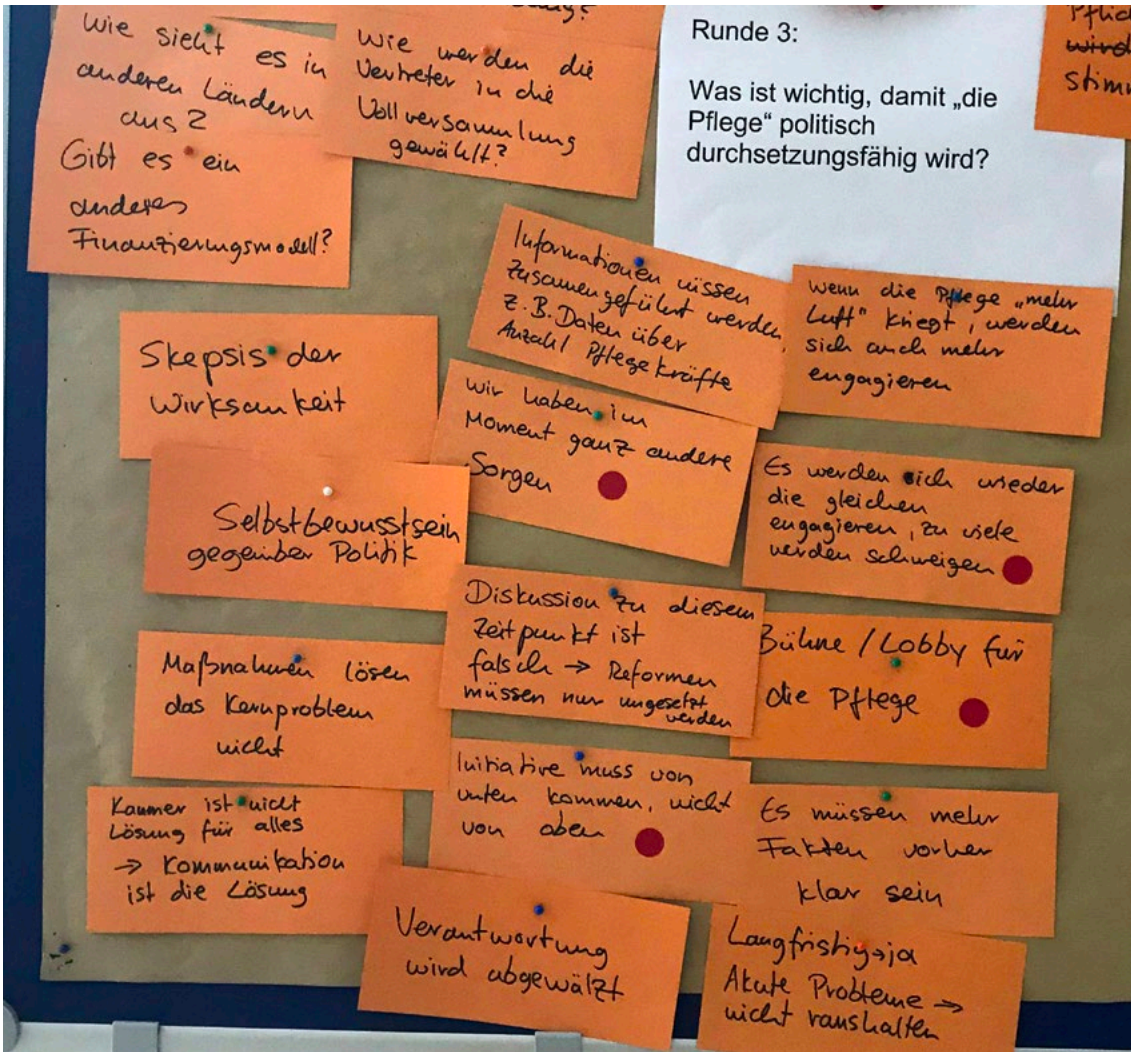
Auswertung Diskussionsrunde



Runde 1


Runde 2:
Welche Aufgaben soll eine Interessenvertretung „der Pflege“ übernehmen?
Das was für mich zählt, deckt eine Pflegekammer nicht ab!
Pflegekammer löst das Hauptproblem nicht → Zeit- und Personale
Pflege wird nicht in der Gesamtheit abgedeckt (Pflegende Angek.) (Assistenz berufe)
Ärztekammer hat starke Lobby → Pflegekammer?
Zusätzliche Möglichkeit bereits bestehender Interessenvertretungen! Kein Ersatz!
Starke Interessenvertretung für unsere Berufsgruppe
Pflegefachkräfte vertreten sich selbst ⊕ ALLE
Die Demokra kostet etwa ⊕
Pflichtmitgliedschaft wird abgelehnt (Beitrag) ⊖
n Ländern mit kammern (inter.) ein größeres Ansehen
Lobby für die Pflege / kein Feigenbl.
Eigenverantwortung für den Beruf
Lebt nur durch Engagement der Pflegekräfte
Anerkennung / Wertschätzung
ahmenbedingungen schaffen!
Pflege opfert sich, Lobby steht nicht im Vordergrund
Selbstbewusstsein
Pflichtmitgliedschaft ~~wird~~ schafft starke Stimme!
nde 3:
as ist wichtig, damit „die ege“ politisch rchsetzungsfähig wird?
en schon
Regeln
nur Wasserkopf, wird nicht mit Pflicht funktionieren
wenn die Pflege „mehr

Runde 2


Runde 3:
Was ist wichtig, damit „die Pflege“ politisch durchsetzungsfähig wird?
Wie sieht es in anderen Ländern aus?
Gibt es ein anderes Finanzierungsmodell?
Wie werden die Vertreter in die Vollversammlung gewählt?
Informationen müssen zusammengeführt werden, z.B. Daten über Anzahl Pflegekräfte
Wenn die Pflege „mehr Luft“ kriegt, werden sich auch mehr engagieren
Skepsis der Wirksamkeit
Wir haben im Moment ganz andere Sorgen
Es werden sich wieder die gleichen engagieren, zu viele werden schweigen
Selbstbewusstsein gegenüber Politik
Diskussion zu diesem Zeitpunkt ist falsch → Reformen müssen nur umgesetzt werden
Bühne / Lobby für die Pflege
Maßnahmen lösen das Kernproblem nicht
Initiative muss von unten kommen, nicht von oben
Es müssen mehr Fakten vorher klar sein
Kammer ist nicht Lösung für alles → Kommunikation ist die Lösung
Verantwortung wird abgewälzt
Langfristig ja Akute Probleme → nicht raushalten

Runde 3

Informationsveranstaltung in Prenzlau

Kurzbeschreibung

- *Veranstaltungsort:* AWO Uckermark, Sozialstation Prenzlau
- *Anwesend:* Pflegemanagement (Leitungsebene) der Demenzberatungsstelle, der stationären, teilstationären und ambulanten Altenpflege in Prenzlau sowie eine Vertreterin der Medizinischen Schule Uckermark e. V.
- Trotz der geringen Anzahl von zwölf Teilnehmenden wurde die Veranstaltung durchgeführt, da alle Anwesenden als Multiplikatoren in ihre Teams agieren werden.
- *Methode:* offene Gesprächsrunde

Leitfragen:

- Welche Fragen haben Sie zum Thema Pflegekammer?
- Welche Aufgaben soll eine Interessenvertretung „der Pflege“ übernehmen?
- Was ist wichtig, damit „die Pflege“ politisch durchsetzungsfähig wird?

Kernergebnisse:

- Gestartet wurde in Prenzlau mit einer kurzen Vorstellungsrunde, in der auch die Erwartungen an die bevorstehende Veranstaltung abgefragt wurden. Insgesamt war die Gesprächsbeteiligung trotz der kleinen Gruppe zurückhaltend.
- Es wurden vor allem Fragen zur Pflichtmitgliedschaft und Beitragspflicht (die kritisch gesehen wurden), zum bürokratischen Aufwand sowie zu möglichen inhaltlichen Doppelungen mit bestehenden Vereinen und Gewerkschaften gestellt.
- Kritisch wurde auch angemerkt, dass erst eine Bundespflegekammer eine wirksame und spürbare Veränderung im Pflegeberuf werde erreichen können.
- Problematisiert wurde die juristische Unterscheidung zwischen den Pflegehilfs- und den Pflegefachkräften hinsichtlich ihrer Rechte in einer Pflegekammer. Diese wurde als Diskriminierung der Pflegehilfskräfte bewertet. Ebenso wie die sich daraus ableitende Tatsache, dass die Pflegehilfskräfte nicht an der repräsentativen Befragung würden teilnehmen können.
- Die Notwendigkeit einer einheitlichen Stimme für den Pflegeberuf wurde insofern betont, als alle Pflegeberufe gleichermaßen von dieser Stimme vertreten werden sollten.
- Klar herausgestellt wurde, dass der Pflegeberuf durch „die Politik“ attraktiver gemacht und gestärkt werden müsse. Eine Pflegekammer könne dabei langfristig eine Lösung sein, aber ihre Erfolgschancen (Aufwand für die Mitglieder, Durchsetzungsfähigkeit) wurden mehrheitlich eher gering eingeschätzt.
- Deutlich betont wurde die Notwendigkeit kurzfristig greifender Lösungen und Maßnahmen in „der Pflege“.

Steckbrief

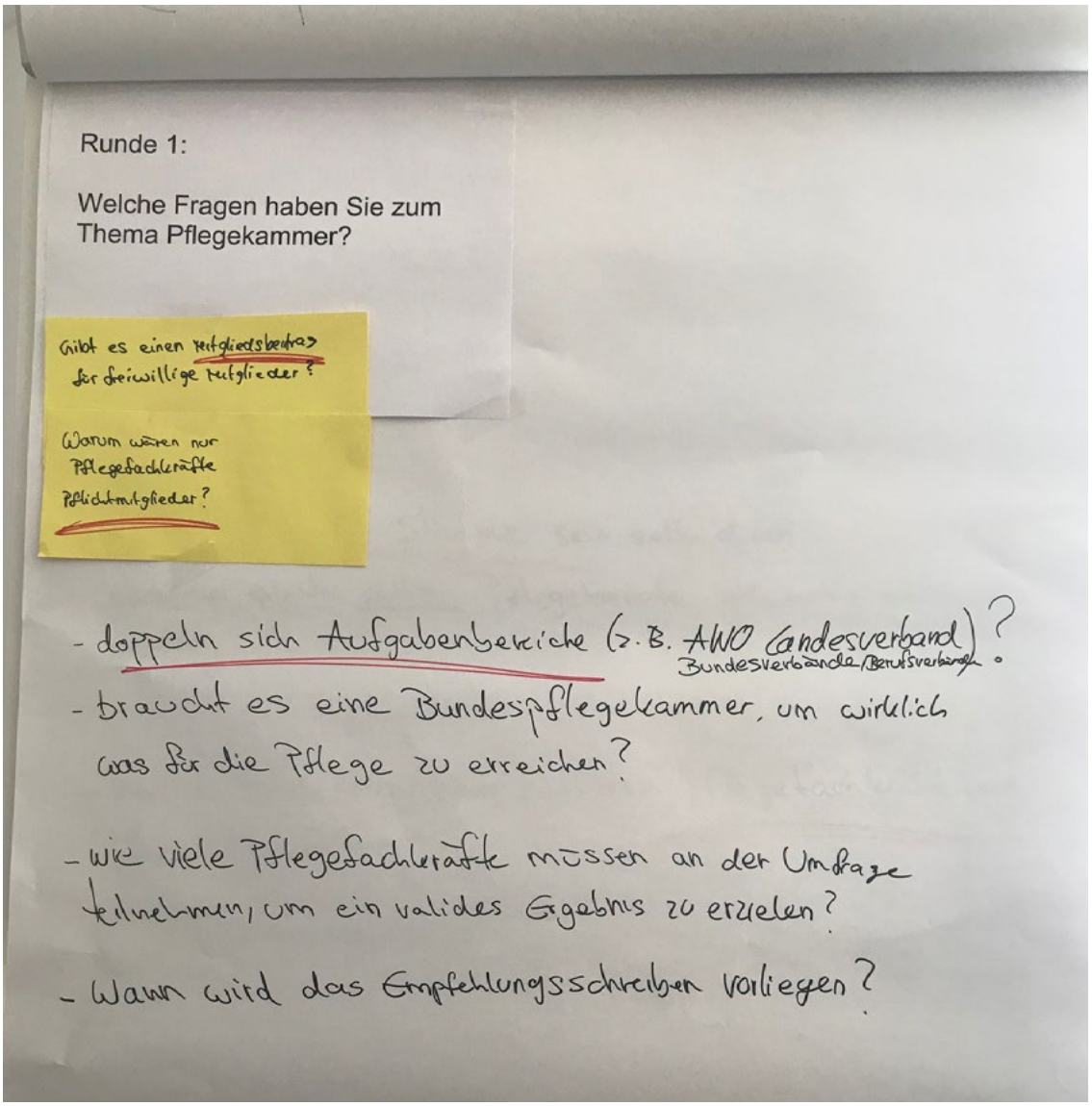
DATUM: 04.06.2018

UHRZEIT: 11:00 – 13:00 UHR

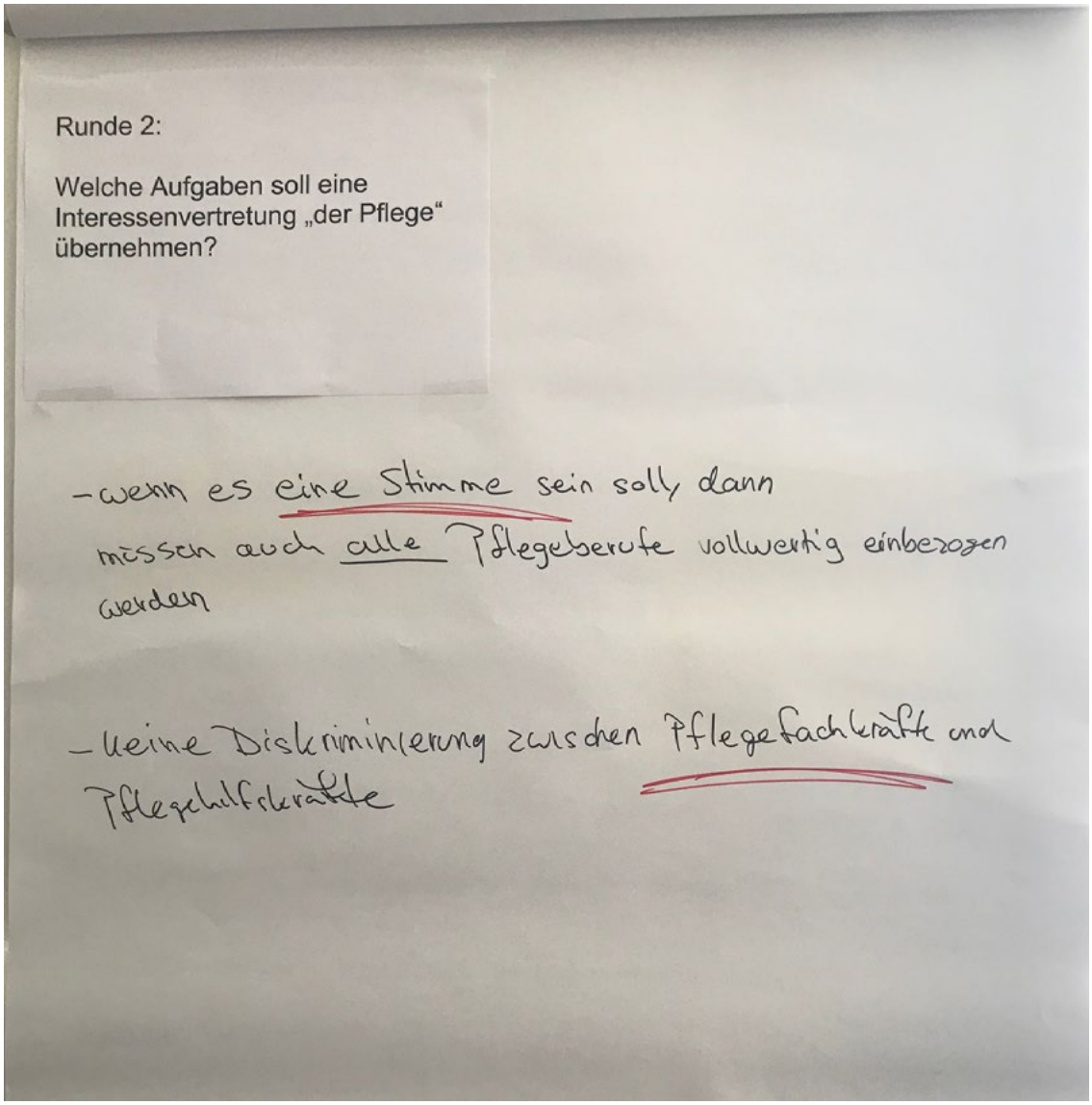
TEILNEHMENDE: 12 PERSONEN

ORT: AWO UCKERMARK SOZIAL- UND PFLEGE GGMBH,
KLOSTERSTRASSE 14C,
17291 PRENZLAU

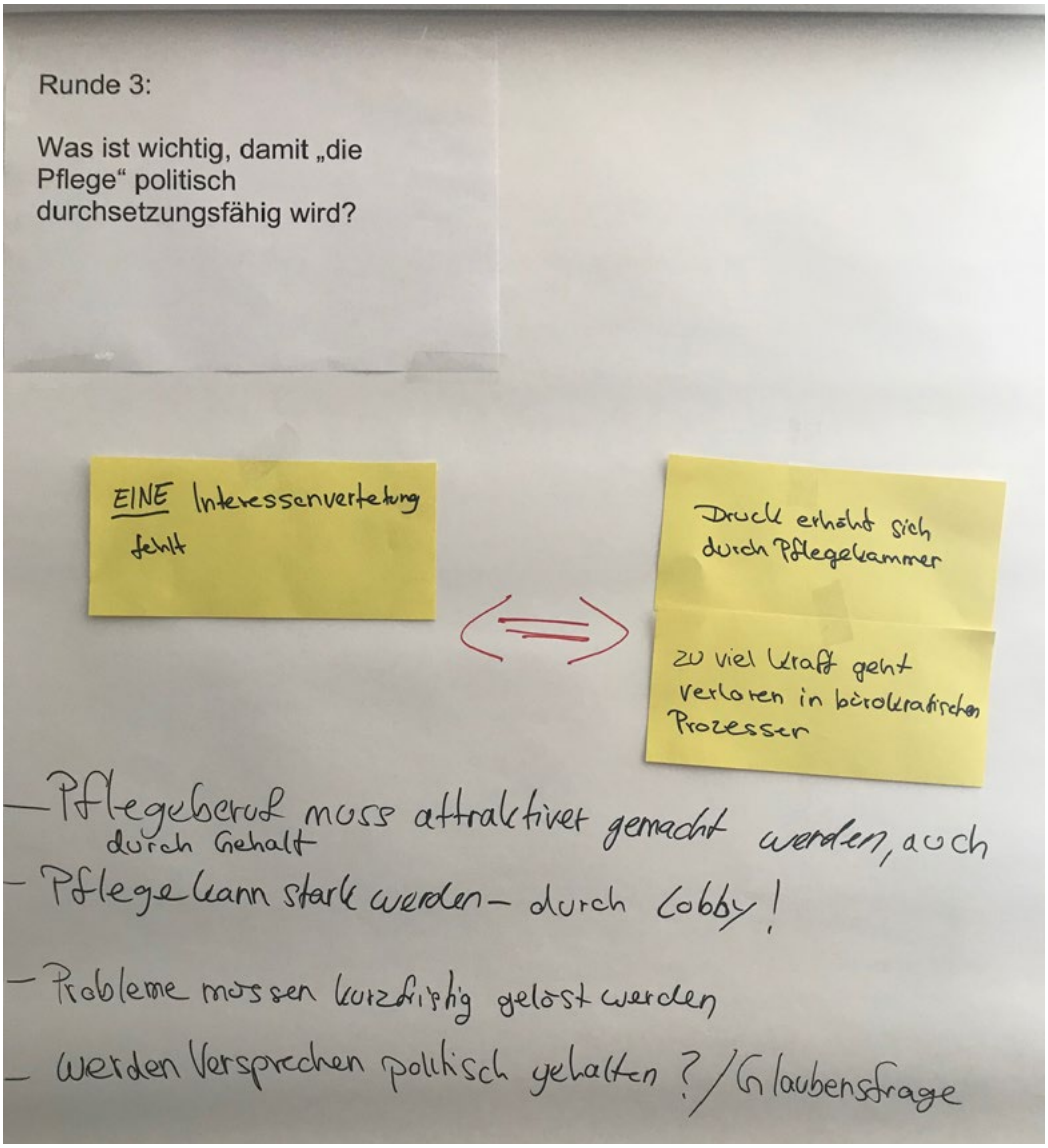
Auswertung Diskussionsrunde



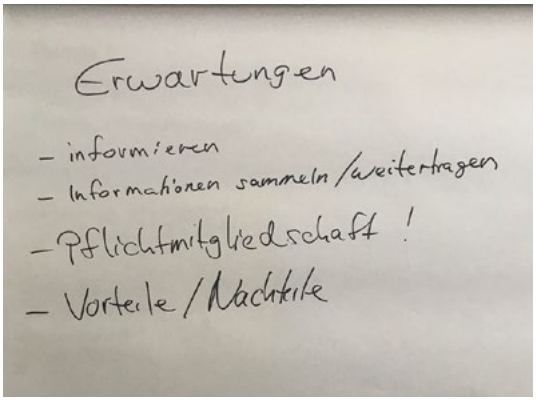
Runde 1


Runde 2:
Welche Aufgaben soll eine Interessenvertretung „der Pflege“ übernehmen?
- wenn es eine Stimme sein soll, dann müssen auch alle Pflegeberufe vollwertig einbezogen werden
- keine Diskriminierung zwischen Pflegefachkräfte und Pflegehilfskräfte

Runde 2



Runde 3



Erwartungen

Informationsveranstaltung in Cottbus I

Kurzbeschreibung

- *Veranstaltungsort:* Carl-Thiem-Klinikum Cottbus
- *Anwesend:* Pflegefachkräfte und Pflegemanagement der Klinik, Betriebsratsmitglieder, interne und externe Auszubildende einer Pflegeschule, Pflegefachkräfte von ambulanten Diensten aus Cottbus, Mitarbeitende der Stadtverwaltung Cottbus / Abteilung Jugend und Soziales
- In Cottbus diskutierten am Vormittag 25 Teilnehmende sehr lebhaft miteinander. Auffallend war die prominenten Rolle, die einzelne Auszubildende bei der Diskussion untereinander, aber auch in der Diskussion mit dem Betriebsrat spielten.
- *Methode:* Vortrag mit anschließender Fishbowl-Diskussion

Kernergebnisse:

- Die Teilnehmenden zeigten sich sehr gut vorbereitet bzw. informiert. Die Nachfragen waren entsprechend detailliert und betrafen die Funktionsweisen einer *Kammer:* zum Beispiel wie eine Pflegekammer genau Einfluss auf Gesetzgebung nehmen könne oder ob es eine prozentuale Zusammensetzung des Vorstandes nach Pflegebereichen geben wird.
- Betont wurde vor allem die Notwendigkeit eigenen Engagements, damit eine Pflegekammer funktionieren kann.

Hauptargumente für eine Pflegekammer waren:

- Die Pflege erhält eine starke Stimme. Eine Kammer könne dazu beitragen, dass Selbstbewusstsein der Pflegefachkräfte zu steigern.
- Durch eine Pflegekammer wird nicht über „die Pflege“ gesprochen, sondern die Pflegefachkräfte sprechen für sich selbst.
- Die Kammer wurde als Möglichkeit gesehen, aus der Pflege heraus direkt in politische Prozesse zu wirken (eine Möglichkeit vor allem für „die junge Pflege“).
- Intensiv diskutiert wurde auch das Thema Qualitätssicherung / Standards in der Pflege. Hier erhofften sich die Teilnehmenden Vorteile durch eine Kammergründung.
- Sie wurde vor allem als langfristige Lösung gesehen, an der „kein Weg vorbeiführt“.

Hauptargumente gegen eine Pflegekammer waren:

- Probleme wie Personalmangel löst eine Kammer nicht.
- Voraussetzung für ein erfolgversprechendes Handeln bleibt weiter das Engagement „der Pflege“ selbst.
- Eine Kammer kann nicht die Themen behandeln, die die Pflege tatsächlich beschäftigen (Entlohnung, Arbeitsbedingungen).
- Ein weiterer bürokratischer Apparat wird aufgebaut, der sich nur mit sich selbst beschäftigt.
- Eine Stärkung der Gewerkschaft(en) und der Berufsverbände ist erfolgversprechender und dringender.
- Abschließend wurde betont, dass zur Wirksamkeit in „die Politik“ hinein auch eine Vertretung „der Pflege“ auf Bundesebene nötig sei (Bundespflegekammer).
- Generell herrschte eine hohe Aufmerksamkeit bis zum Schluss. Die vielfältige Zusammensetzung der Runde (Krankenhaus, Altenpflege, Auszubildende) trug entscheidend zur lebhaften Diskussion bei.
- Der Wunsch / Anspruch, dass „die Politik“ mehr für die Pflege einsteht und die Bedingungen verbessert, ohne dass „die Pflege“ sich kümmern muss, wurde deutlich geäußert. Gleichzeitig aber auch, dass „die Pflege“ selbst die Dinge in die Hand nehmen muss, um sich mit ihren Bedürfnissen politisch durchzusetzen.

Steckbrief

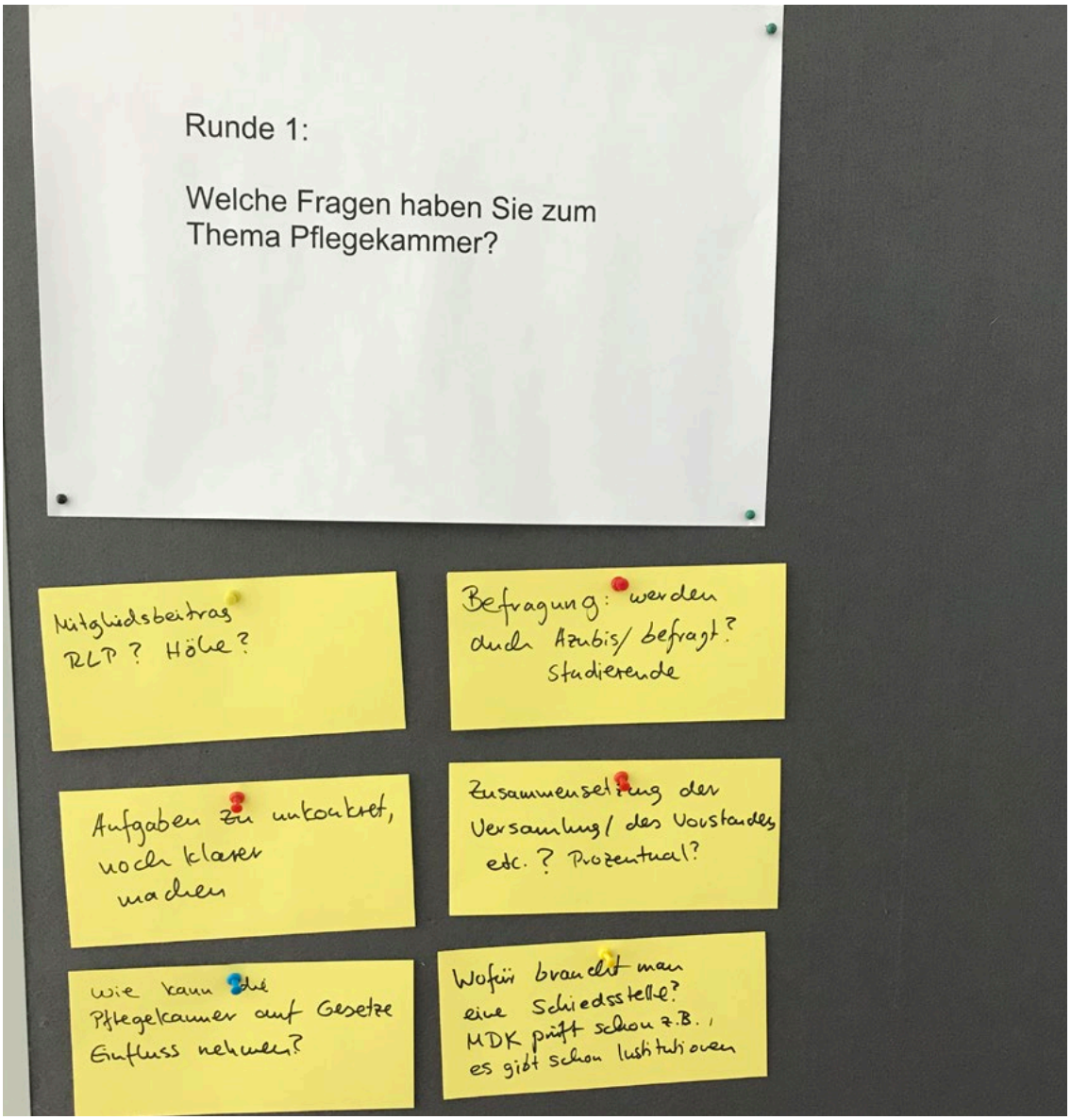
DATUM: 12.06.2018

UHRZEIT: 10:30–12:30 UHR

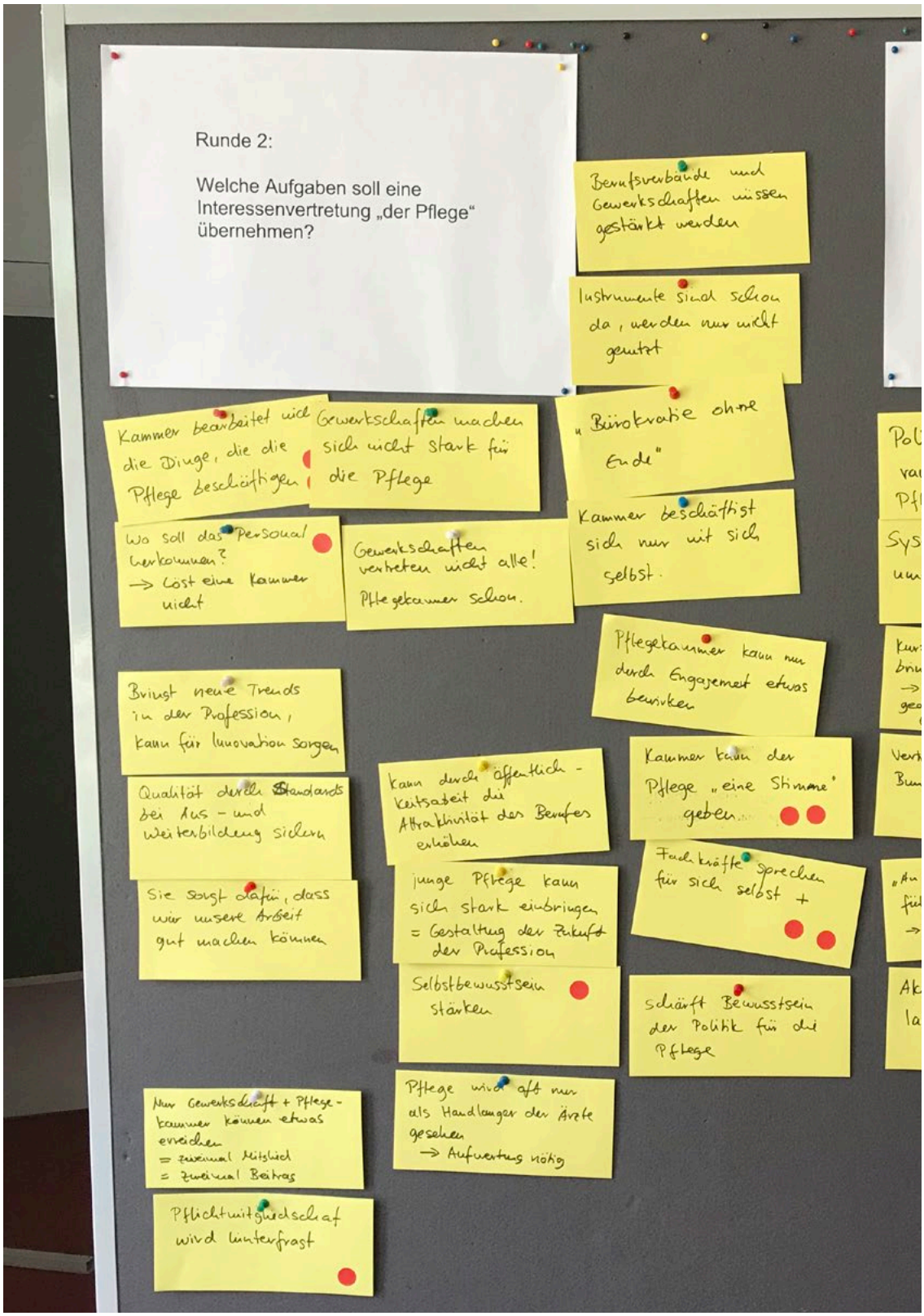
TEILNEHMENDE: 25 PERSONEN

ORT: CARL-THIEM-KLINIKUM,
THIEMSTRASSE 111, 03048 COTTBUS

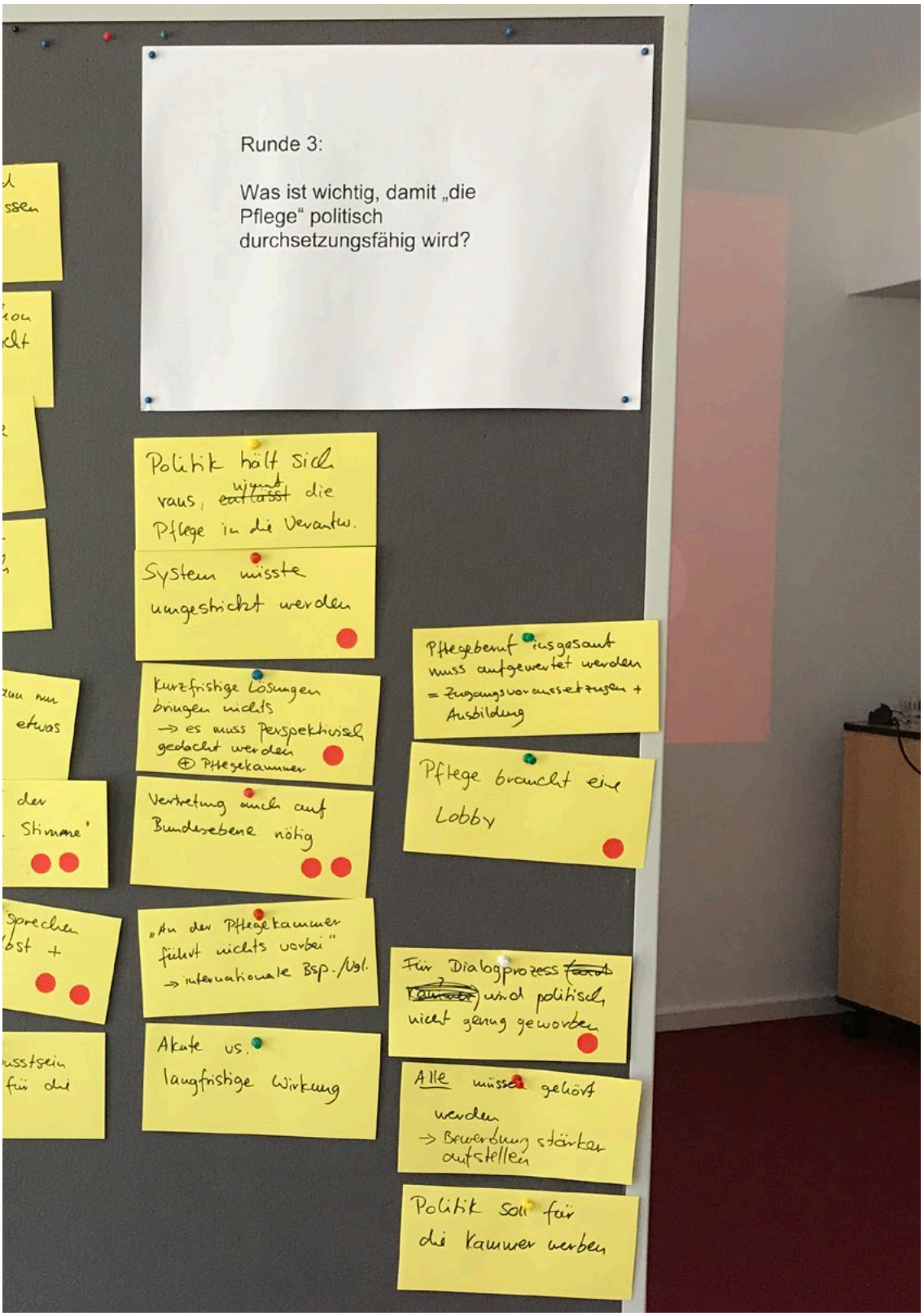
Auswertung Diskussionsrunde



Runde 1


Runde 2:
Welche Aufgaben soll eine Interessenvertretung „der Pflege“ übernehmen?
Berufsverbände und Gewerkschaften müssen gestärkt werden
Instrumente sind schon da, werden nur nicht genutzt
Kammer bearbeitet nicht die Dinge, die die Pflege beschäftigen
Gewerkschaften machen sich nicht stark für die Pflege
„Bürokratie ohne Ende“
Wo soll das Personal herkommen? → Löst eine Kammer nicht
Gewerkschaften vertreten nicht alle! Pflegekammer schon.
Kammer beschäftigt sich nur mit sich selbst.
Pflegekammer kann nur durch Engagement etwas bewirken
Bringt neue Trends in der Profession, kann für Innovation sorgen
Qualität durch Standards bei Aus- und Weiterbildung sichern
kann durch öffentlichkeitsarbeit die Attraktivität des Berufes erhöhen
Kammer kann der Pflege „eine Stimme“ geben
Sie sorgt dafür, dass wir unsere Arbeit gut machen können
junge Pflege kann sich stark einbringen = Gestaltung der Zukunft der Profession
Fachkräfte sprechen für sich selbst +
Selbstbewusstsein stärken
schärft Bewusstsein der Politik für die Pflege
Nur Gewerkschaft + Pflegekammer können etwas erreichen = zweimal Mitglied = zweimal Beitrag
Pflege wird oft nur als Handlanger der Ärzte gesehen → Aufwertung nötig
Pflichtmitgliedschaft wird hinterfragt

Runde 2


Runde 3:
Was ist wichtig, damit „die Pflege“ politisch durchsetzungsfähig wird?
Politik hält sich raus, ~~entlässt~~ nimmt die Pflege in die Verantw.
System müsste umgestrickt werden
Kurzfristige Lösungen bringen nichts → es muss perspektivisch gedacht werden ⊕ Pflegekammer
Vertretung auch auf Bundesebene nötig
„An der Pflegekammer führt nichts vorbei“ → internationale Bsp./Vgl.
Akute vs. langfristige Wirkung
Pflegeberuf insgesamt muss aufgewertet werden = Zugangsvoraussetzungen + Ausbildung
Pflege braucht eine Lobby
Für Dialogprozess ~~Konsens~~ ~~Konsens~~ sind politisch nicht genug geworben
Alle müssen gehört werden → Bewerbung stärker aufstellen
Politik soll für die Kammer werben

Runde 3

Informationsveranstaltung in Cottbus II

Kurzbeschreibung

- *Veranstaltungsort:* Karl-Thiem-Klinikum Cottbus
- *Anwesend:* Pflegemanagement (Leitungsebene) und Pflegefachkräfte des veranstaltenden Klinikums, Pflegeschülerinnen und -schüler sowie Teilnehmende aus teil- und vollstationären Einrichtungen sowie ambulanten Diensten aus dem Raum Cottbus.
- In Cottbus diskutierten nachmittags über 80 Teilnehmende mit dem MASGF. Es kamen weit mehr Personen als angemeldet und es bestand ein großes Interesse am Thema. Im Unterschied zur Veranstaltung am Vormittag lag jedoch ein stärkerer Fokus auf inhaltlichen Nachfragen und einer generellen Information. Die Diskussion der Vor- und Nachteile einer Kammer und der Meinungsaustausch der beiden Gruppen traten im Vergleich zum Vormittag etwas in den Hintergrund.
- Die Diskussion verlief zunächst verhalten, steigerte sich aber im Verlauf der Veranstaltung. Sie wurde gleichermaßen durch die Befürworter wie die Skeptiker einer Pflegekammer geprägt.
- *Methode:* Beschränkt durch die enge räumliche Situation, aber auch durch Hemmungen der Teilnehmenden, nach vorne zu kommen (beides ergab sich aus der hohen Anzahl an Teilnehmenden), wurde nach dem Input eine offene Diskussion durchgeführt.

Kernergebnisse:

- Die mehrjährige Dauer eines Kammergründungsprozesses wurde kritisch *gesehen:* Es wurde gewünscht, diesen zu beschleunigen bzw. durch Maßnahmen zu ergänzen, die eine schnellere Wirksamkeit bei Problemen in „der Pflege“ gewährleisten.
- Zudem wurde der Zeitpunkt des Gründungsprozesses *moniert:* Warum wird erst jetzt über eine Gründung nachgedacht, vor allem im internationalen Vergleich?
- Rückfragen kamen vor allem zur Befragung (Stichprobenziehung), zur Funktionsweise einer Pflegekammer (zum Beispiel Berücksichtigen aller Pflegebereiche, Pflichtmitgliedschaft) und zum weiteren Prozess nach der Befragung (Warum soll man an der Befragung teilnehmen, wenn der Landtag nicht an das Votum der Pflegefachkräfte gebunden ist?).
- Sehr positiv an der Pflegekammer wurde gesehen, dass sie die Macht der Pflegenden stärken, eine eigene Lobby für die Pflege schaffen und ein Handeln auf Augenhöhe mit anderen Gesundheitsberufen (und der Politik) ermöglichen könnte.
- Auch hier wurde wieder betont, dass eine starke Pflegekammer auf das Engagement ihrer Mitglieder angewiesen ist.
- Negativ gesehen wurde, dass die Pflegekammer als ein weiteres bürokratisches Instrument fungieren würde. Zudem wurden Zweifel geäußert, ob eine Pflegekammer die Probleme in der Pflege (zum Beispiel Gehalt, Arbeitszeit) lösen könne.
- Insgesamt herrschte der Tenor vor, dass die Profession Pflege langfristig, nicht aber kurzfristig von einer Kammer profitieren werde.
- Auffällig waren die ausdifferenzierten Redebeiträge, die die persönliche Situation in den Gesamtzusammenhang stellten.
- Zum Abschluss wurde eine Einladung an Frau Ministerin Golze ausgesprochen, eine Woche als Pflegekraft in einer Einrichtung zu arbeiten, um einen realistischen Eindruck von den Problemen in der Pflege zu erhalten.

Steckbrief

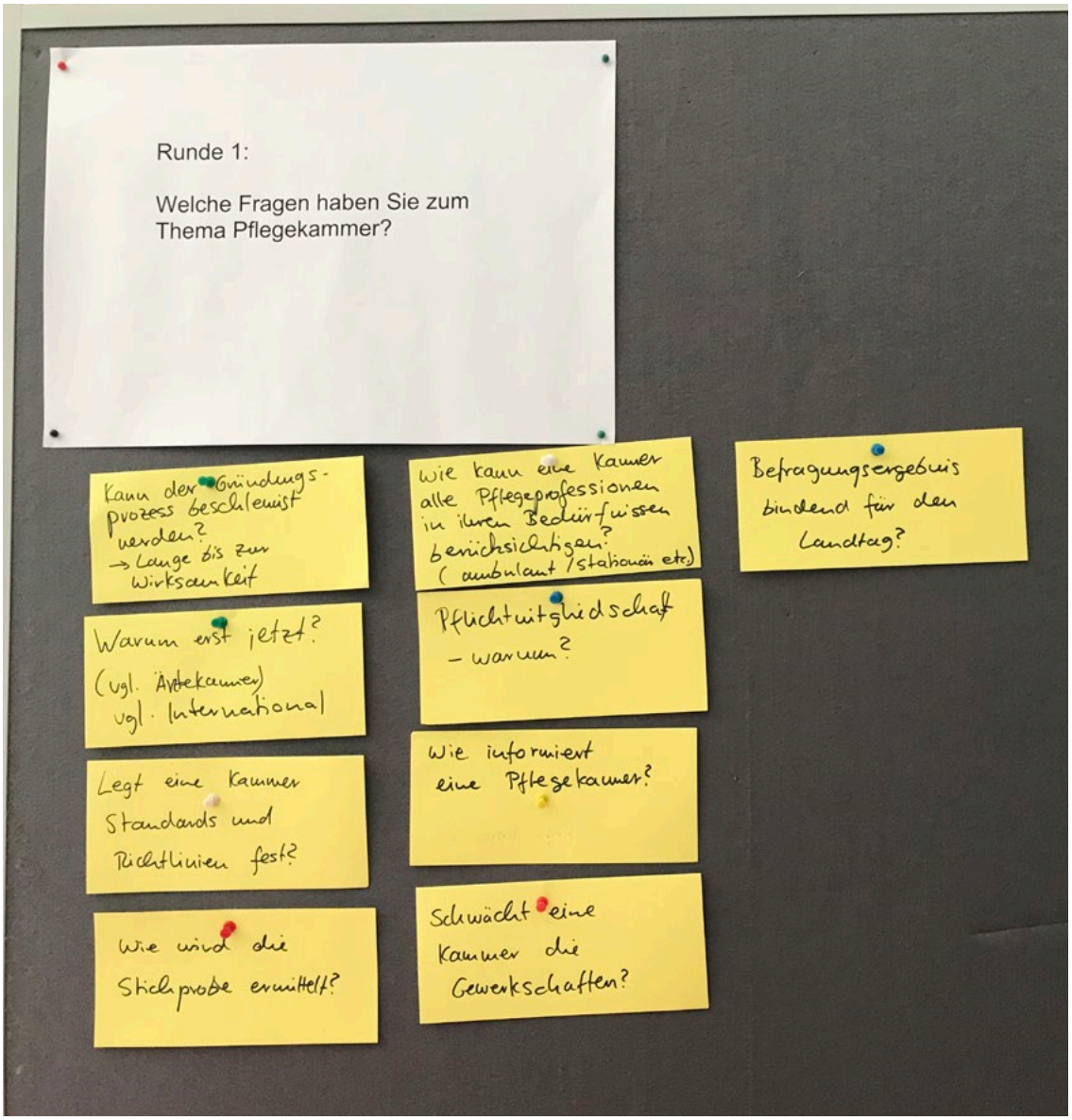
DATUM: 12.06.2018

UHRZEIT: 13:30–15:00 UHR

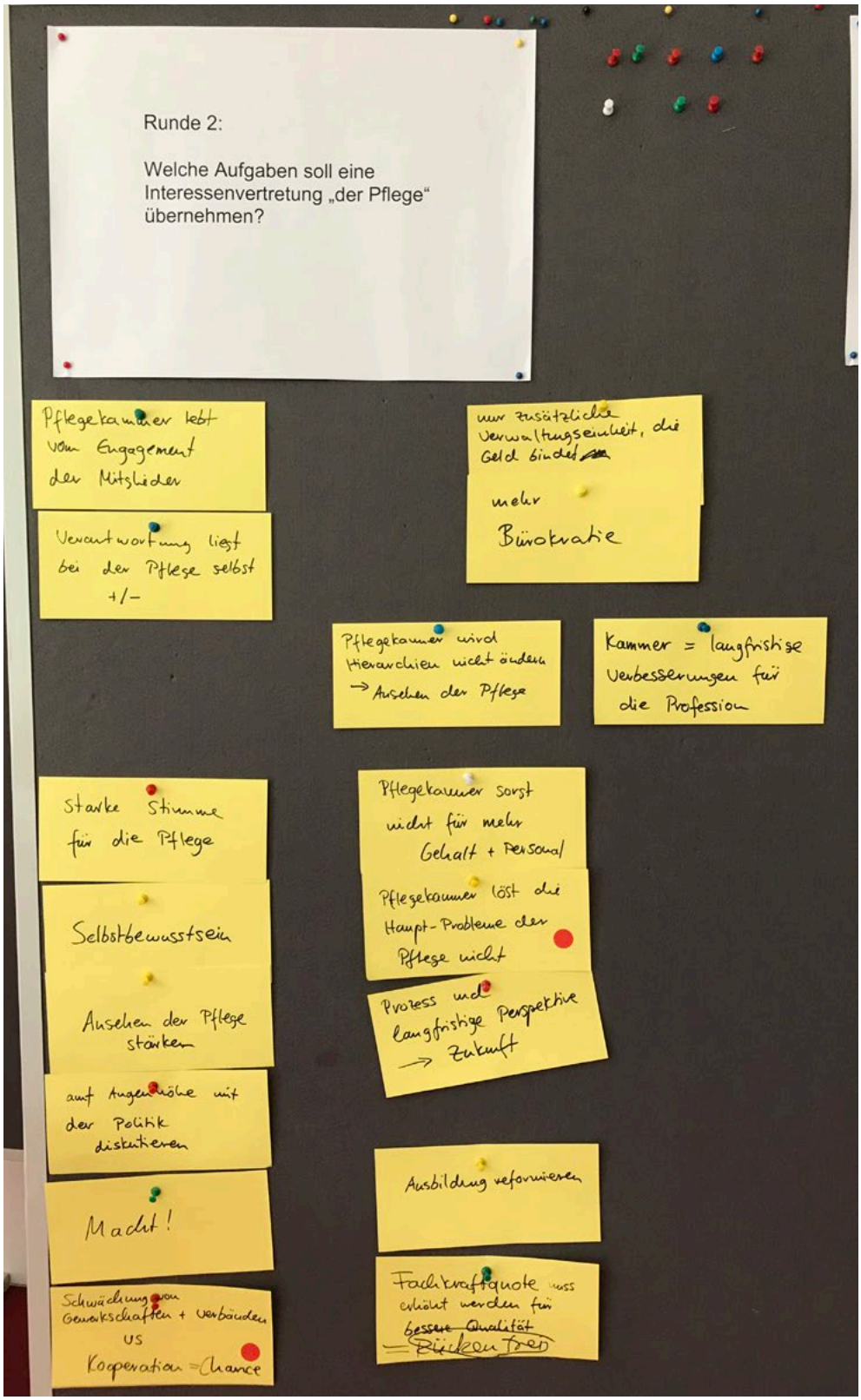
TEILNEHMENDE: ÜBER 80 PERSONEN

ORT: KARL-THIEM-KLINIKUM,
THIEMSTRASSE 111, 03048 COTTBUS

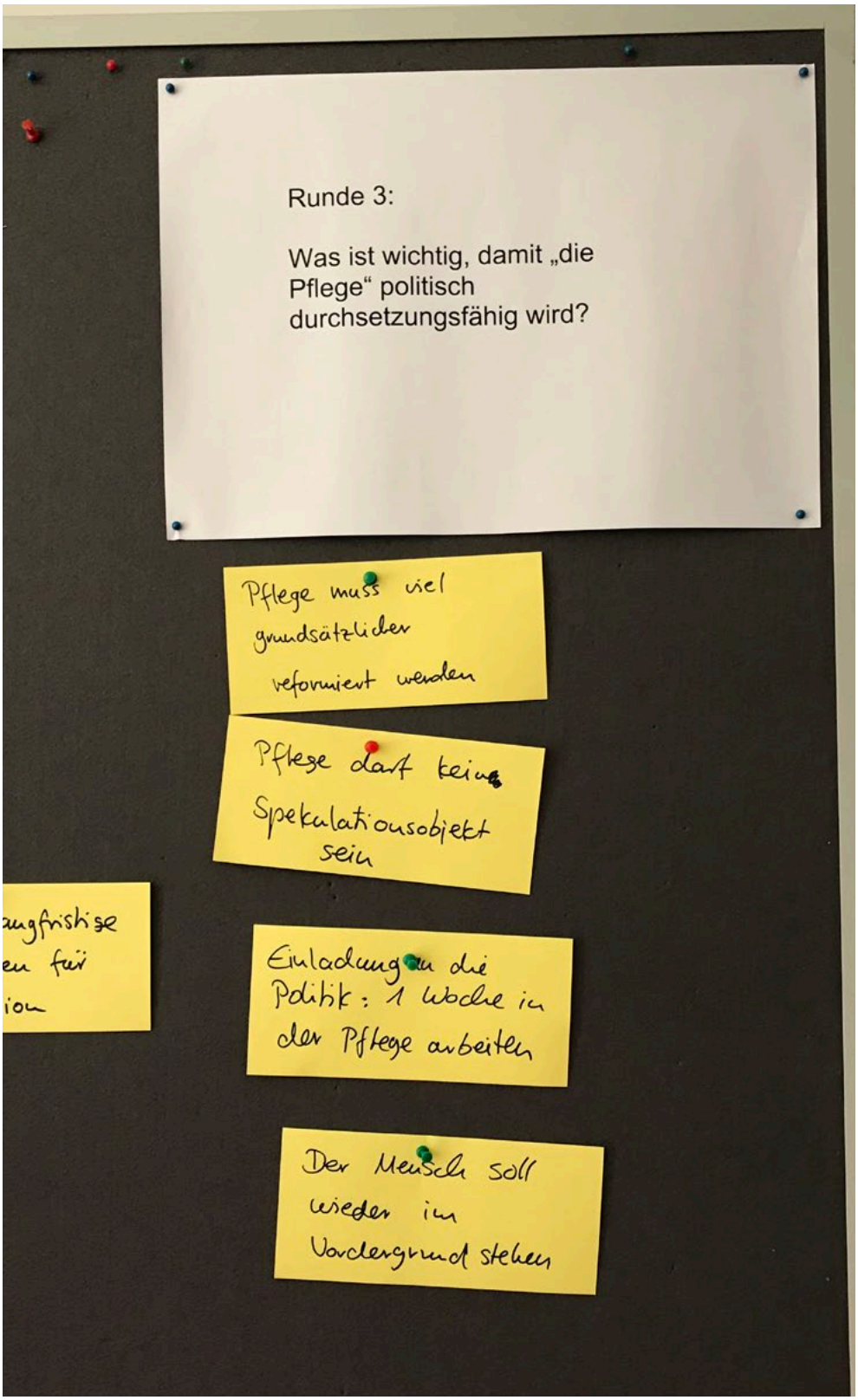
Auswertung Diskussionsrunde



Runde 1


Runde 2:
Welche Aufgaben soll eine Interessenvertretung „der Pflege“ übernehmen?
Pflegekammer lebt vom Engagement der Mitglieder
Verantwortung liegt bei der Pflege selbst +/-
nur zusätzliche Verwaltungseinheit, die Geld bindet
mehr Bürokratie
Pflegekammer wird Hierarchien nicht ändern → Ansehen der Pflege
Kammer = langfristige Verbesserungen für die Profession
Starke Stimme für die Pflege
Selbstbewusstsein
Ansehen der Pflege stärken
auf Augenhöhe mit der Politik diskutieren
Macht!
Schwächung von Gewerkschaften + Verbänden
US
Kooperation = Chance
Pflegekammer sorgt nicht für mehr Gehalt + Personal
Pflegekammer löst die Haupt-Probleme der Pflege nicht
Prozess und langfristige Perspektive → Zukunft
Ausbildung reformieren
Fachkraftquote muss erhöht werden für bessere Qualität
Rücken frei

Runde 2


Runde 3:
Was ist wichtig, damit „die Pflege“ politisch durchsetzungsfähig wird?
Pflege muss viel grundsätzlicher reformiert werden
Pflege darf kein Spekulationsobjekt sein
Einladung an die Politik: 1 Woche in der Pflege arbeiten
Der Mensch soll wieder im Vordergrund stehen

Runde 3

Informationsveranstaltung in Werder/Havel

Kurzbeschreibung

- *Veranstaltungsort:* Haus Casa Reha am Zernsee, Seniorenheim des Trägers Korian Gruppe, Werder
- *Anwesend:* zwölf Teilnehmende aus der stationären und ambulanten Altenpflege, dem Krankenhaus, der Psychiatrie, einer Reha-Einrichtung und ein Verbandsvertreter vom bpa
- *Methode:* offene Diskussion
- Unter den Anwesenden herrschte eine hohe Aufmerksamkeit. Alle Anwesenden beteiligten sich rege an der Diskussion. Dies war trotz der geringen Gruppengröße eine der am vielfältigsten besetzten Veranstaltungen des gesamten Dialog-Prozesses.
- Es gab viele Sach- und Verständnisfragen.
- Die Redebeiträge waren sehr ausdifferenziert und stellten die persönliche Arbeitssituation in den Gesamtzusammenhang im Arbeitsfeld.

Kernergebnisse:

- Zu Beginn wurden in der Mehrzahl pflegekammerablehnende Argumente von mehreren Teilnehmenden geäußert. Auffallend im Vergleich zu anderen Veranstaltungen war, dass einer der Teilnehmer diese Argumentationen durchgehend mit Pro-Pflegekammerargumenten konterte.
- Der Wunsch/Anspruch, dass „die Politik“ mehr für „die Pflege“ einstehen und die Bedingungen verbessern soll, ohne dass „die Pflege“ sich kümmern muss, tauchte auch hier wieder auf.
- Gleichzeitig wurde aber auch argumentiert, dass man selbst die Dinge in die Hand nehmen müsse, um sich mit seinen Bedürfnissen durchzusetzen.
- Im Verlauf der Veranstaltung entwickelte sich so eine intensive, differenzierte und ausgewogene Diskussion.
- Eine generelle Skepsis in Bezug auf politische Prozesse und die Durchsetzungsmöglichkeiten „der Pflege“ wurde mehrfach geäußert.
- Auch hier wurde die Frage gestellt, welchen Mehrwert eine Kammer für die Pflegekräfte *hätte:* Ihre Kraft würde vom Engagement der Mitglieder abhängen – wäre dies groß genug? Braucht man die Kammer oder könnten Berufsverbände und Gewerkschaft diese Aufgaben übernehmen? Welche Leistungen erhält die Pflegefachkraft von der Kammer im Gegenzug für den Mitgliedsbeitrag und das Engagement?
- Die Pflichtmitgliedschaft und die damit verbundene Grundrechtseinschränkung wurde von der Mehrheit der Anwesenden kritisiert. Trotzdem sprachen sich einzelne Teilnehmende immer wieder für eine Kammergründung und die damit verbundenen Chancen aus.

Steckbrief

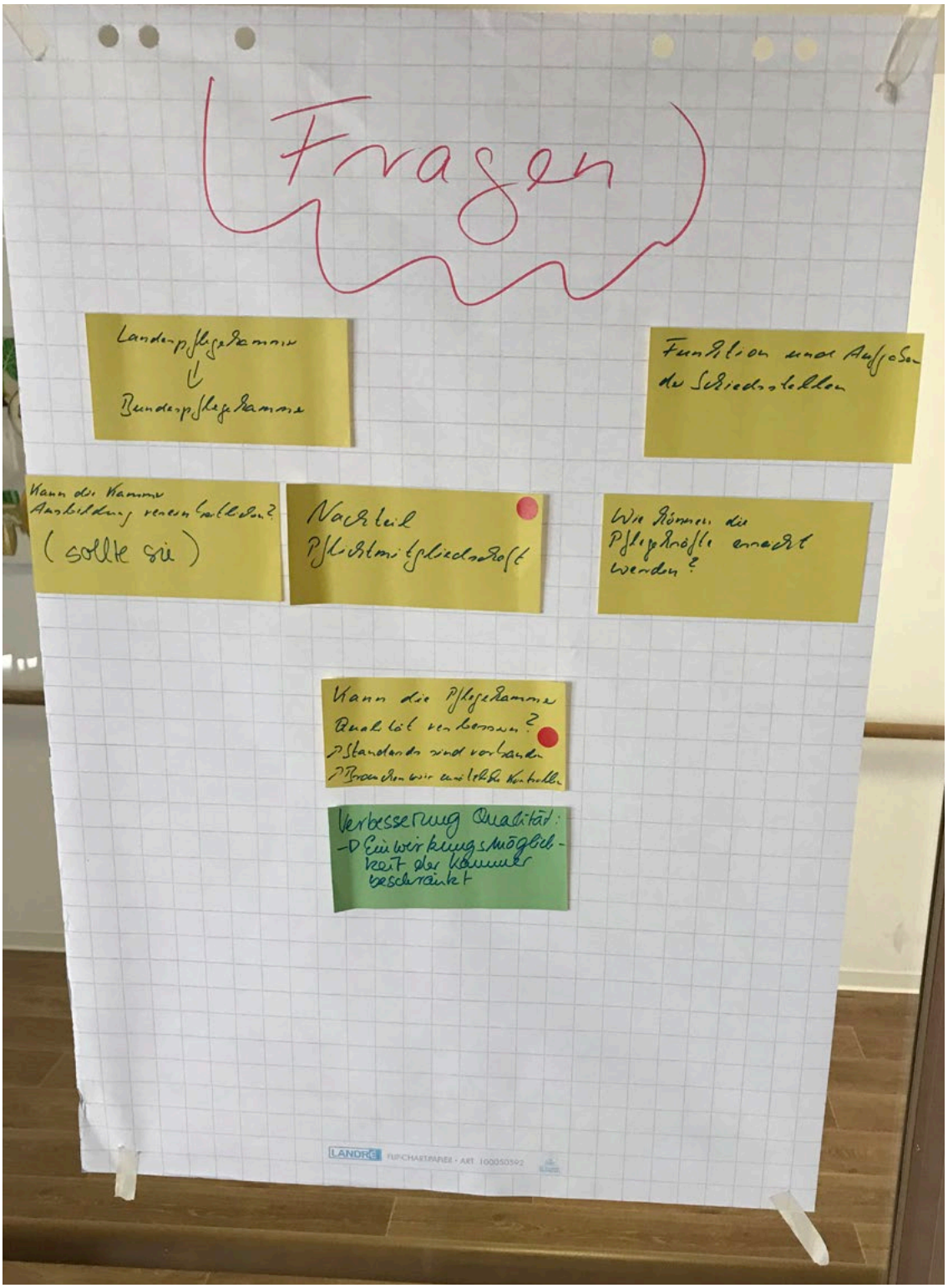
DATUM: 15.06.2018

UHRZEIT: 13:00–15:00 UHR

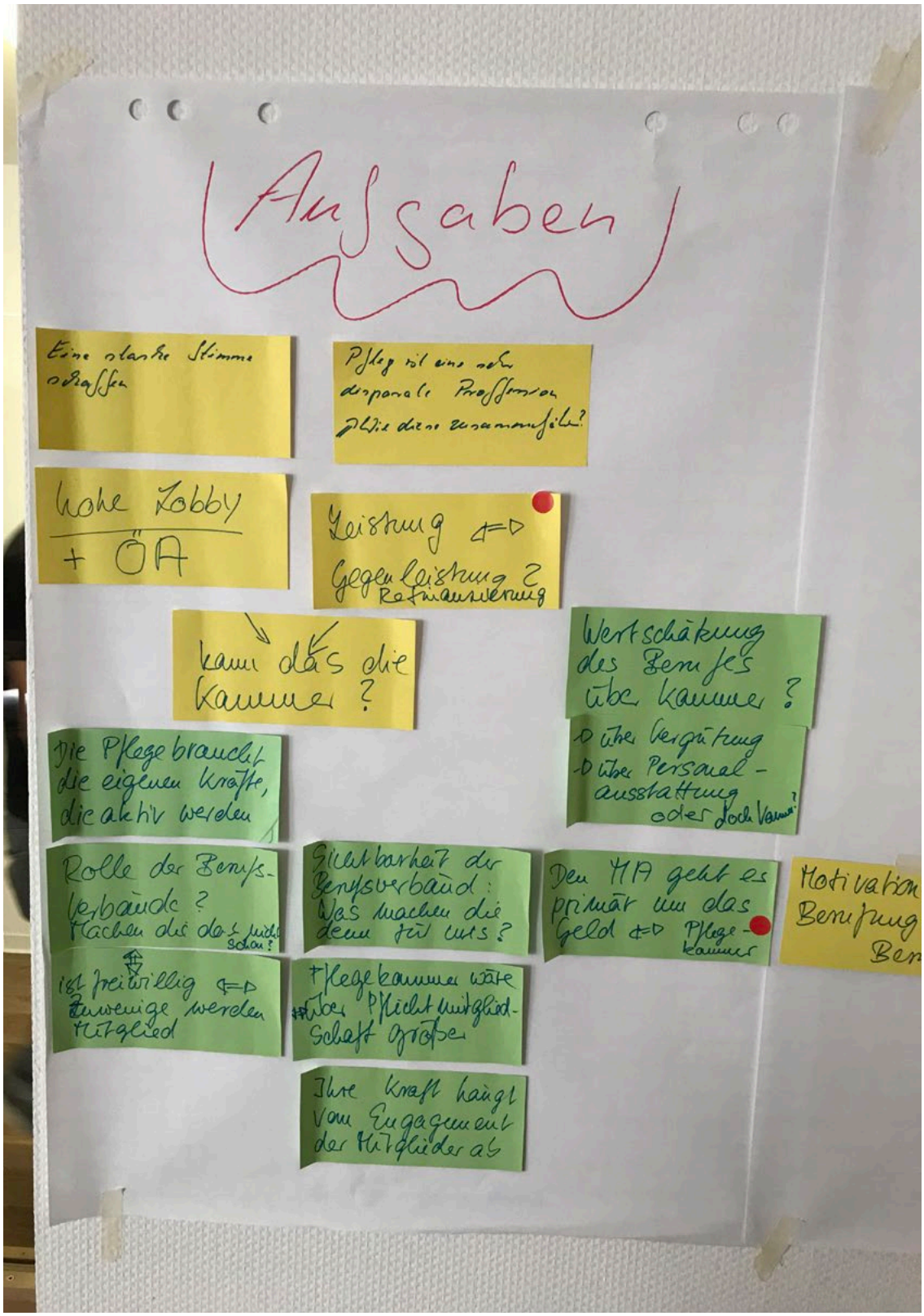
TEILNEHMENDE: 12 PERSONEN

ORT: HAUS CASA REHA AM ZERNSEE, ELSASTRASSE 22, 14542 WERDER

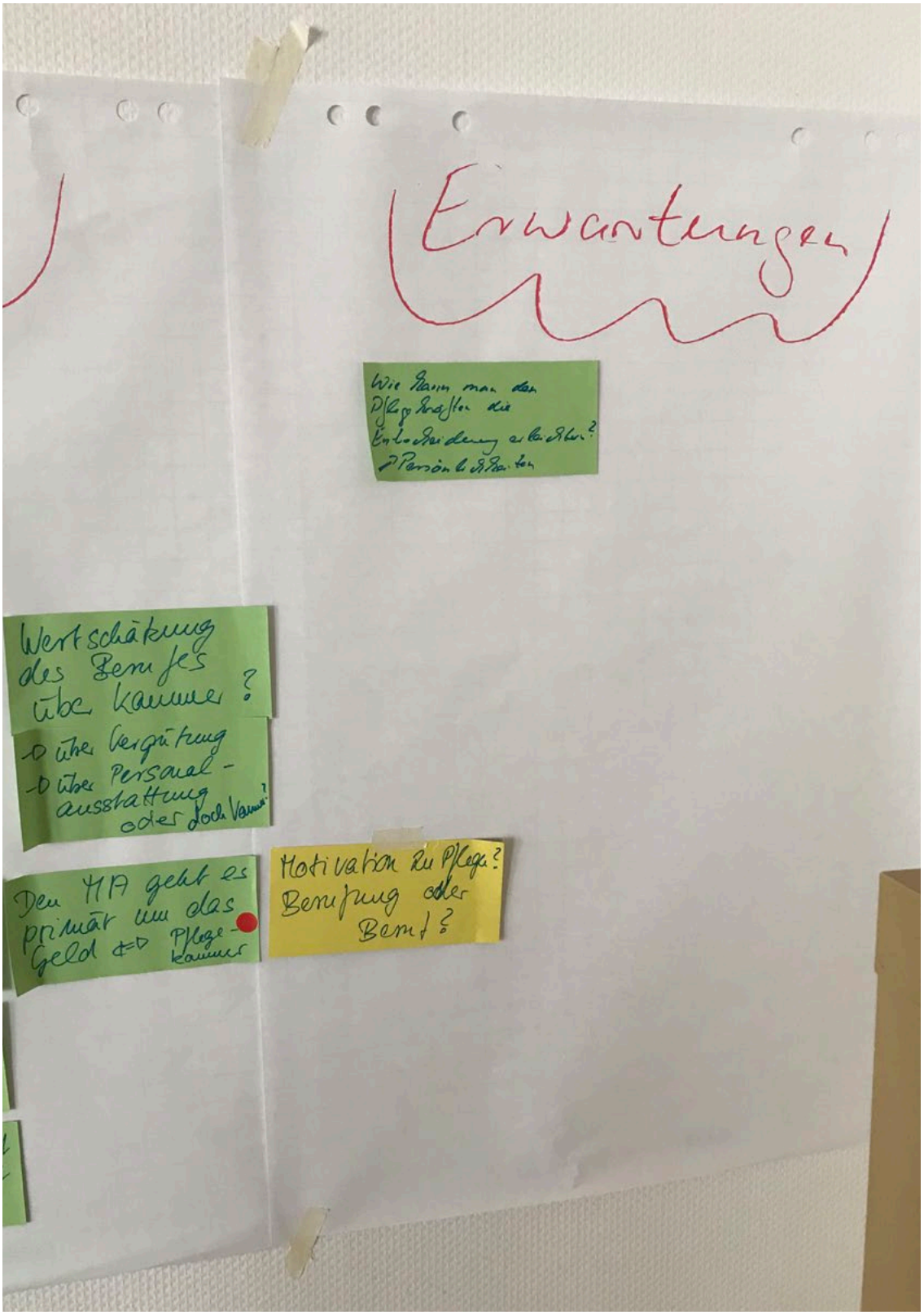
Auswertung Diskussionsrunde



Runde 1


Aufgaben
Eine starke Stimme schaffen
Pflege ist eine sehr disparate Profession
Wie diese zusammenführen?
hohe Lobby
+ ÖA
Leistung ⇔ Gegenleistung ? Refinanzierung
kann das die Kammer ?
Wertschätzung des Berufes über Kammer ?
→ über Vergütung
→ über Personalausstattung
oder doch Kammer?
Die Pflege braucht die eigenen Kräfte, die aktiv werden
Rolle der Berufsverbände ? Machen die das nicht schon?
Sichtbarkeit der Berufsverbände: Was machen die denn für uns?
Den MA geht es primär um das Geld ⇔ Pflegekammer
Motivation Berufung
ist freiwillig ⇔ Zuwenige werden Mitglied
Pflegekammer wäre über Pflichtmitgliedschaft größer
Ihre Kraft hängt vom Engagement der Mitglieder ab

Runde 2


Erwartungen
Wie kann man den Pflegekräften die Entscheidung erleichtern?
Persönlichkeiten
Wertschätzung des Berufes über Kammer?
-> über Vergütung
-> über Personal-ausstattung oder doch Kammer?
Den MA geht es primär um das Geld <=> Pflege-kammer
Motivation zu Pflege? Berufung oder Beruf?

Runde 3

Informationsveranstaltung in Senftenberg

Kurzbeschreibung

- *Veranstaltungsort:* Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg, Standort Senftenberg
- *Anwesend:* Studierende der Pflegewissenschaften, Lehrkräfte der BTU, externe Teilnehmende / Auszubildende aus Krankenhäusern, der Pflegeschule Klettwitz, Altenpflegeeinrichtungen und von ambulanten Diensten der Umgebung. Zudem waren drei Physiotherapeutinnen anwesend, die nach eigener Aussage die Gründung einer Physiotherapeutenkammer vorantreiben wollen und sich zu den Erfahrungen austauschen wollten.
- Anwesende *Medien:* rbb-Fernsehen, ein Bericht zur Veranstaltung wurde in der Sendung „Brandenburg aktuell“ noch am gleichen Tag ausgestrahlt. Antenne Brandenburg hatte im Vorfeld auf die Veranstaltung hingewiesen. Das UniTV zeichnete die Veranstaltung ebenfalls auf.
- Die Resonanz auf die Veranstaltung war somit sowohl intern als auch extern sehr groß.
- *Methode:* Vortrag mit anschließender offener Diskussion im Plenum, nachmittags offene Diskussionsrunde mit Tamara Doerfel (Projektleitung) und Kathrin Küster (Referatsleitung) aus dem MASGF

Kernergebnisse:

- In Senftenberg diskutierten vormittags rund 80 Teilnehmende das Thema Pflegekammer sehr lebendig und kontrovers (Pro-/Contra-Argumente in direkter Folge). Im weiteren Verlauf überwogen jedoch kammerbefürwortende Meinungsäußerungen.
- Die Fragen der Pflegefachkräfte drehten sich vor allem um das Thema Fortbildungen / Standards und zum Zusammenspiel bzw. zur Neuorganisation von bisherigen Regelungen. Außerdem wurde der Pflichtbeitrag infrage gestellt. Ein weiterer Punkt war die Frage nach einer möglichen Schwächung von bzw. Zusammenarbeit mit bereits bestehenden Interessenvertretungen (Verbände, Gewerkschaften).
- Die Erwartungen an eine Pflegekammer (oder andere Interessenvertretung) waren vor allem, dass sie die Pflege auf Augenhöhe mit den anderen Gesundheitsberufen bringen solle. Verkammerung wurde als das wesentliche Instrument gesehen, „die Pflege“ aus der Passivität hin zu einem politisch handelnden Akteur zu entwickeln. Zudem – so die Hoffnung – könne so das Ansehen der Pflege in der Gesellschaft gestärkt und ein einheitlicher Ansprechpartner geschaffen werden.
- Zentrales Argument war, dass nur eine Pflegekammer den Pflegefachkräften Gehör in Politik und Gesellschaft verschaffen könne.
- Gegenstimmen (vor allem aus dem Bereich der Altenpflege) wiesen hingegen auf die Unzumutbarkeit eines Pflichtbeitrages und die bereits bestehende Wirksamkeit von Gewerkschaften und Verbänden hin.
- Die offene Diskussion am Nachmittag betrachtete aus verschiedenen Perspektiven die Frage, ob zur Lösung der anstehenden Probleme wirklich eine neue Institution / Organisation wie die Pflegekammer benötigt wird. Eine Mehrheit der Teilnehmenden sah es als sinnvoller und vielversprechender an, die bestehenden Berufsverbände und Gewerkschaften stärker zu nutzen. Hierzu wurden als Ansatzpunkt benannt, ver.di im Sinne einer besseren Unterstützung für „die Pflege“ weiterzuentwickeln. Bei den Berufsverbänden wurde die Notwendigkeit gesehen, stärker als bisher an einem Strang zu ziehen und die Gemeinsamkeiten zu betonen.

- Außerdem wurde besonders die Integration der Pflegehilfskräfte in die Kammer thematisiert. Die juristische Unterscheidung zwischen Altenpflegefach- und Altenpflegehilfskräften und die sich daraus ergebenden Folgen für den Mitgliedsstatus in einer Kammer wurde von den anwesenden Altenpflegekräften als großes Problem wahrgenommen. Aus ihrer Sicht zeige sich hier eine Abwertung der Hilfskräfte.

Steckbrief

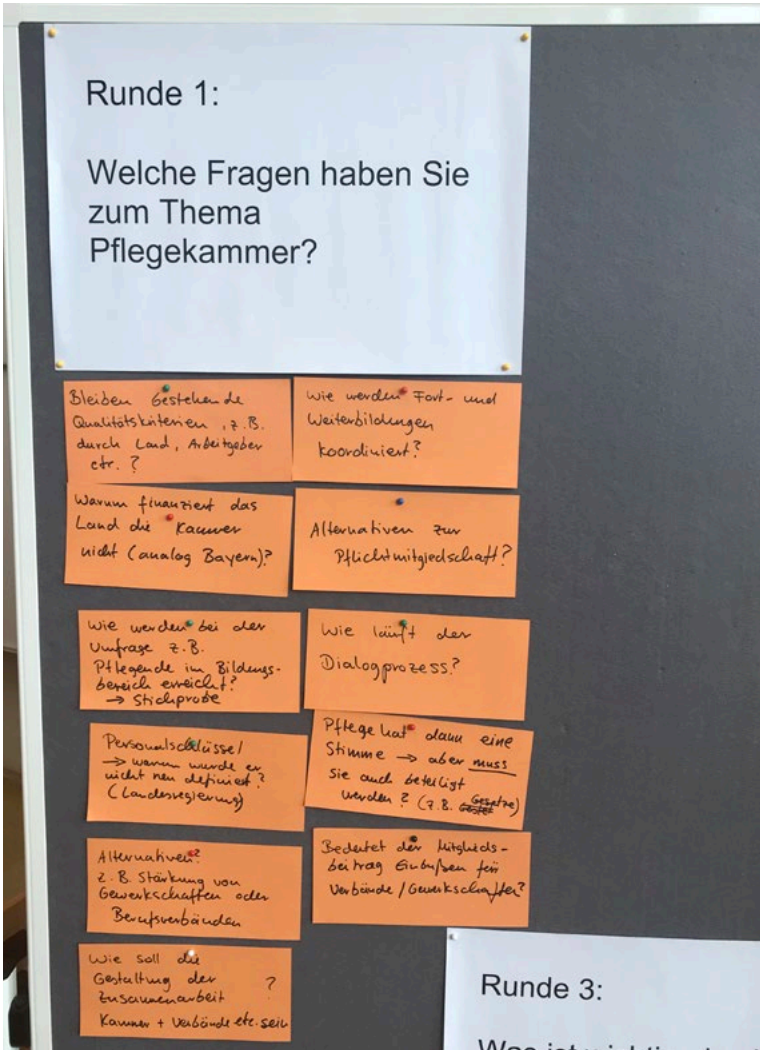
DATUM: 18.06.2018

UHRZEIT: 11:00–12:30 UHR, 14:00–15:00 UHR

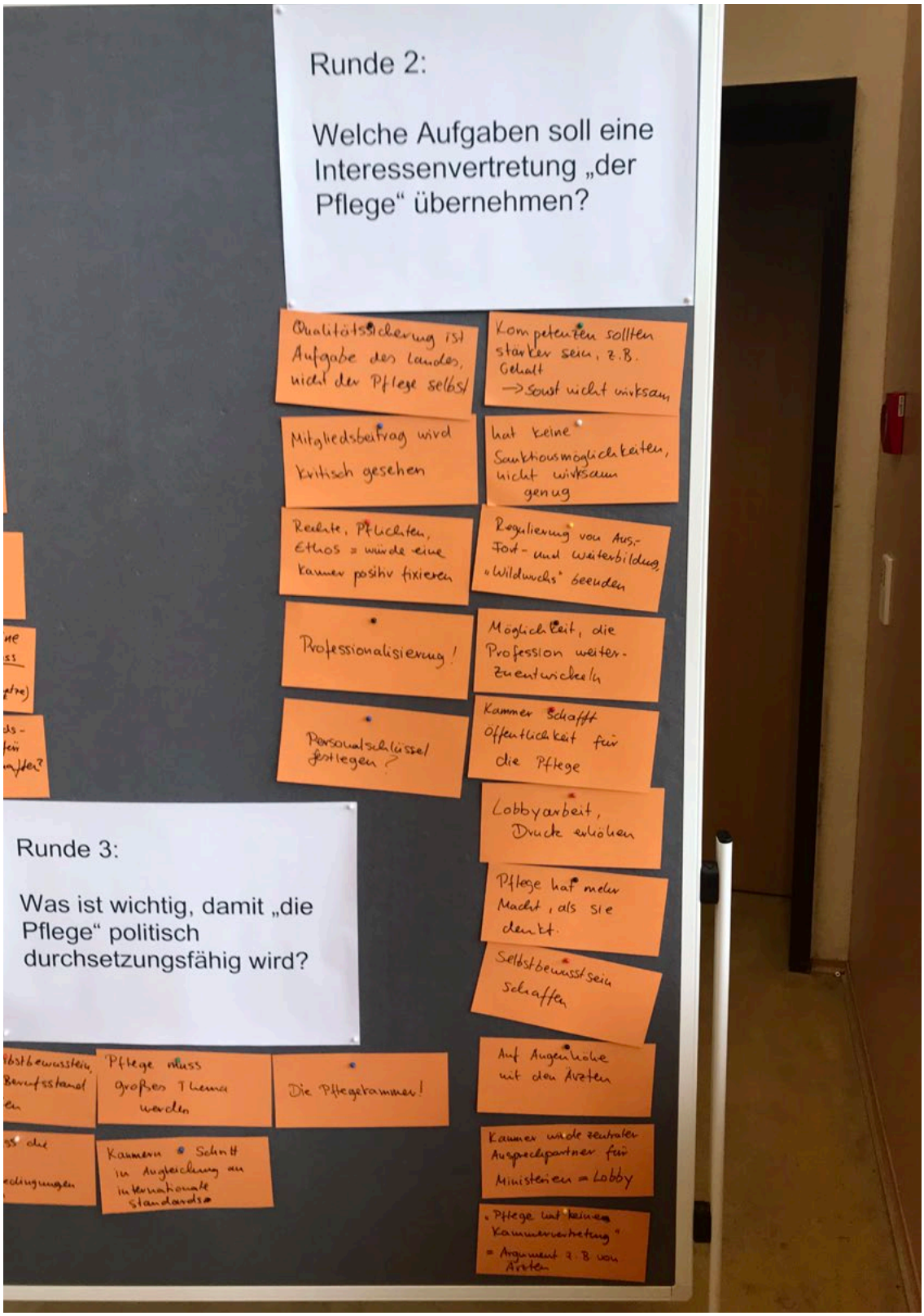
TEILNEHMENDE: RUND 80 PERSONEN AM VORMITTAG, 11 PERSONEN BEI DER OFFENEN DISKUSSIONSRUNDE AM NACHMITTAG

ORT: BTU COTTBUS-SENFTENBERG, HÖRSAAL, UNIVERSITÄTSPLATZ 1, 01968 SENFTENBERG

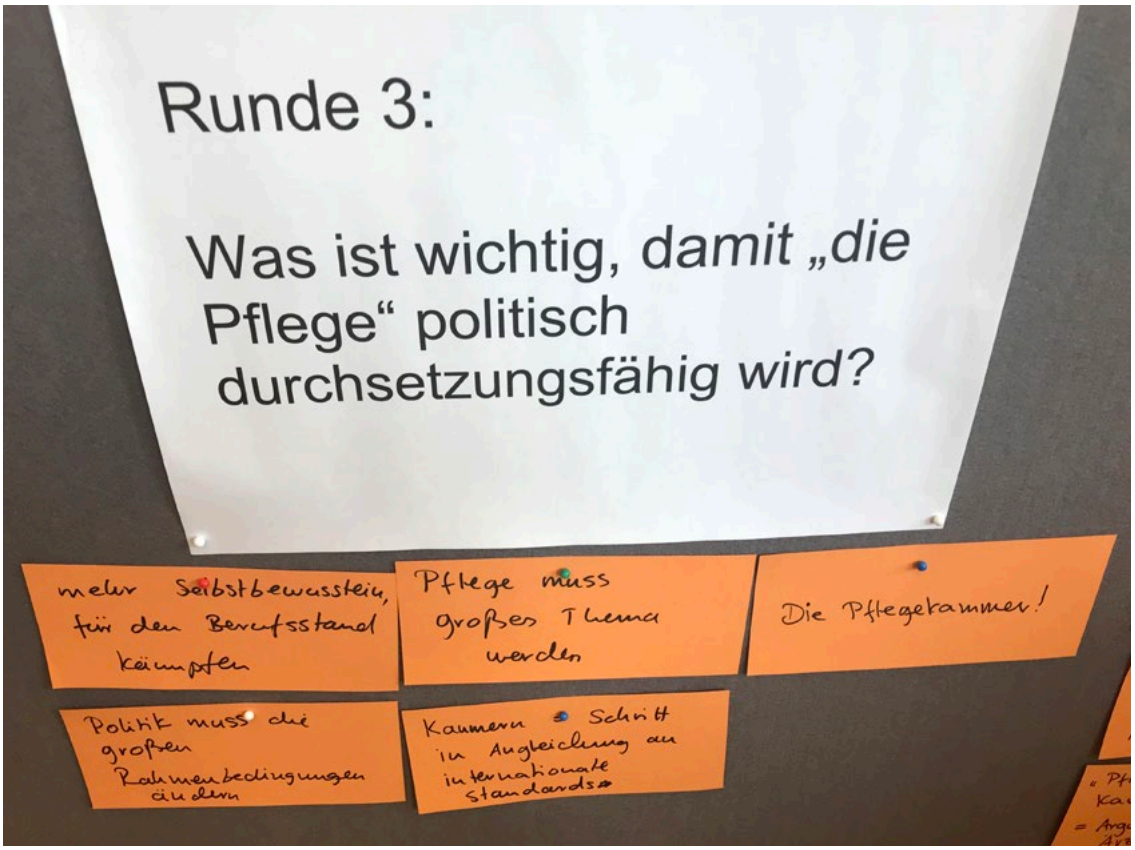
Auswertung Diskussionsrunde



Runde 1


Runde 2:
Welche Aufgaben soll eine Interessenvertretung „der Pflege“ übernehmen?
Qualitätssicherung ist Aufgabe des Landes, nicht der Pflege selbst
Kompetenten sollten stärker sein, z.B. Gehalt
→ sonst nicht wirksam
Mitgliedsbeitrag wird kritisch gesehen
hat keine Sanktionsmöglichkeiten, nicht wirksam genug
Rechte, Pflichten, Ethos = würde eine Kammer positiv fixieren
Regulierung von Aus-, Fort- und Weiterbildung, „Wildwuchs“ beenden
Professionalisierung!
Möglichkeit, die Profession weiterzuentwickeln
Personalschlüssel festlegen?
Kammer schafft Öffentlichkeit für die Pflege
Lobbyarbeit, Druck erhöhen
Runde 3:
Was ist wichtig, damit „die Pflege“ politisch durchsetzungsfähig wird?
Pflege hat mehr Macht, als sie denkt.
Selbstbewusstsein schaffen
Pflege muss großes Thema werden
Die Pflegekammer!
Auf Augenhöhe mit den Ärzten
Kammern Schritt in Angleichung an internationale Standards
Kammer wäre zentraler Ansprechpartner für Ministerien = Lobby
„Pflege hat keine Kammervertretung“ = Argument z.B. von Ärzten

Runde 2


Runde 3:
Was ist wichtig, damit „die Pflege“ politisch durchsetzungsfähig wird?
mehr Selbstbewusstein, für den Berufsstand kämpfen
Pflege muss großes Thema werden
Die Pflegekammer!
Politik muss die großen Rahmenbedingungen ändern
Kammern Schritt in Angleichung an internationale Standards

Runde 3

Informationsveranstaltung in Neuruppin

Kurzbeschreibung

- *Veranstaltungsort:* AGUS Akademie für Gesundheits- und Sozialberufe, Neuruppin
- *Anwesend:* Auszubildende der AGUS Akademie für Gesundheits- und Sozialberufe aus Neuruppin und aus der Altenpflegeschule in Oranienburg sowie eine Rechtsanwältin, die von ihren Erfahrungen aus der Anwaltskammer berichtete
- *Medien:* Journalist der „maz-online“ (Artikel zur Veranstaltung im Lokalteil Ostprignitz-Ruppin)
- In Neuruppin diskutierten ca. 60 Teilnehmende miteinander. Bereits während des Vortrags kam es zu vielen, sehr genauen und zum Teil emotional vorgetragenen Zwischen- und Sachfragen. Es bestand ein außerordentlich hoher Diskussionsbedarf vonseiten der Teilnehmenden, sodass auf eine Pause während der Veranstaltung verzichtet wurde.
- *Methode:* Fishbowl

Leitfragen:

- Welche Fragen haben Sie zum Thema Pflegekammer?
- Welche Aufgaben soll eine Interessenvertretung „der Pflege“ übernehmen?
- Was ist wichtig, damit „die Pflege“ politisch durchsetzungsfähig wird?

Kernergebnisse:

- Die Fragen der Anwesenden drehten sich vor allem um den Mehrwert einer Pflegekammer gegenüber der jetzigen Interessenvertretung „der Pflege“ über Berufsverbände und die Gewerkschaft. Juristische Begründungs- und Wirkzusammenhänge für die Rahmenbedingungen einer Pflegekammer (zum Beispiel die Begrünung für die Pflichtmitgliedschaft), stießen auf wenig Akzeptanz bei den Teilnehmenden.
- Die hervorstechendsten Erwartungen an eine Pflegekammer oder eine andere, vergleichbare Interessenvertretung waren vor allem der Wunsch, eine Lobby zu errichten und ein Selbstverwaltungsorgan mit Entscheidungskraft zu schaffen.
- Kritisch angemerkt wurde, dass die Pflegekammer nur dann als eine Stimme fungieren kann, wenn auch die Assistenz- und Hilfsberufe vollumfänglich miteinbezogen werden. Die rechtliche und formale Differenzierung zwischen Fach- und Hilfskräften wurde auch bei dieser Veranstaltung als diskriminierend bewertet.
- Außerdem wurde kritisiert, dass die Ziele und Möglichkeiten einer Pflegekammer zu vage blieben, sodass eine Entscheidung „dafür“ schwerfalle.
- Von einigen Teilnehmenden wurde der Anspruch geäußert, dass die Pflegekräfte selbst als Veranstalter den „Dialog Pflegekammer“ führen müssten, um eine authentische Übermittlung zu gewährleisten. Die Meinungen zur Gründung einer Pflegekammer waren auch am Ende der Veranstaltung noch sehr divers, die Stimmung aufgewühlt. Die Befürwortenden einer Pflegekammer traten gegen Ende der Veranstaltung stärker auf als die Kritikerinnen und Kritiker. Im Laufe der Veranstaltung veränderte sich zudem die Haltung der Anwesenden bei der Frage, in welchem Umfang der Berufsstand die Dinge selbst in die Hand nehmen sollte, um seine Lage zu verbessern. Es wurde jedoch deutlich, dass die Schwelle dafür sehr hoch liegt.

Steckbrief

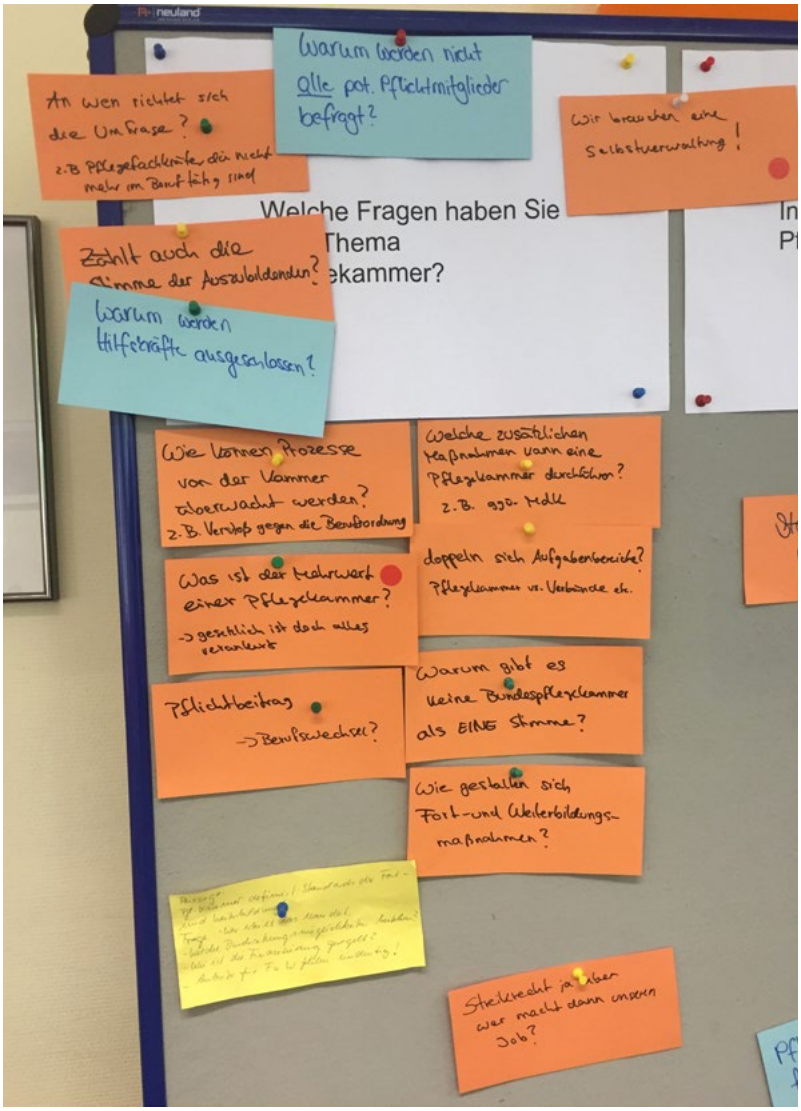
DATUM: 25.06.2018

UHRZEIT: 12:00–14:00 UHR

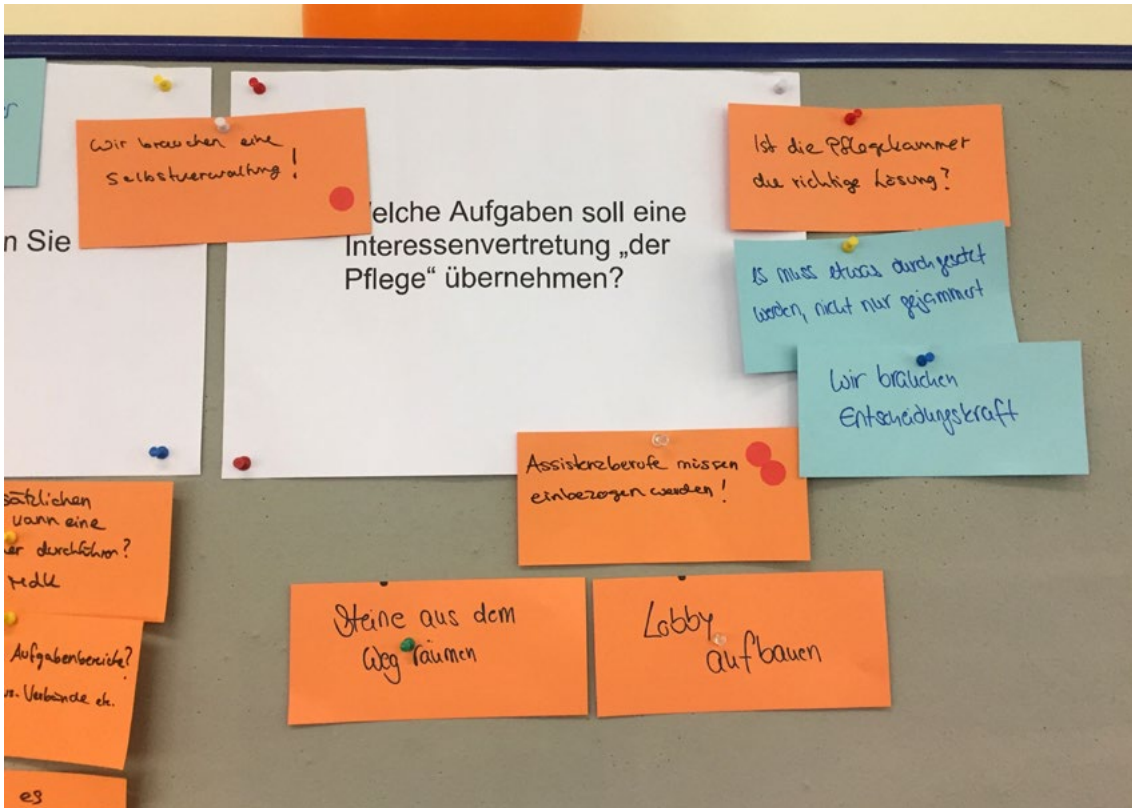
TEILNEHMENDE: RUND 60 PERSONEN

ORT: AGUS AKADEMIE FÜR GESUND-
HEITS- UND SOZIALBERUFE,
ALT RUPPINER ALLEE 40,
16816 NEURUPPIN

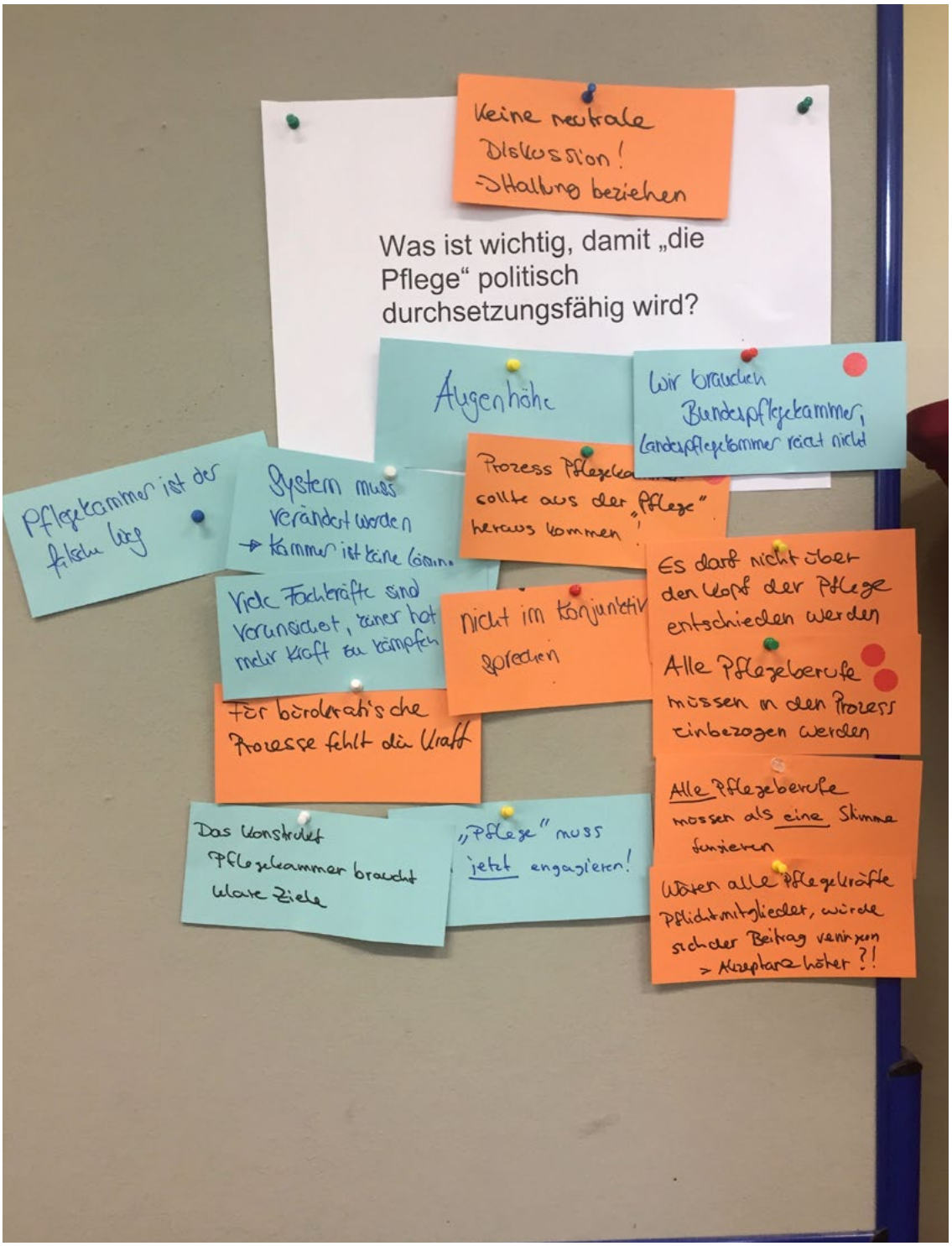
Auswertung Diskussionsrunde



Runde 1


Wir brauchen eine Selbstverwaltung!
elche Aufgaben soll eine Interessenvertretung „der Pflege“ übernehmen?
Ist die Pflegekammer die richtige Lösung?
Wir brauchen Entscheidungskraft
Assistenzberufe müssen einbezogen werden!
Steine aus dem Weg räumen
Lobby aufbauen

Runde 2


Keine neutrale Diskussion! -Haltung beziehen
Was ist wichtig, damit „die Pflege“ politisch durchsetzungsfähig wird?
Augenhöhe
Wir brauchen Bundespflegekammer, Landespflegekammer reicht nicht
Pflegekammer ist der falsche Weg
System muss verändert werden → Kammer ist keine Lösung
Prozess Pflegekammer sollte aus der „Pflege“ heraus kommen
Es darf nicht über den Kopf der Pflege entschieden werden
Viele Fachkräfte sind verunsichert, keiner hat mehr Kraft zu kämpfen
nicht im Konjunktiv sprechen
Alle Pflegeberufe müssen in den Prozess einbezogen werden
Für bürokratische Prozesse fehlt die Kraft
Alle Pflegeberufe müssen als eine Stimme fungieren
Das Konstrukt Pflegekammer braucht klare Ziele
„Pflege“ muss jetzt engagieren!
Wären alle Pflegekräfte Pflichtmitglieder, würde sich der Beitrag verringern → Akzeptanz höher?!

Runde 3

Informationsveranstaltung in Mellensee

Kurzbeschreibung

- *Veranstaltungsort:* Seniorenbetreuungseinrichtung „Saalower Berg“, Am Mellensee / Saalow
- *Anwesend:* Pflegefachkräfte der DRK-Einrichtung Saalower Berg sowie Pflegefachkräfte der DRK Einrichtung Prießnitz-Haus, Mahlow.
- In Am Mellensee / Saalow diskutierten 30 Teilnehmende miteinander. Der Vortragsblock wurde interessiert, aber auffällig ruhig und ohne jegliche Rückfragen verfolgt. Im Workshopteil engagierten sich die Teilnehmenden dann zunehmend und beteiligten sich sehr aktiv.
- *Methode:* World-Café

Leitfragen:

- Was fände ich an der Pflegekammer gut, was schlecht?
- Was erwarte ich von der Politik?
- Erwartungen an eine Interessenvertretung

Kernergebnisse:

- Die Teilnehmenden zeigten eine sehr tiefe Durchdringung der Wirkungszusammenhänge von politischen Entscheidungen auf nationaler und europäischer Ebene auf „die Pflege“. So wurden zum Beispiel während des Workshops explizit die Zusammenhänge zwischen niedriger Entlohnung, Rentenniveau und Altersarmut herausgearbeitet. Auch wurden die Folgen von Entscheidungen auf EU-Ebene auf den bürokratischen Aufwand in den Einrichtungen thematisiert.
- Die Teilnehmenden äußerten die Meinung, dass die Gründung einer Pflegekammer generell zur Aufwertung des Pflegeberufs beitragen würde. Auch verknüpften sie mit einer Pflegekammergründung beispielsweise die Erwartung an die Vereinheitlichung von Expertenstandards und das Entstehen einer positiven Lobby für „die Pflege“.
- Der Pflichtbeitrag wurde negativ bewertet: Allerdings wurde gleichzeitig die Vermutung geäußert, dass dieses „schlechte Image“ über einen positiv besetzten Begriff wie „Mitgliedsbeitrag“ verbessert werden könnte.
- Weiterhin wurde der langwierige Gründungsprozess bemängelt und die Befürchtung geäußert, dass die Landesebene allein nicht genug Einfluss auf die Situation in „der Pflege“ habe.
- Vonseiten der Politik erwarteten die Anwesenden eine generelle Veränderung und die Übernahme von mehr Verantwortung. Der Personalschlüssel müsse deutlich erhöht und der Beruf generell für die potenziellen Fachkräfte attraktiver gestaltet werden.
- Die Erwartungen an eine Interessenvertretung bestanden darin, dass alle Pflegeberufe – nicht nur die Fachkräfte – bei einer Gründung und bei der weiteren Arbeit gleichermaßen zum Zuge kommen müssen. Die Unterscheidung zwischen den Fach- und Hilfskräften in der Berufsgruppe wurde als problematisch angesehen.
- Weiterhin wurde für eine unabhängige Interessenvertretung der Wunsch nach einem Mitspracherecht auch in politischen Angelegenheiten geäußert bei einer gleichzeitig kostenfreien und freiwilligen Mitgliedschaft.
- Vereinzelt wurde betont, dass der Berufsstand selbst aktiv werden müsse, um seine Lage zu verbessern.
- Als konkrete politische Forderung formulierten die Teilnehmenden den Wunsch, dass Landtagsabgeordnete / Politikerinnen und Politiker ein Praktikum in einem Pflegeberuf absolvieren sollten, um den Arbeitsalltag tatsächlich zu erleben.

Steckbrief

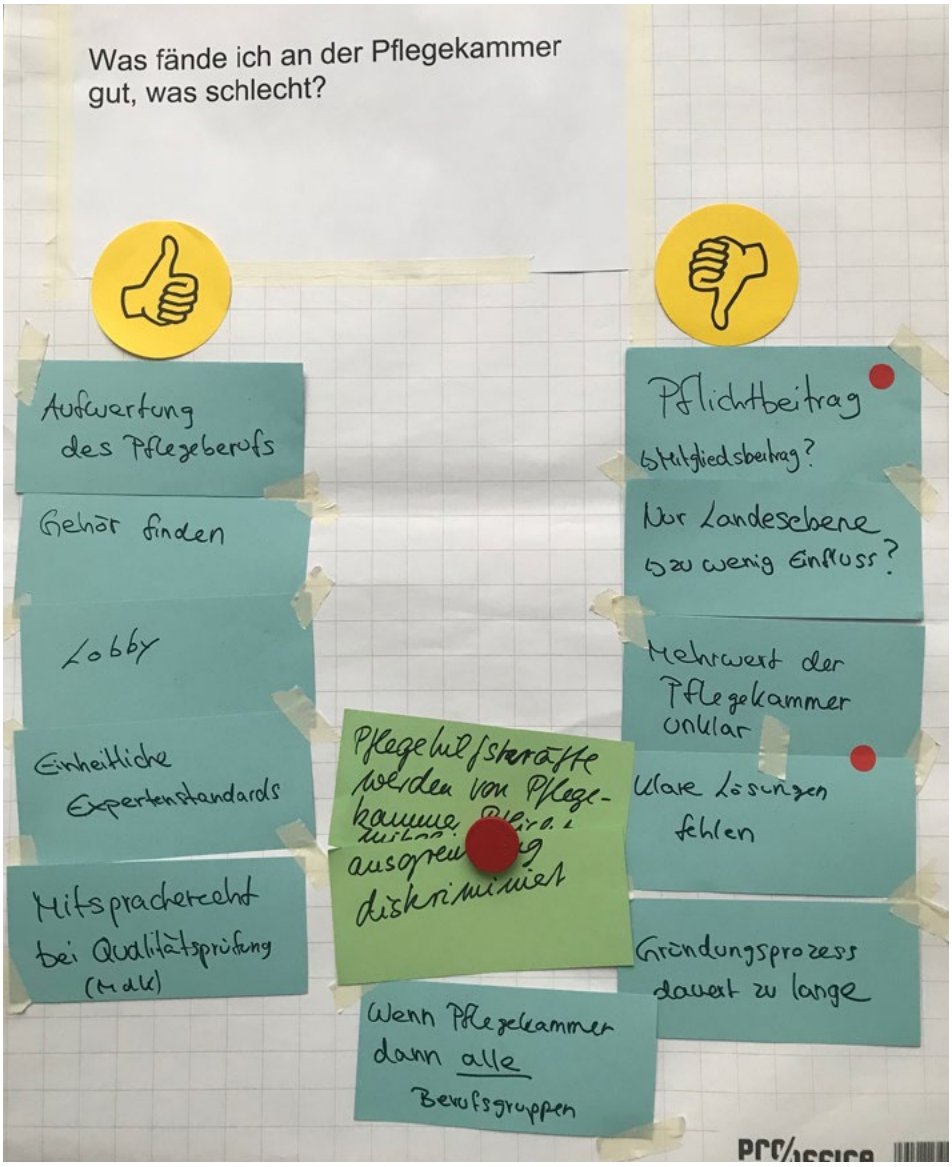
DATUM: 28.06.2018

UHRZEIT: 13:00–15:00 UHR

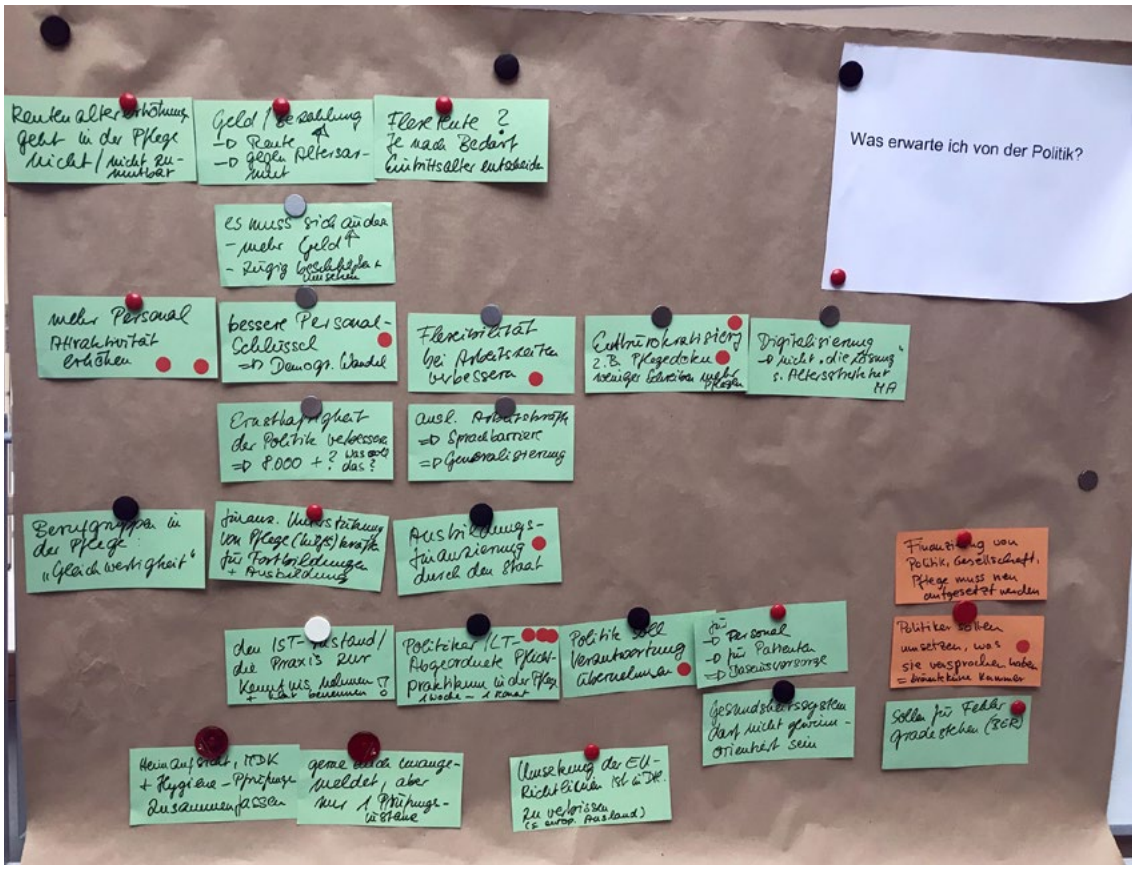
TEILNEHMENDE: 30 PERSONEN

ORT: SENIORENBETREUUNGSEINRICHTUNG „SAALOWER BERG“, SAALOW, HORSTWEG 1, 15838 AM MELLENSEE

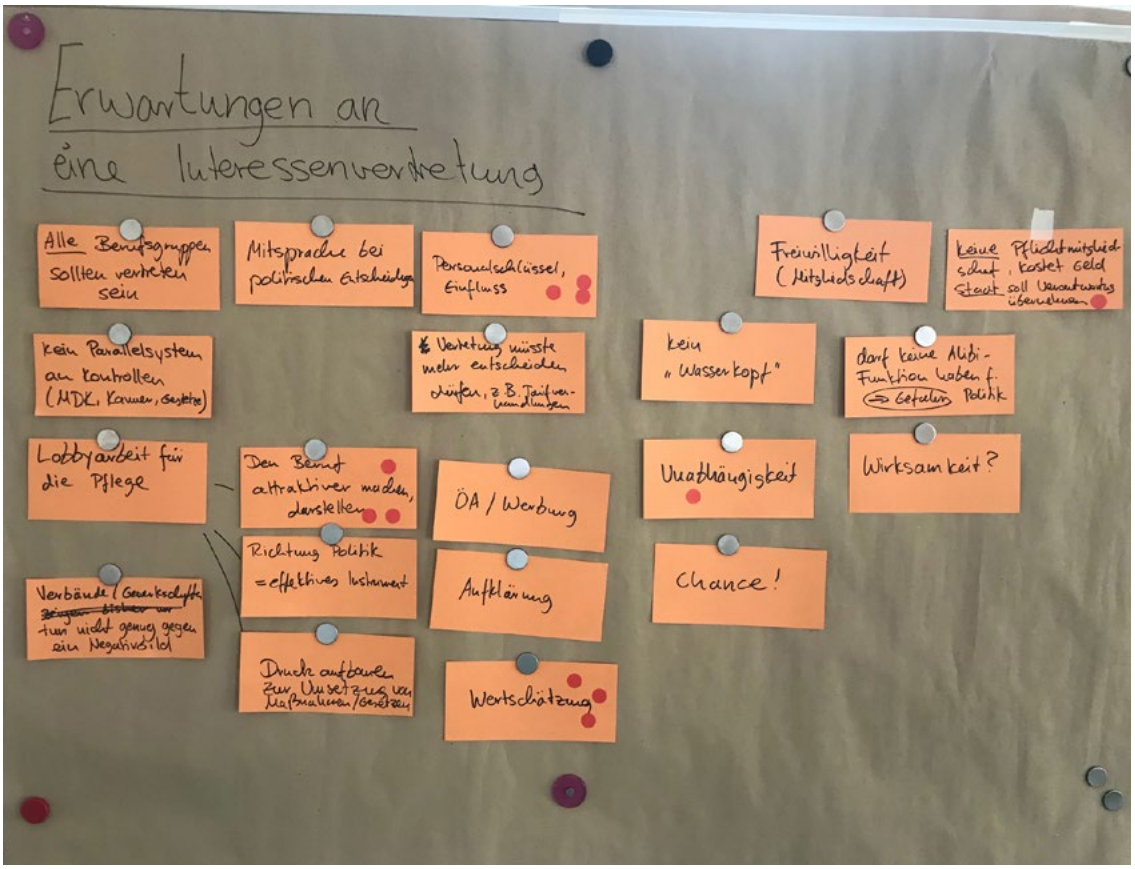
Auswertung Diskussionsrunde



Runde 1



Runde 2


Erwartungen an eine Interessenvertretung
Alle Berufsgruppen sollten vertreten sein
Mitsprache bei politischen Entscheidungen
Personalschlüssel, Einfluss
Freiwilligkeit (Mitgliedschaft)
keine Pflichtmitglied schaft, kostet Geld steuert soll Verantwortung übernehmen
kein Parallelsystem an Kontrollen (MDK, Kammer, Gesetze)
Vertretung müsste mehr entscheiden dürfen, z.B. Tarifverhandlungen
kein „Wasserkopf"
darf keine Alibi-Funktion haben f. Gefallen Politik
Lobbyarbeit für die Pflege
Den Beruf attraktiver machen, darstellen
ÖA / Werbung
Unabhängigkeit
Wirksamkeit?
Richtung Politik = effektives Instrument
Aufklärung
Chance!
Verbände (Gewerkschaften) tun nicht genug gegen ein Negativbild
Druck aufbauen zur Umsetzung von Maßnahmen/Gesetzen
Wertschätzung

Runde 3

Informationsveranstaltung in Brandenburg an der Havel

Kurzbeschreibung

- *Veranstaltungsort:* Asklepios Fachklinikum, Brandenburg a. d. H.
- *Anwesend:* Pflegefachkräfte des Asklepios Fachklinikums sowie Pflegefachkräfte aus dem Senioren- und Pflegezentrum, Haus „Clara Zetkin“ – Tagespflege aus Brandenburg a. d. H.
- In Brandenburg kamen 59 Teilnehmende zusammen aus den verschiedenen Abteilungen des Klinikums und der Altenpflegeeinrichtung.
- Bereits der Vortrag wurde durch heftige emotionale Beiträge immer wieder unterbrochen. Im Verlauf der Veranstaltung wurde die Stimmung zusehends aufgeheizter. Es kristallisierte sich eine Kritikergruppe von ca. acht Pflegefachkräften heraus, die den Veranstaltungsablauf immer wieder mit zum Teil aggressiven Redebeiträgen unterbrach. Der „Dialog Pflegekammer“ und insbesondere die repräsentative Befragung wurden sehr kritisch gesehen. Es wurde der Vorwurf geäußert, dass „das Land“ eine Pflegekammer einrichten wolle und der „Dialog Pflegekammer“ nicht wirklich ergebnisoffen sei.
- *Methode:* Geplant war die Fishbowl-Methodik. Durch die permanenten Einwürfe der Kritikergruppe entwickelte sich jedoch ein Frage-Antwort-Format.
- Erst gegen Ende der Veranstaltung kam es zu einer Reihe von Sach- und Verständnisfragen auch durch die übrigen Teilnehmenden.

Leitfragen:

- Welche Fragen haben Sie zum Thema Pflegekammer?
- Welche Aufgaben soll eine Interessenvertretung „der Pflege“ übernehmen?

Kernergebnisse:

(Diese leiten sich nahezu ausschließlich aus den Einwürfen der Kritikergruppe ab. Die übrigen Teilnehmenden meldeten sich erst gegen Ende der Veranstaltung und fast ausschließlich in Form von Sach- und Verständnisfragen zu Wort.)

- Die Kritikergruppe äußerte Vorwürfe gegenüber „der Politik“, dem MASGF und auch gegenüber dem eigenen Arbeitgeber.
- Dass eine Pflegekammer die Probleme in „der Pflege“ (insbesondere Entlohnung und Arbeitsbedingungen) nicht lösen könne, wurde immer wieder betont. Vor allem die Finanzierung der Pflegekammer über die Pflegefachkräfte wurde äußerst kritisch und als Zumutung bewertet („Warum zahlt das Land nicht dafür?“).
- Ebenfalls mehrfach betont wurde, dass die Probleme in der Pflege von der Politik gelöst werden sollten („Staat soll Verantwortung übernehmen“). Die Privatisierung des Gesundheitssystems, die niedrigen Löhne und die hohe Überlastung der Pflegekräfte wurden kritisiert. Auch die Form der Pflichtmitgliedschaft stieß auf Widerspruch – eine freiwillige Mitgliedschaft sei besser.
- Darüber hinaus äußerte die Kritikergruppe massive Kritik an der repräsentativen Befragung („Alle Pflegefachkräfte müssten befragt werden“) sowie an der Gestaltung des Fragebogens. Hier wurden konkrete Manipulationsvorwürfe geäußert, die sich auch nicht durch die Erläuterungen seitens des MASGF ausräumen ließen.

Steckbrief

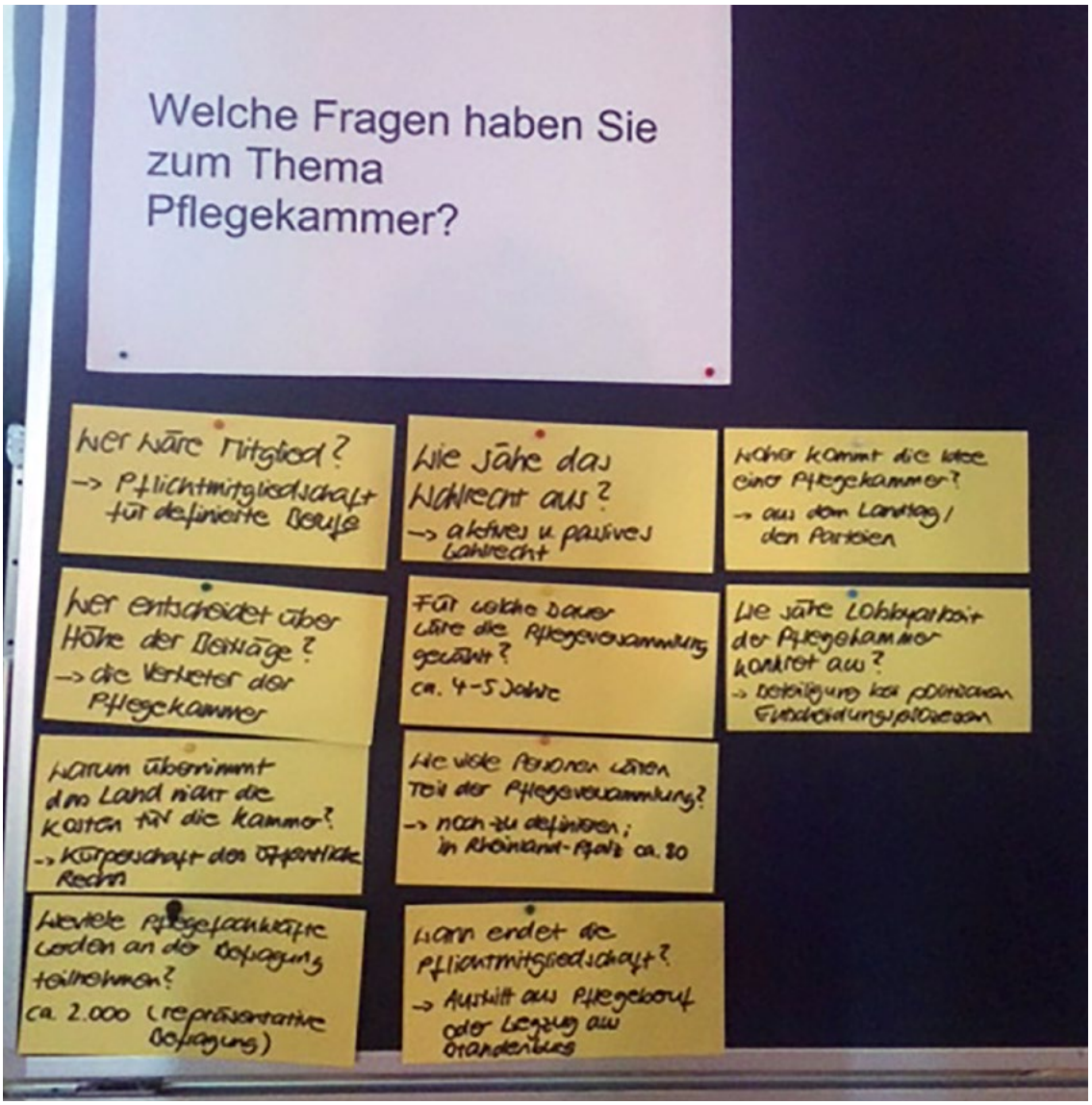
DATUM: 23.07.2018

UHRZEIT: 13:30–15:30 UHR

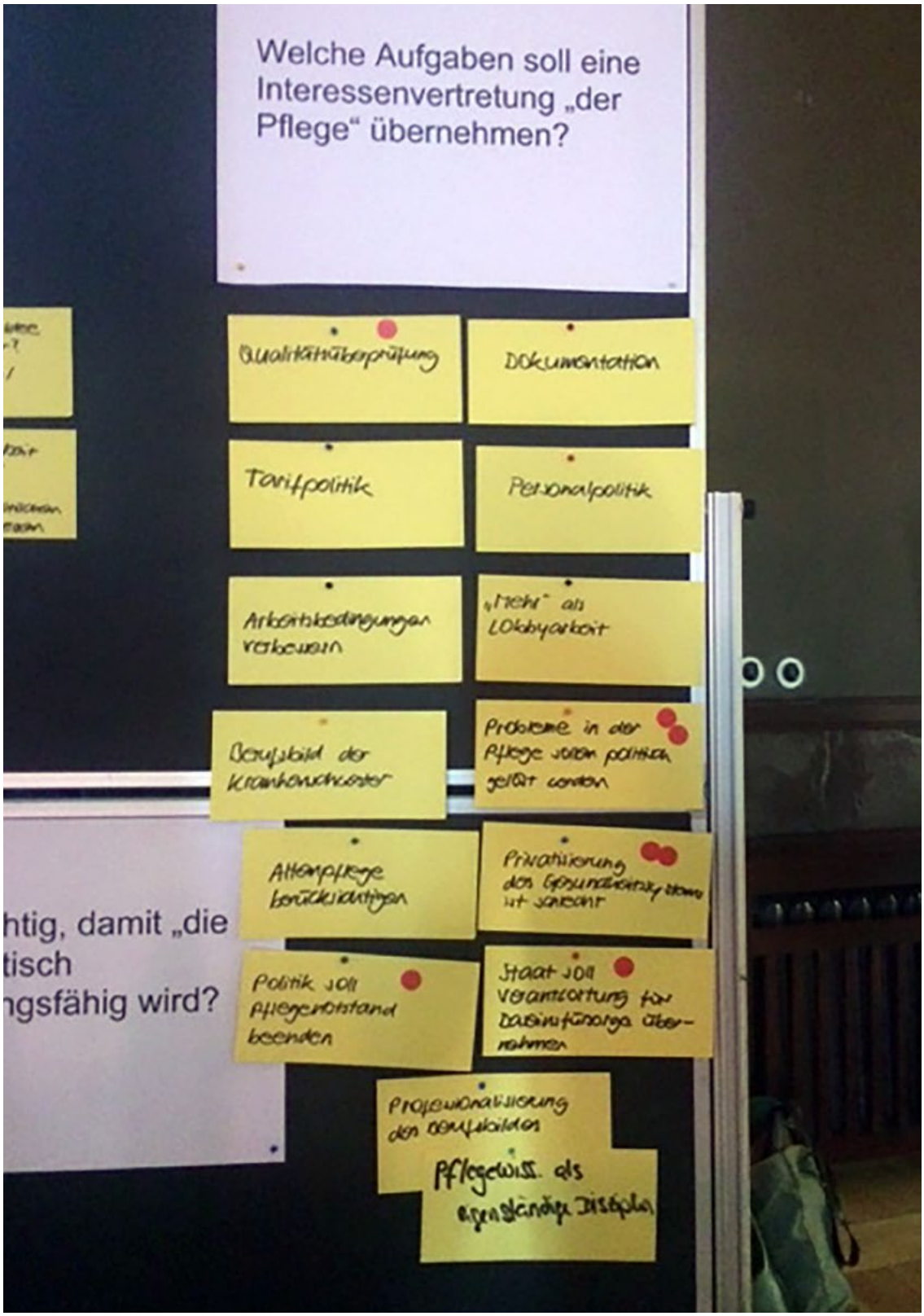
TEILNEHMENDE: 59 PERSONEN

ORT: ASKLEPIOS FACHKLINIKUM,
ANTON-SAEFKOW-ALLEE 2,
14772 BRANDENBURG AN DER HAVEL

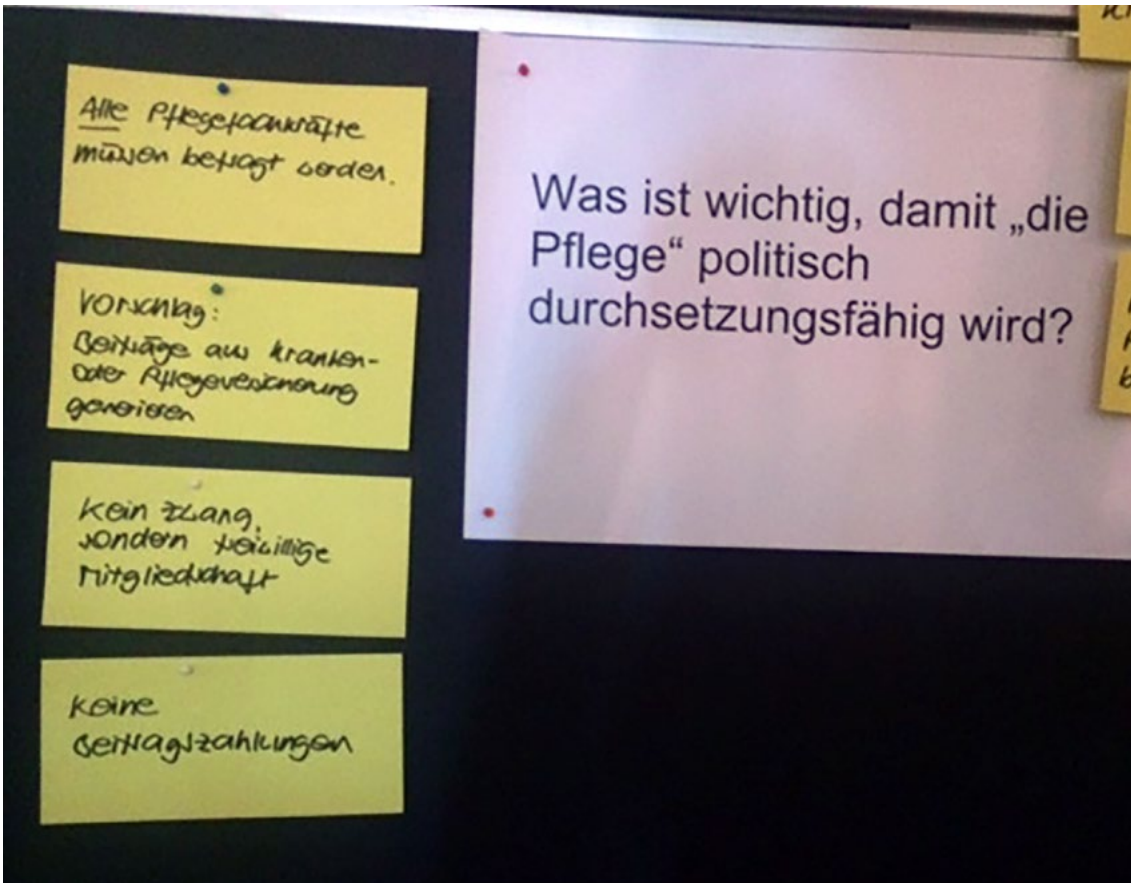
Auswertung Diskussionsrunde



Runde 1


Welche Aufgaben soll eine Interessenvertretung „der Pflege“ übernehmen?
Qualitätsüberprüfung
Dokumentation
Tarifpolitik
Personalpolitik
Arbeitsbedingungen verbessern
„mehr“ als Lobbyarbeit
Berufsbild der Krankenschwester
Probleme in der Pflege sollen politisch gelöst werden
Altenpflege berücksichtigen
Privatisierung des Gesundheitssystems ist sinnvoll
Politik soll Pflegenotstand beenden
Staat soll Verantwortung für Daseinsfürsorge übernehmen
Professionalisierung des Berufsbildes
Pflegewiss. als eigenständige Disziplin
htig, damit „die
tisch
ngsfähig wird?

Runde 2


Alle Pflegefachkräfte müssen befragt werden.
Vorschlag: Beiträge aus kranken- oder Pflegeversicherung generieren
kein Zwang, sondern freiwillige Mitgliedschaft
keine Beitragszahlungen
Was ist wichtig, damit „die Pflege“ politisch durchsetzungsfähig wird?

Runde 3

Informationsveranstaltung in Königs Wusterhausen

Kurzbeschreibung

- *Veranstaltungsort:* Klinikum Dahme-Spreewald, Achenbach-Krankenhaus
- *Anwesend:* Pflegefachkräfte, Pflegemanagement, Vertretung Betriebsrat sowie eine externe Teilnehmerin aus Brandenburg a. d. H.
- In Königs Wusterhausen diskutierten 10 Teilnehmende miteinander.
- *Methode:* offene Diskussion

Leitfragen:

- Was fände ich an der Pflegekammer gut, was schlecht?
- Was erwarte ich von der Politik?
- Erwartungen an eine Interessenvertretung

Kernergebnisse:

- Die Fragen der Teilnehmenden drehten sich vor allem um den „Treiber“ des Dialogs, nach der Mitgliedschaft von Hilfs- und Assistenzberufen in der Kammer und um die Befürchtung, dass eventuell Doppelstrukturen entstehen könnten.
- Eine der Erwartungen an eine Interessenvertretung bestand darin, Tarife zu verhandeln (was die Pflegekammer nicht könnte). Die Aufgaben einer Pflegekammer sahen die Anwesenden darin, dass diese die Rahmenbedingungen für die Pflege nachhaltig beeinflussen könne, ohne allerdings kurzfristige Lösungen zu bieten.
- Vonseiten „der Politik“ wünschten sich die Teilnehmenden vor allem, dass sie den Pflegeberuf attraktiver machen solle. Zudem solle mit „der Pflege“ geredet werden – und nicht über „die Pflege“.

Steckbrief

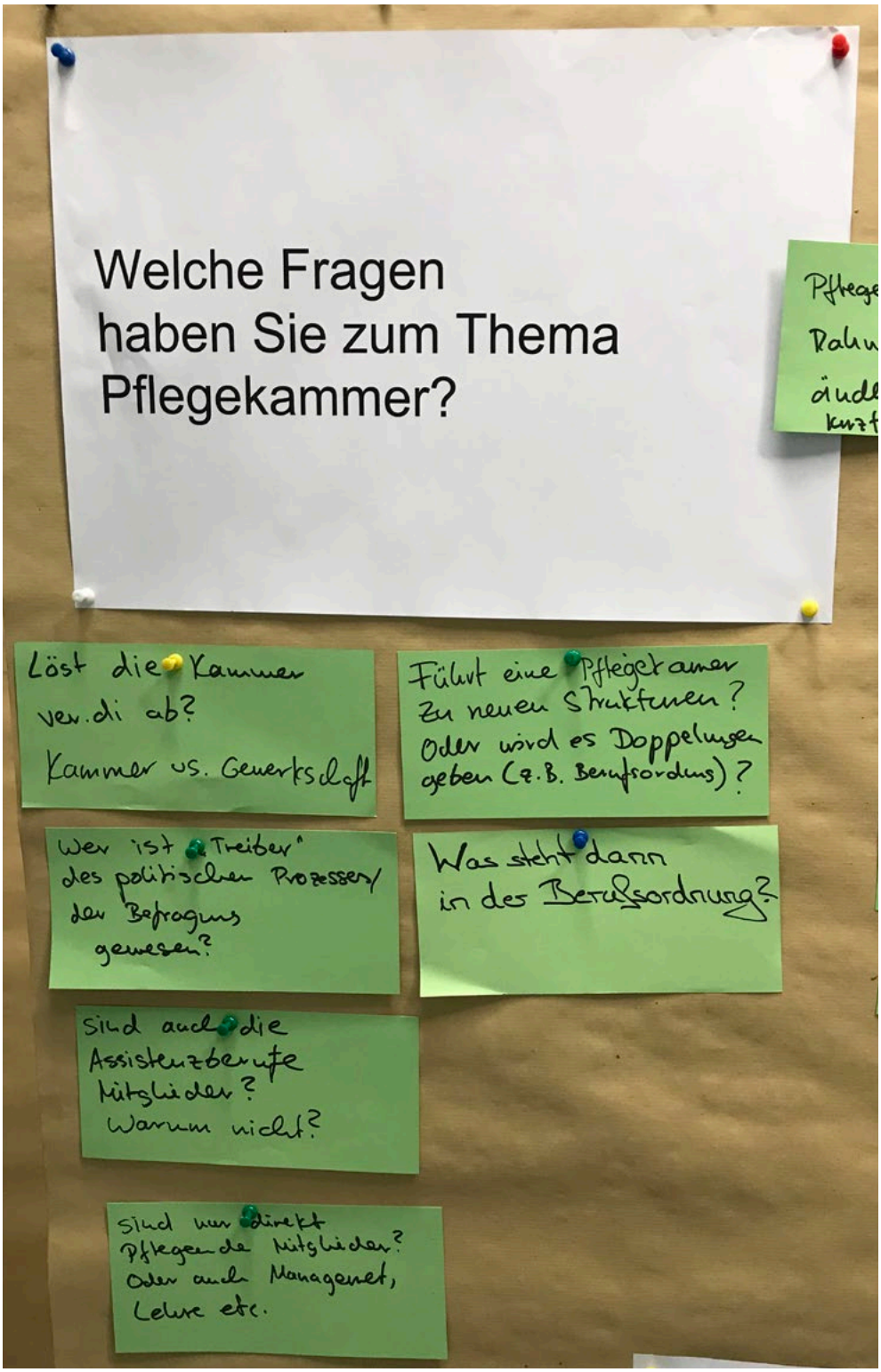
DATUM: 31.07.2018

UHRZEIT: 14:30–16:30 UHR

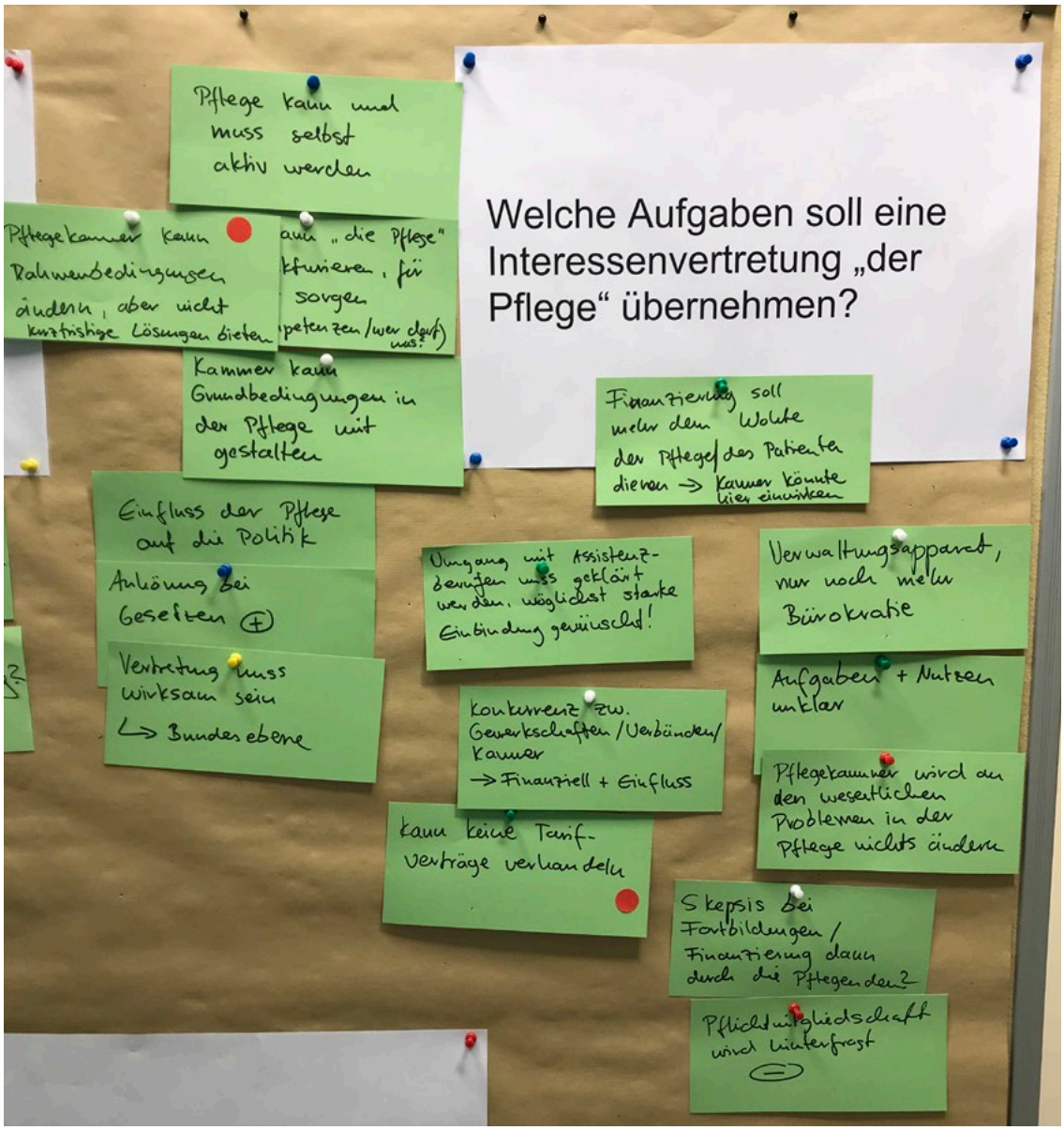
TEILNEHMENDE: 10 PERSONEN

ORT: KÖPENICKER STRASSE 29, 15711 KÖNIGS WUSTERHAUSEN

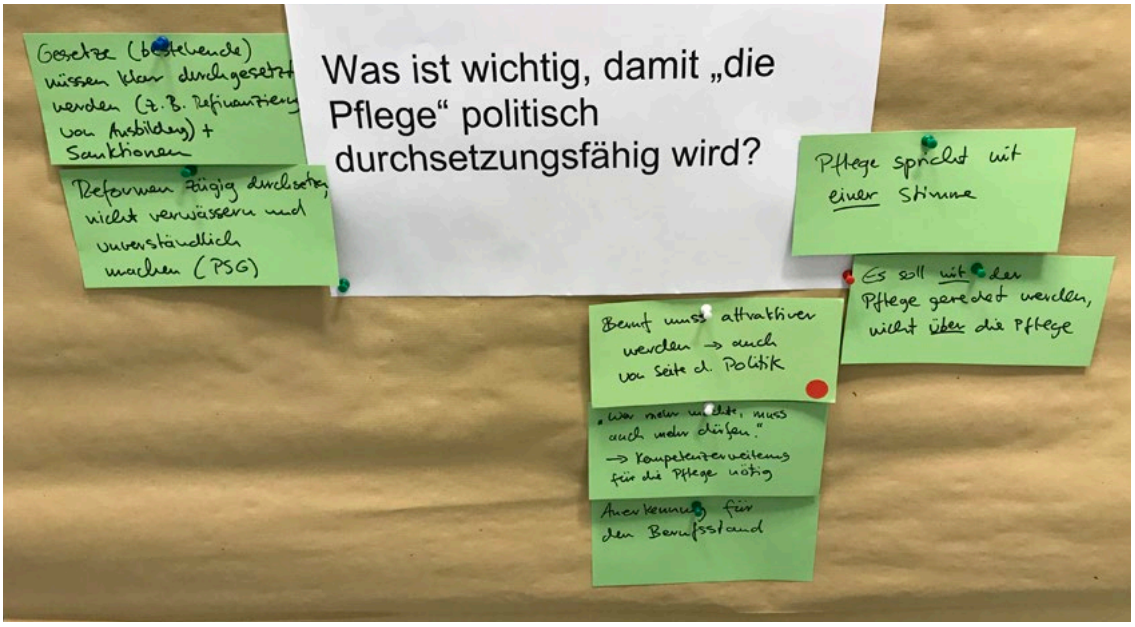
Auswertung Diskussionsrunde



Runde 1


Welche Aufgaben soll eine Interessenvertretung „der Pflege“ übernehmen?
Pflege kann und muss selbst aktiv werden
Pflegekammer kann Rahmenbedingungen ändern, aber nicht kurzfristige Lösungen bieten
Kammer kann Grundbedingungen in der Pflege mit gestalten
Einfluss der Pflege auf die Politik
Anhörung bei Gesetzen
Vertretung muss wirksam sein
↳ Bundesebene
Finanzierung soll mehr dem Wohle der Pflege/des Patienten dienen → Kammer könnte hier einwirken
Umgang mit Assistenz-berufen muss geklärt werden, möglichst starke Einbindung gewünscht!
Verwaltungsapparat, nur noch mehr Bürokratie
Aufgaben + Nutzen unklar
Konkurrenz zw. Gewerkschaften/Verbänden/Kammer
→ Finanziell + Einfluss
Pflegekammer wird an den wesentlichen Problemen in der Pflege nichts ändern
kann keine Tarif-verträge verhandeln
Skepsis bei Fortbildungen/Finanzierung dann durch die Pflegenden?
Pflichtmitgliedschaft und Unterfrost
=

Runde 2


Was ist wichtig, damit „die Pflege“ politisch durchsetzungsfähig wird?
Gesetze (bestehende) müssen klar durchgesetzt werden (z.B. Refinanzierung von Ausbildung) + Sanktionen
Reformen zügig durchsetzen, nicht verwässern und unverständlich machen (PSG)
Pflege spricht mit einer Stimme
Es soll mit der Pflege geredet werden, nicht über die Pflege
Beruf muss attraktiver werden → auch von Seite d. Politik
Anerkennung für den Berufsstand

Runde 3

Informationsveranstaltung in Bernau

Kurzbeschreibung

- *Veranstaltungsort:* Brandenburgklinik, Bernau
- *Anwesend:* Pflegefachkräfte der Brandenburgklinik sowie Mitglieder der Geschäftsführung der gemeinnützigen Gesellschaft für Alten- und Behindertenpflege mbH Bernau, des Pflegedienstes „Alles wird gut“, der Geschäftsstelle gGmbH „Lebenshilfe“ Wohnstätten Barnim sowie Mitarbeitende der Diakoniestation Bernau.
- In Bernau diskutierten 30 Teilnehmende miteinander.
- Alle folgten dem Vortrag aufmerksam und stellten einige inhaltliche Zwischenfragen.
- *Methode:* Fishbowl mit weiteren Meinungsäußerungen aus dem Plenum.

Leitfragen:

- Welche Fragen haben Sie zum Thema Pflegekammer?
- Welche Aufgaben soll eine Interessenvertretung „der Pflege“ übernehmen?
- Was ist wichtig, damit „die Pflege“ politisch durchsetzungsfähig wird?

Kernergebnisse:

- Neben formalen Fragen zur Konstituierung und zum Aufbau einer Pflegekammer gab es auch Nachfragen zur Einschätzung des zu erwartenden Einflusses einer möglichen Pflegekammer. Auch wurde die Befürchtung geäußert, dass das dringend benötigte Pflegepersonal von der Arbeit „am Bett“ durch die Kammertätigkeit abgezogen werde.
- Die Notwendigkeit einer Pflichtmitgliedschaft wurde infrage gestellt.
- Mehrfach wurde geäußert, dass die Pflege definitiv eine Stimme benötige, die sie nach außen vertritt und gewährleisten kann, die Politik bei Entscheidungen, die „die Pflege“ betreffen, fundiert zu beraten.
- Wichtig war aus Sicht einiger Anwesender, die Position der Pflegehilfskräfte aufzuwerten und sie in einer möglichen Pflegekammer als gleichwertige Mitglieder anzuerkennen.
- Für die Teilnehmenden war es sehr wichtig, dass künftig die relevanten Themen „der Pflege“ tatsächlich von „der Politik“ gehört und bearbeitet werden.
- Kritisch wurde von einigen Teilnehmenden angemerkt, dass der Gründungsprozess einer Pflegekammer zu langwierig sei. Die Kammer stelle damit für die älteren und in naher Zukunft ausscheidenden Pflegefachkräfte keine Lösung für deren Probleme mehr dar.
- Gleichzeitig wurde aber hervorgehoben, dass eine Pflegekammer eine sinnvolle Investition in die Zukunft der Pflege sei, obgleich sie nicht die Lösung für alle Probleme bereithalte.

Steckbrief

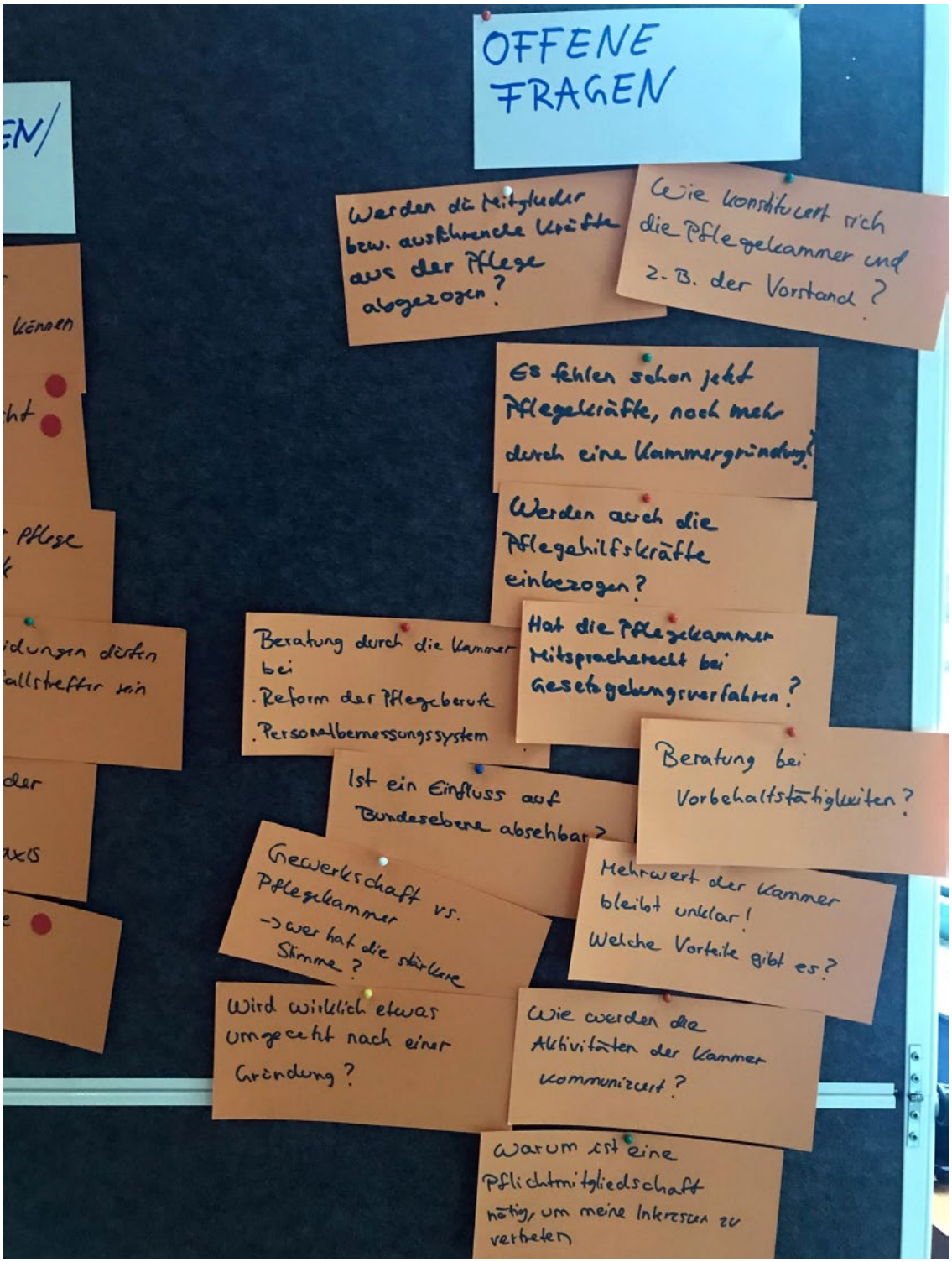
DATUM: 16.08.2018

UHRZEIT: 13:30–15:30 UHR

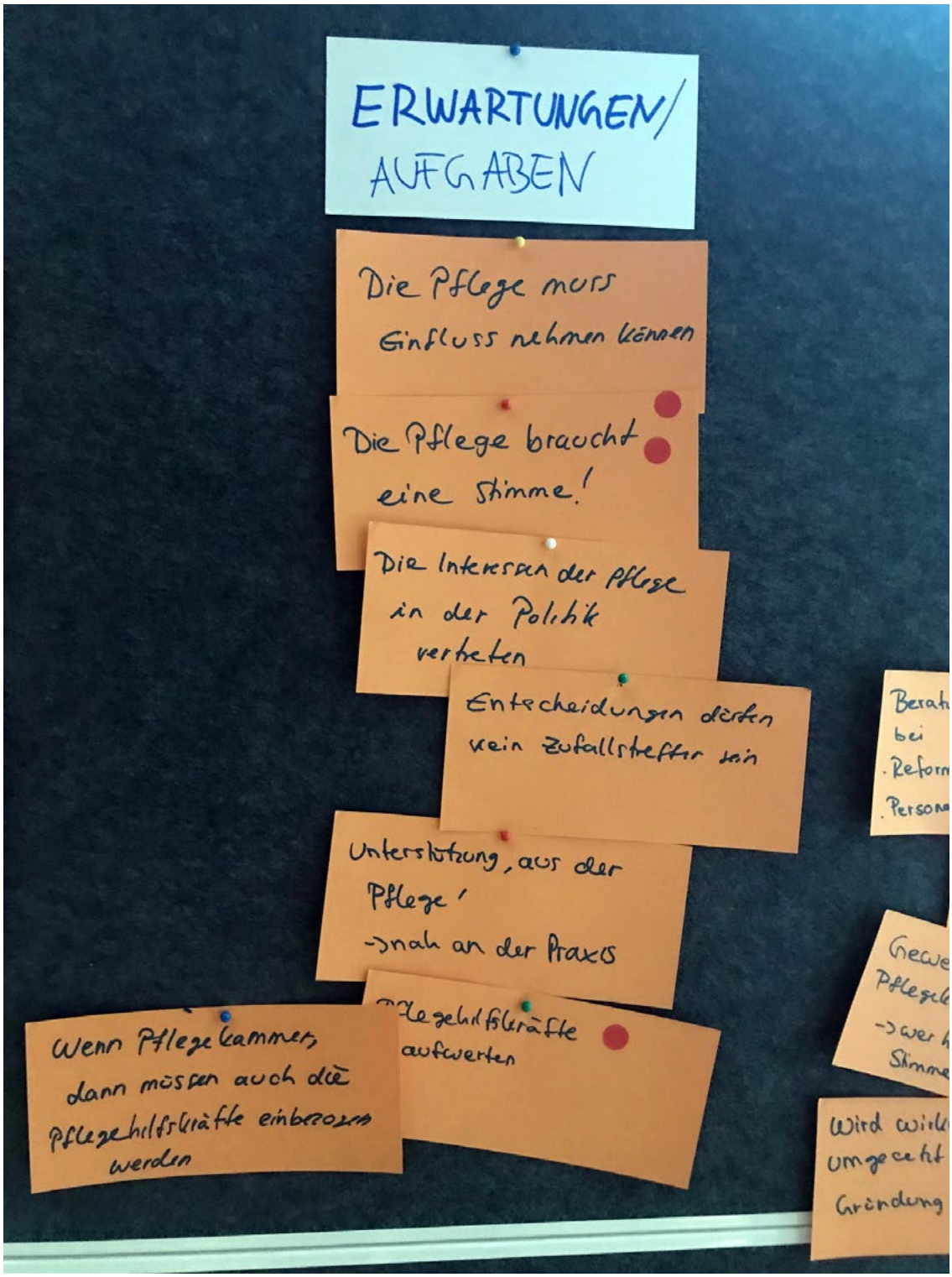
TEILNEHMENDE: 30 PERSONEN

ORT: BRANDENBURGKLINIK
BERLIN-BRANDENBURG GGMBH,
KURALLEE 49,
16321 BERNAU BEI BERLIN

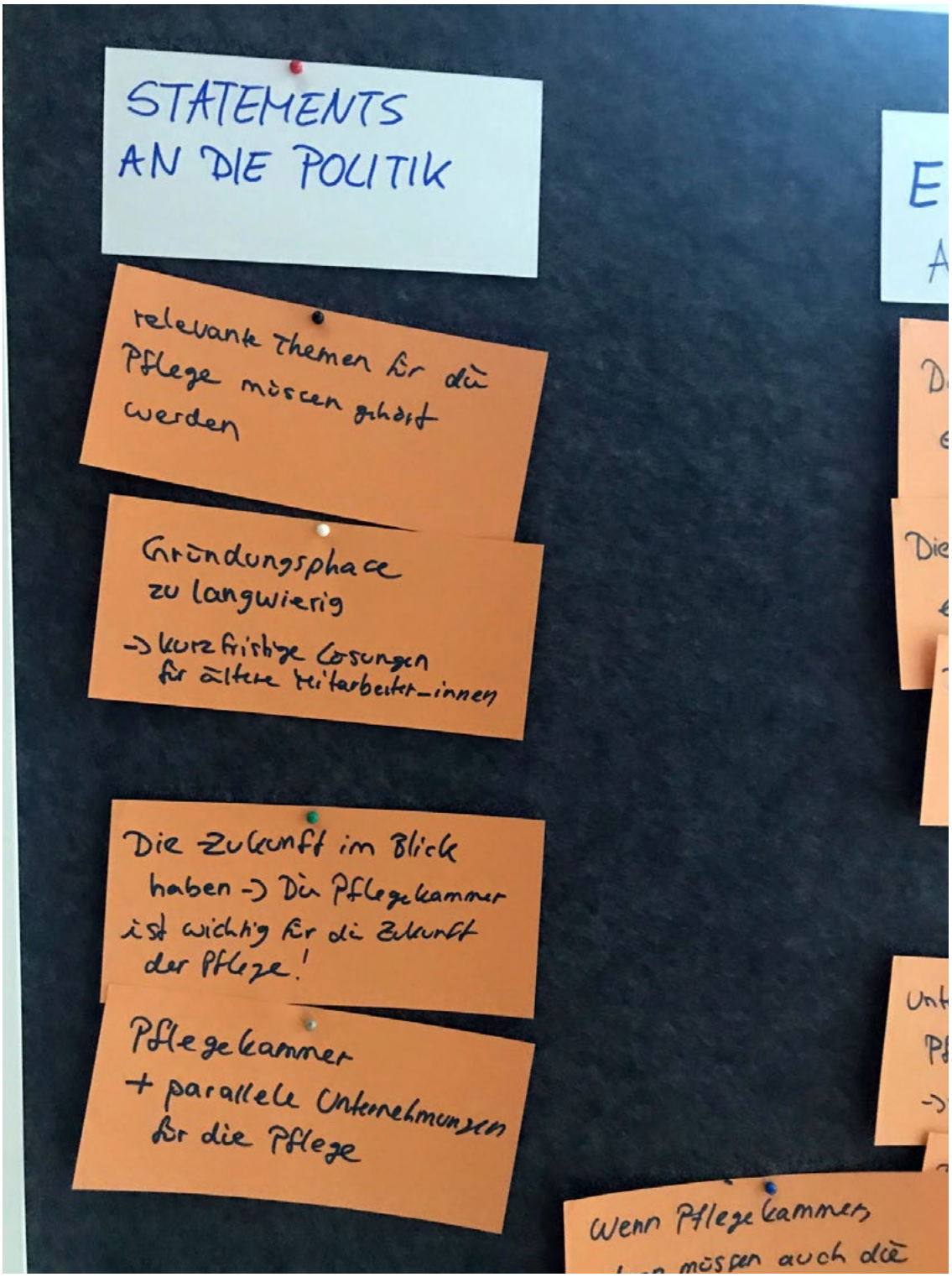
Auswertung Diskussionsrunde



Runde 1


ERWARTUNGEN/
AUFGABEN
Die Pflege muss
Einfluss nehmen können
Die Pflege braucht
eine Stimme!
Die Interessen der Pflege
in der Politik
vertreten
Entscheidungen dürfen
kein Zufallstreffer sein
Unterstützung, aus der
Pflege!
->nah an der Praxis
Wenn Pflegekammer,
dann müssen auch die
Pflegehilfskräfte einbezogen
werden
aufwerten

Runde 2


STATEMENTS
AN DIE POLITIK
relevante Themen für die Pflege müssen gehört werden
Gründungsphase zu langwierig
-> kurzfristige Lösungen für ältere Mitarbeiter_innen
Die Zukunft im Blick haben -> Die Pflegekammer ist wichtig für die Zukunft der Pflege!
Pflegekammer + parallele Unternehmungen für die Pflege
Wenn Pflegekammer

Runde 3

Informationsveranstaltung in Schwedt/Oder

Kurzbeschreibung

- *Veranstaltungsort:* Asklepios Klinikum Schwedt
- *Anwesend:* Pflegefachkräfte und Pflegedienstleitung aus der Klinik sowie die Geschäftsführung
- In Schwedt diskutierten 25 Teilnehmende miteinander.
- Alle folgten dem Vortrag aufmerksam und stellten nur vereinzelt Zwischenfragen.
- *Methode:* offene Diskussion

Leitfragen:

- Welche Fragen haben Sie zum Thema Pflegekammer?
- Welche Aufgaben soll eine Interessenvertretung „der Pflege“ übernehmen?
- Was ist wichtig, damit „die Pflege“ politisch durchsetzungsfähig wird?

Kernergebnisse:

- Besonders betont wurde der Wunsch, dass eine Pflegekammer eine Lobby für die Pflege darstellen solle, eine starke Stimme, die die Interessen der Pflegefachkräfte vertreten solle.
- Eine Pflegekammer müsse, wenn sie Wirkung haben solle, auch politisch durchsetzungsfähig sein – „Gestalten, nicht verwalten“ – war hier das Credo.
- Es wurde mehrfach die Befürchtung geäußert, dass eine Kammer keine Lösung für akute, kurzfristige Probleme in der Pflege biete. Deren Lösung sahen die Anwesenden aber als vorrangig vor längerfristigen Lösungen *an:* „Es müssen kurzfristig wirksame Lösungen her!“
- Bei der Frage, welche Wünsche die Anwesenden an die Landesregierung hätten, wurde vor allem betont, dass die Politik sich auch um Lösungen für abgelegene Regionen kümmern müsse. Auch in der Pflege müssten gleichwertige Lebensbedingungen für alle gelten. Insgesamt zeigte sich das starke Gefühl eines Widerspruchs zwischen „denen da oben“ und „uns hier unten“.
- Auch wurde die Befürchtung geäußert, dass die Kammer einen Keil zwischen die Pflegekräfte und die Ärztinnen oder Ärzte treiben könnte.

Steckbrief

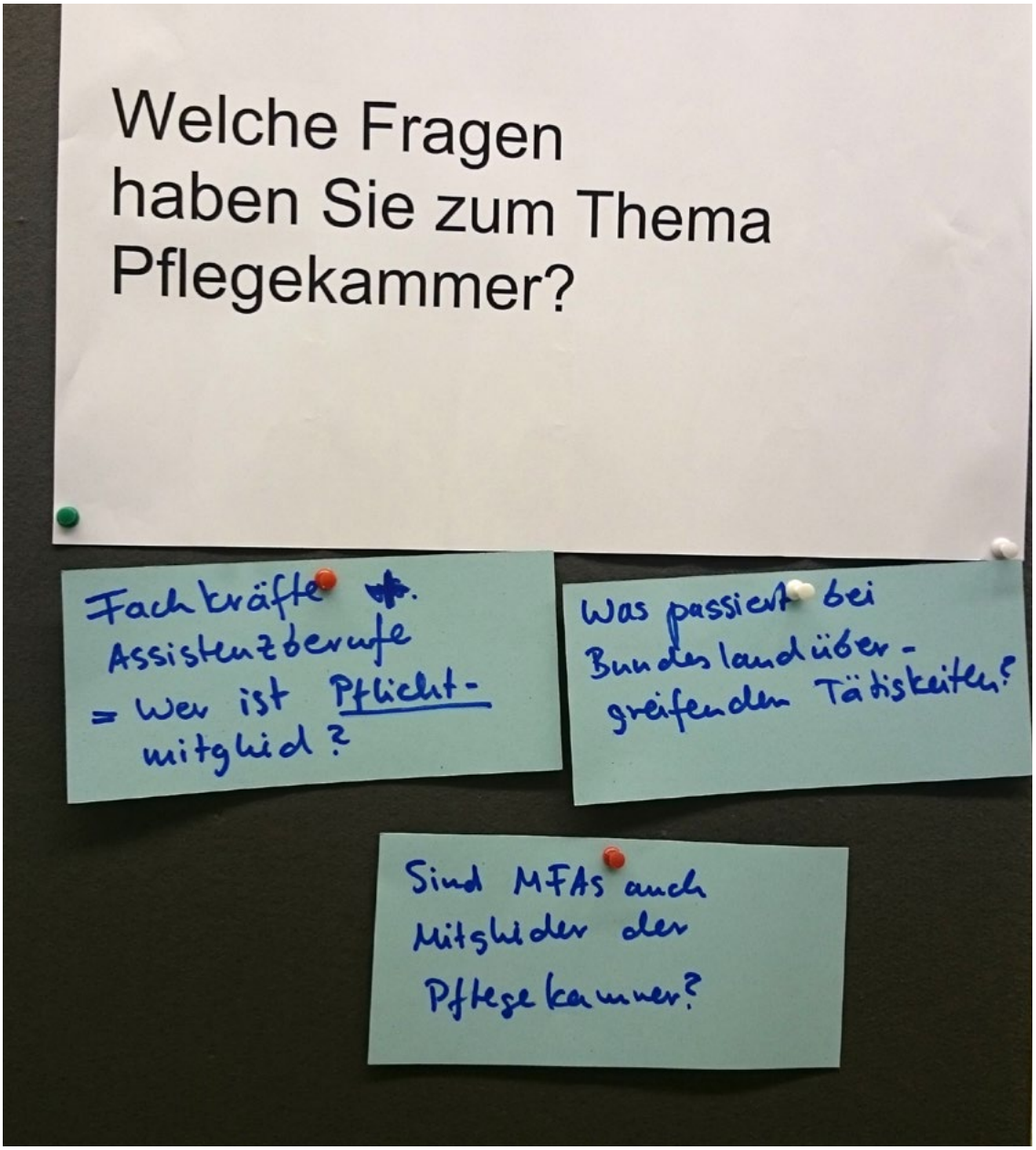
DATUM: 20. AUGUST 2018

UHRZEIT: 13:00–15:00 UHR

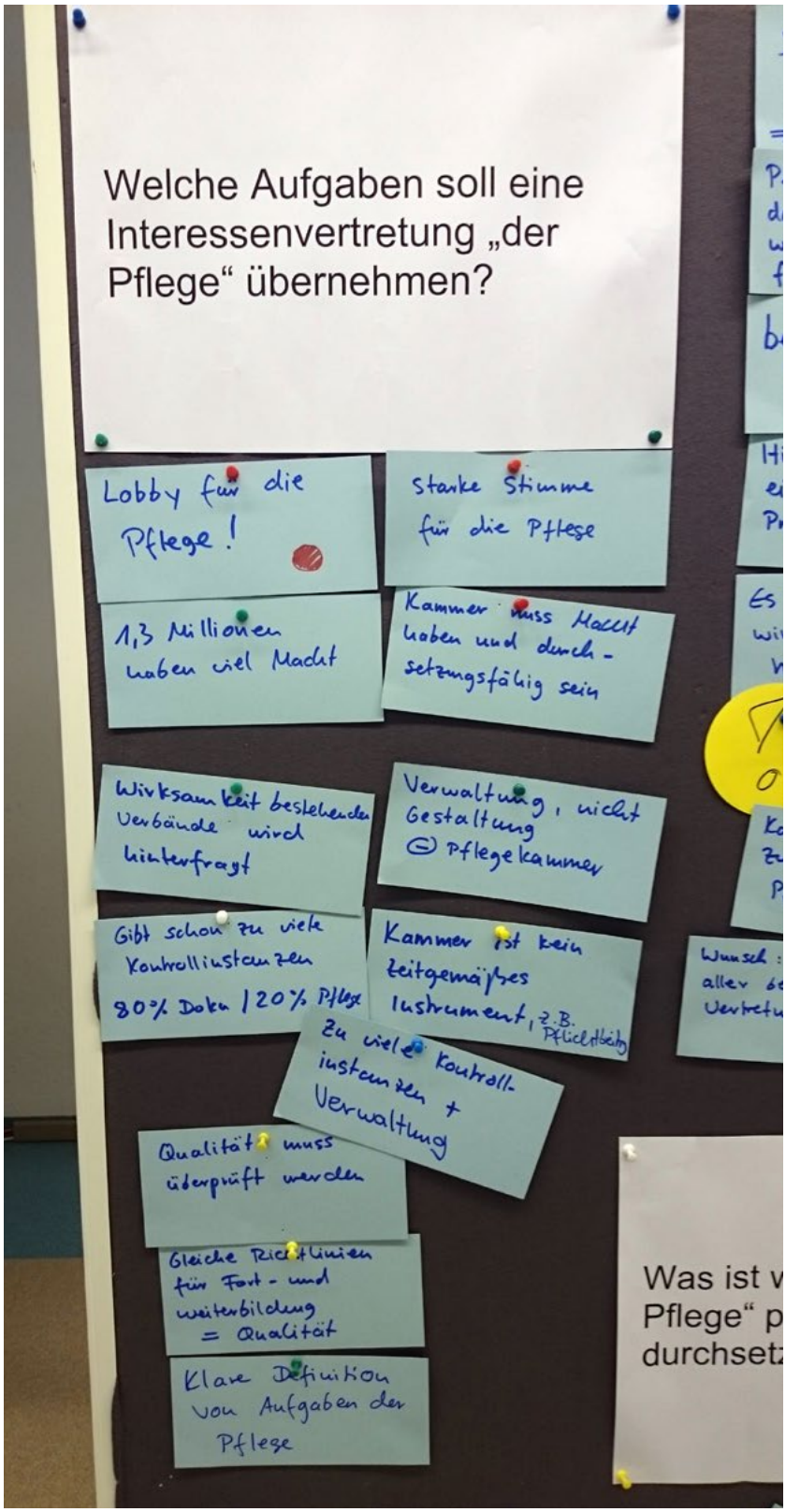
TEILNEHMENDE: 25 PERSONEN

ORT: ASKLEPIOS KLINIKUM SCHWEDT, AUGUSTSTRASSE 23, 16303 SCHWEDT

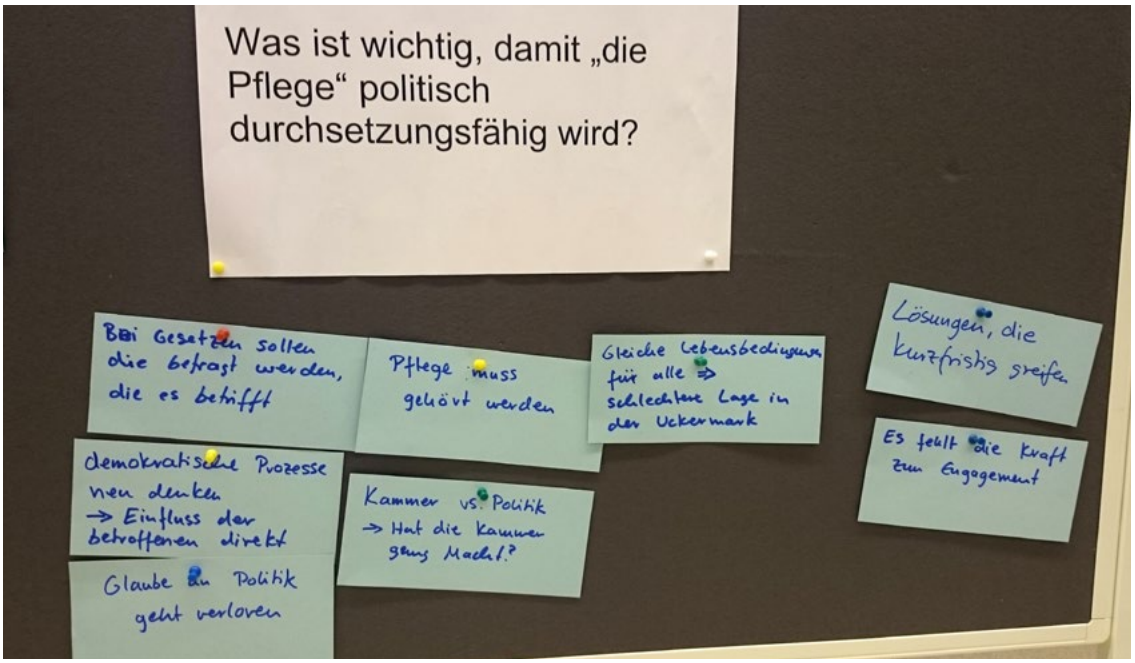
Auswertung Diskussionsrunde



Runde 1


Welche Aufgaben soll eine Interessenvertretung „der Pflege“ übernehmen?
Lobby für die Pflege!
Starke Stimme für die Pflege
1,3 Millionen haben viel Macht
Kammer muss Macht haben und durchsetzungsfähig sein
Wirksamkeit bestehender Verbände wird hinterfragt
Verwaltung, nicht Gestaltung
Pflegekammer
Gibt schon zu viele Kontrollinstanzen
80% Doku / 20% Pflege
Kammer ist kein zeitgemäßes Instrument, z.B. Pflichtbeitrag
Zu viele Kontrollinstanzen + Verwaltung
Qualität muss überprüft werden
Gleiche Richtlinien für Fort- und Weiterbildung = Qualität
Klare Definition von Aufgaben der Pflege
Was ist v
Pflege“ p
durchsetz

Runde 2


Was ist wichtig, damit „die Pflege“ politisch durchsetzungsfähig wird?
Bei Gesetzen sollten die befragt werden, die es betrifft
Pflege muss gehört werden
Gleiche Lebensbedingungen für alle ⇒ schlechtere Lage in der Uckermark
Lösungen, die kurzfristig greifen
demokratische Prozesse neu denken → Einfluss der betroffenen direkt
Kammer vs. Politik → Hat die Kammer genug Macht?
Es fehlt die Kraft zum Engagement
Glaube an Politik geht verloren

Runde 3

Informationsveranstaltung in Nauen

Kurzbeschreibung

- *Veranstaltungsort:* Seniorenpflegezentrum Nauen
- *Veranstalter:* Berufs-Ausbildungs-Zentrum Selbelang e. V. Altenpflegeschule
- *Anwesend:* Pflegeschülerinnen, Pflegeschüler und Lehrkräfte des Berufs-Ausbildungs-Zentrums Selbelang e. V. sowie Studierende der Universität Cottbus-Senftenberg
- In Nauen diskutierten ca. 40 Teilnehmende miteinander.
- Alle folgten dem Vortrag aufmerksam und stellten interessierte Zwischenfragen.
- *Methode:* Fishbowl

Leitfragen:

- Welche Fragen haben Sie zum Thema Pflegekammer?
- Welche Aufgaben soll eine Interessenvertretung „der Pflege“ übernehmen?
- Was ist wichtig, damit „die Pflege“ politisch durchsetzungsfähig wird?

Kernergebnisse:

- Es wurden viele Fragen zur Organisation und Beitragsordnung einer Pflegekammer gestellt. Diese betrafen zum Beispiel die Fragen, wie sichergestellt werden könne, dass alle Pflichtmitglieder ausfindig gemacht werden oder auf welcher Basis Kammermitglieder arbeiten (Ehrenamt vs. Hauptamt).
- Darüber hinaus interessierten sich die Teilnehmenden dafür, welche Ängste von anderen Pflegefachkräften in Bezug auf eine Kammergründung geäußert wurden.
- Mehrfach geäußert wurde von den Teilnehmenden, dass die Pflege definitiv eine Stimme benötige, die gegenüber Politik und Gesellschaft Gehör findet. Eine Interessenvertretung „der Pflege“ müsse die tatsächlichen Interessen ihrer Mitglieder ermitteln (gegebenenfalls indem Meinungsbilder erstellt werden) und diese dann nach außen vertreten.
- Der Pflichtbeitrag wurde infrage gestellt. Hauptgrund hierfür war, dass aus Sicht der Anwesenden noch zu viel Unklarheit und Unsicherheit darüber herrsche, ob die eigenen Interessen und die Bedürfnisse Einzelner in der Kammer gehört werden.
- Die Unsicherheit in Hinblick auf Wirkung und Effekte einer Pflegekammer wurde generell als Einschränkung wahrgenommen.
- Einige Teilnehmende brachten den Vorschlag ein, in ein mögliches Pflegekammergesetz eine Evaluation einzubauen. Nach zehn bis 15 Jahren sollte – gesetzlich verankert – die Pflegekammer und deren Wirksamkeit evaluiert werden. Sollten die Evaluationsergebnisse negativ ausfallen, sollte die Option bestehen, die Pflegekammer wieder aufzulösen.
- Letztlich unbeantwortet blieb in der Runde die Frage, ob eine Pflegekammergründung eher eine Chance oder ein Risiko für „die Pflege“ sei. Bis zuletzt stand die Antwort darauf an diesem Nachmittag aus.

Steckbrief

DATUM: 29.08.2018

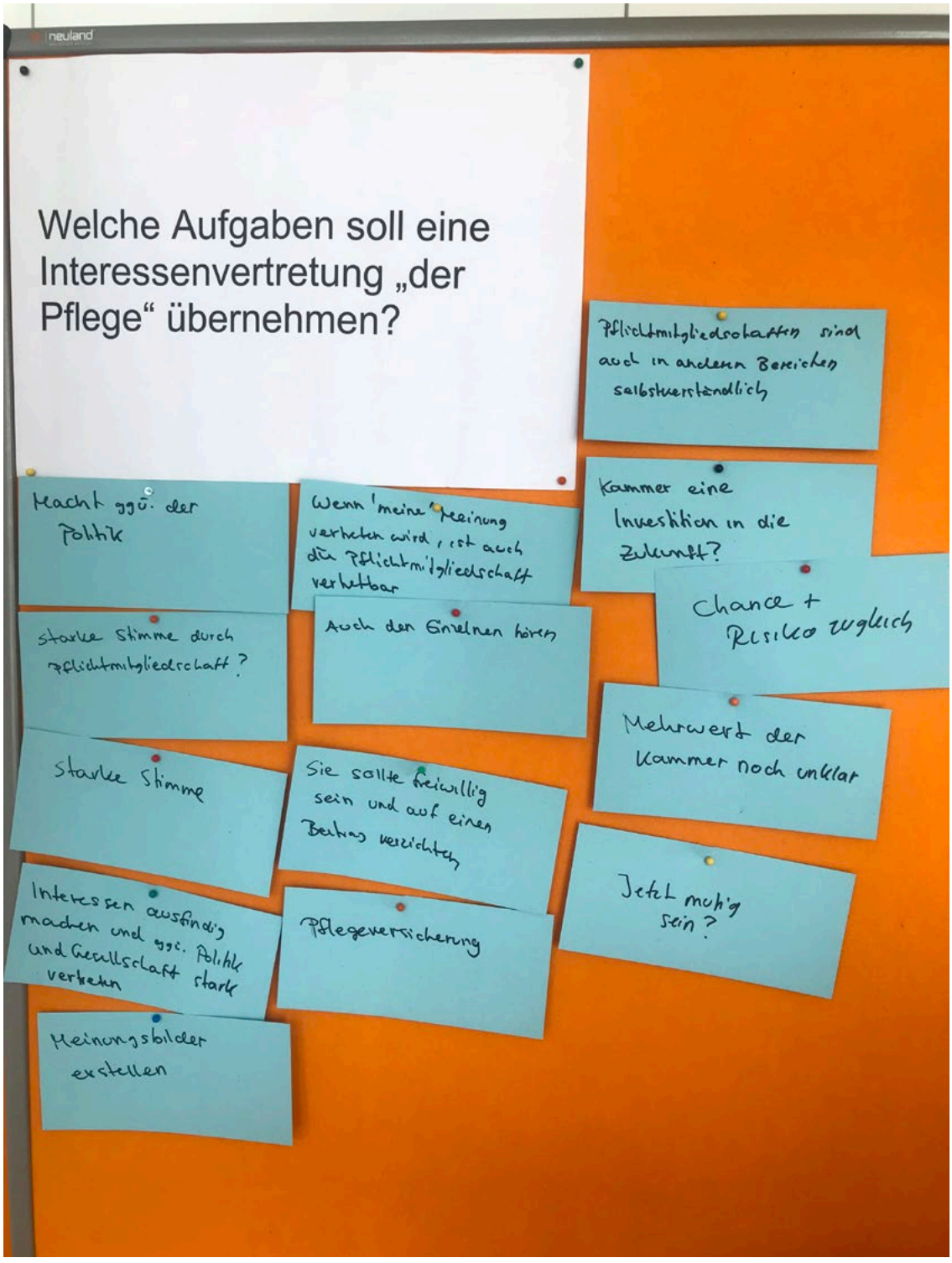
UHRZEIT: 14:00–16:00 UHR

TEILNEHMENDE: 40 PERSONEN

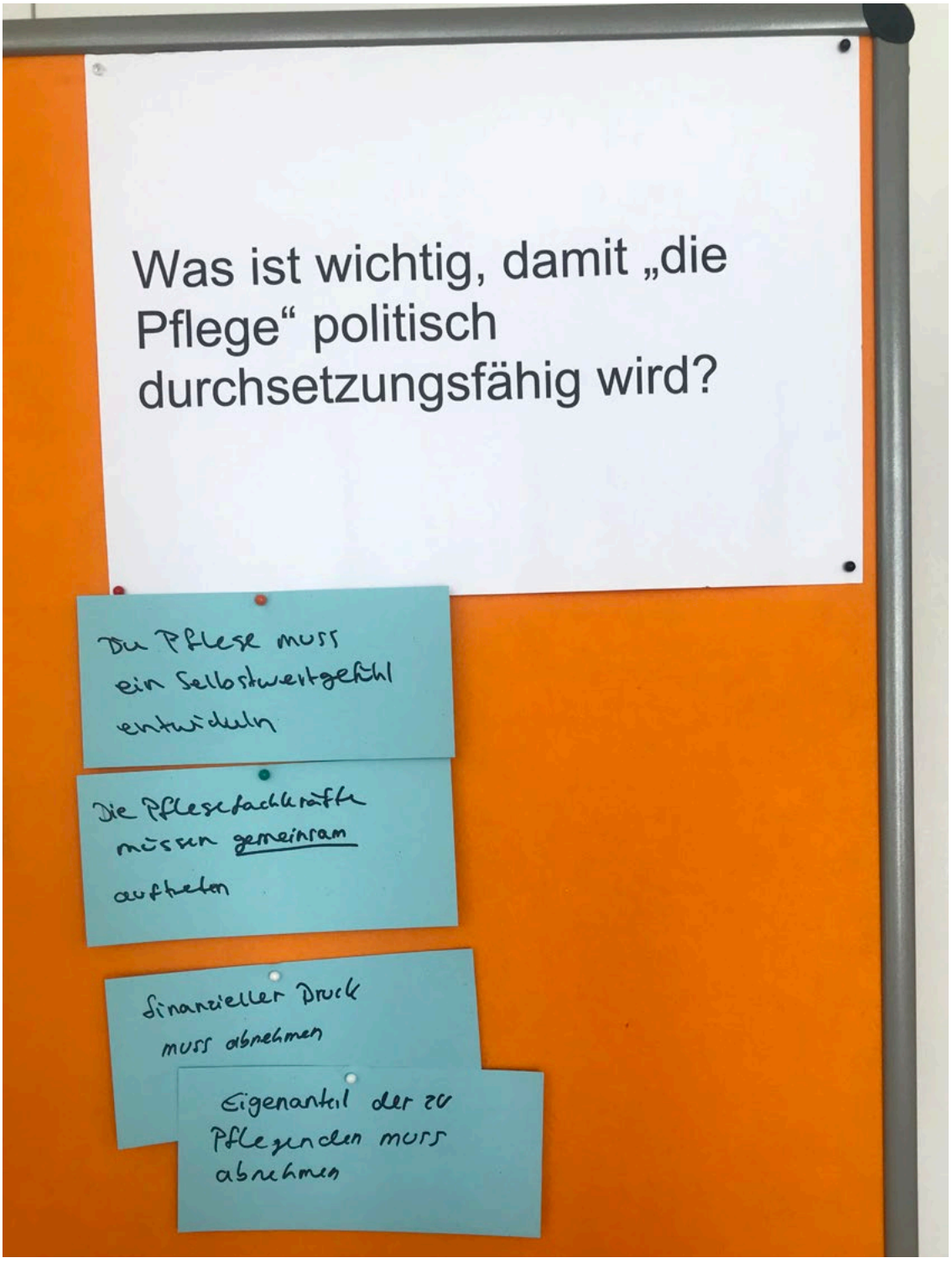
ORT: SENIORENPFLEGEZENTRUM NAUEN, KETZINER STRASSE 13, 14641 NAUEN

Auswertung Diskussionsrunde

Runde 1


neuland
Welche Aufgaben soll eine Interessenvertretung „der Pflege“ übernehmen?
Macht ggü. der Politik
Wenn meine Meinung vertreten wird, ist auch die Pflichtmitgliedschaft vertretbar
Pflichtmitgliedschaften sind auch in anderen Bereichen selbstverständlich
Kammer eine Investition in die Zukunft?
Chance + Risiko zugleich
Starke Stimme durch Pflichtmitgliedschaft?
Auch den Einzelnen hören
Mehrwert der Kammer noch unklar
Starke Stimme
Sie sollte freiwillig sein und auf einen Beitrag verzichten
Jetzt mutig sein?
Interessen ausfindig machen und ggf. Politik und Gesellschaft stark vertreten
Pflegeversicherung
Meinungsbilder erstellen

Runde 2


Was ist wichtig, damit „die Pflege“ politisch durchsetzungsfähig wird?
Die Pflege muss ein Selbstwertgefühl entwickeln
Die Pflegefachkräfte müssen gemeinsam auftreten
finanzieller Druck muss abnehmen
Eigenanteil der zu Pflegenden muss abnehmen

Runde 3

Repräsentative Befragung der Pflegefachkräfte in Brandenburg im Rahmen des „Dialogs Pflegekammer“

Komplettbericht mit kommentierten Einzelergebnissen
Stand 18. Dezember 2018

psyma

Passionate People.
Creative Solutions.

Erarbeitet für:

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg

Psyma Team:

Marian Mihelic
Stephanie Hollaus
Dr. Christine Rührig
Claudia Hirschmann
Dr. Robert Orlowski

Studie Nr. 4180025

Pflegefachkräfte

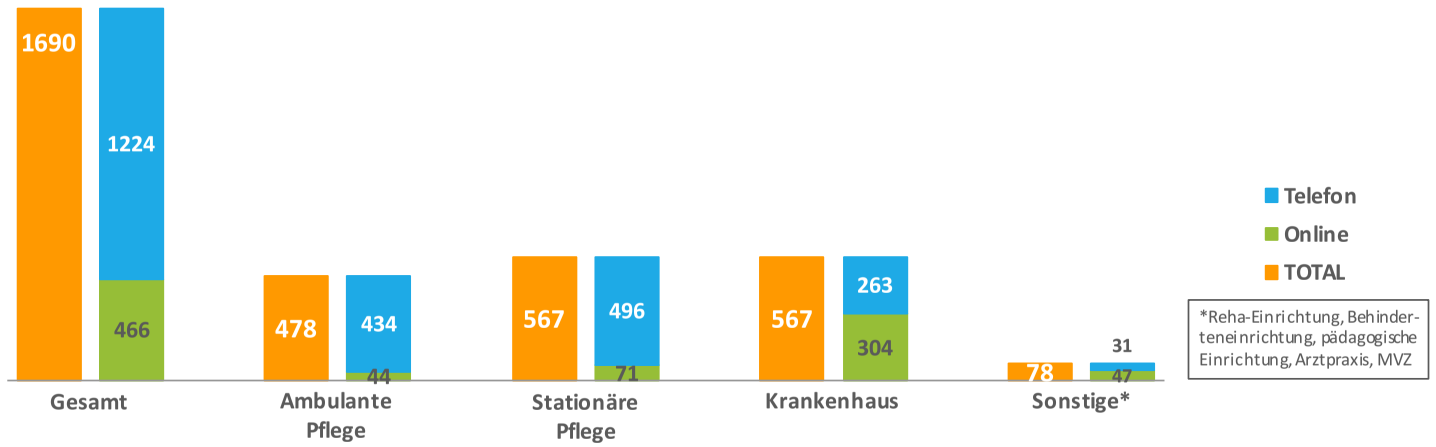
Kommentierte Einzelergebnisse

Übersicht: Methodische Anlage der repräsentativen Befragung der Brandenburger Pflegefachkräfte

Zielgruppe:	Examinierte Fachkräfte, die die Berufsbezeichnung Gesundheits- und (Kinder-) Krankenpfleger/in oder Altenpfleger/in führen, sowie zukünftige Fachkräfte (Auszubildende und Studierende)
Auswahlverfahren:	Institutionelle Vollerhebung auf Basis der vom MASGF zur Verfügung gestellten Einrichtungsliste
Erhebungsmethoden:	Telefonische computergestützte Interviews (CATI) *Online-Befragung durch Selbstrekrutierung/Selbstselektion als Response-Element der Veranstaltungen*
Stichprobengröße:	1.690 befragte Pflegefachkräfte insgesamt (Plan: 1.650) 1.224 Telefon-Interviews 466 Online-Interviews
Repräsentativität:	Daten der telefonischen Befragung sind repräsentativ für die Grundgesamtheit der Fachkräfte; mit sehr geringer statistischer Abweichung von nur +/- 2,4% im TOTAL der Fachkräfte
Erhebungszeitraum:	23.04. – 12.10.2018 (Online-Befragung Fachkräfte und zukünftige Fachkräfte) 09.07. – 12.10.2018 (telefonische Befragung Fachkräfte) 09.07. – 19.10.2018 (telefonische Befragung zukünftiger Fachkräfte)

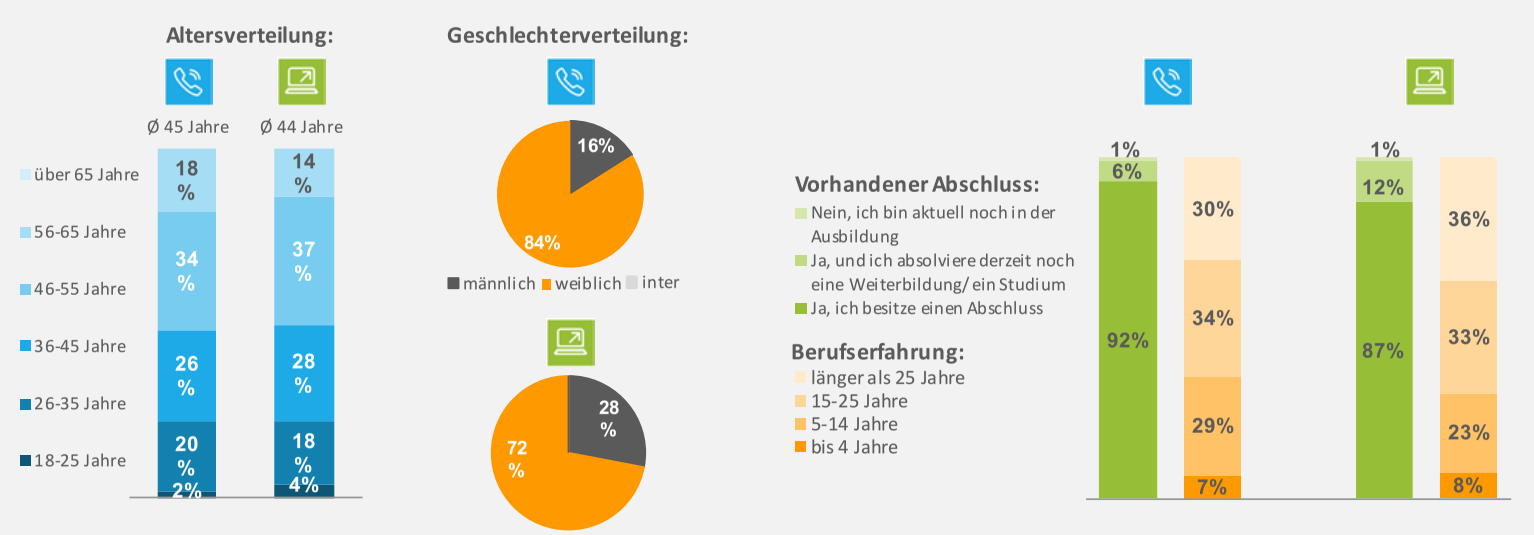
Stichprobenverteilung der repräsentativen Befragung im „Dialog Pflegekammer“

Gesamtstichprobe der Fachkräfte



Die telefonische Befragung ist repräsentativ für die Grundgesamtheit der Fachkräfte; die statistische Schwankungsbreite beträgt +/- 2,4% im TOTAL der Fachkräfte. Die Online-Befragung als Response-Element des „Dialogs Pflegekammer“ ist aufgrund der Selbstselektion nicht repräsentativ.

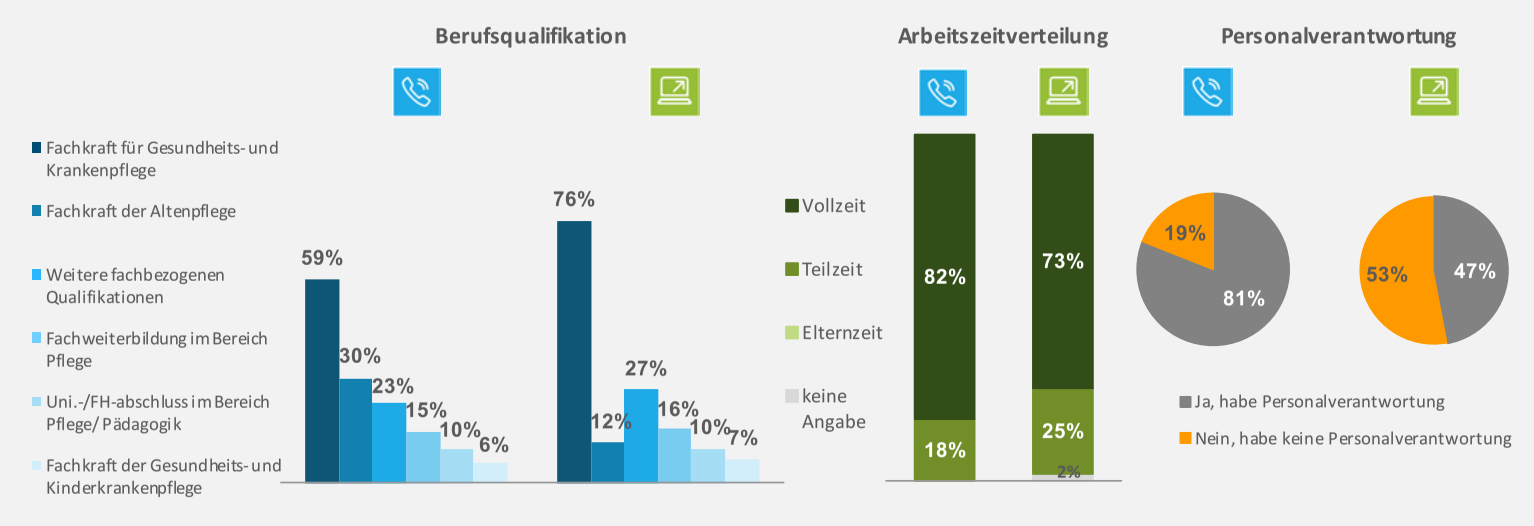
Demografie der repräsentativen Befragung zum Dialog Pflegekammer Brandenburg



Die demografische Verteilung der Telefonstichprobe zeigt eine gute Übereinstimmung hinsichtlich des Durchschnittsalters und des Geschlechts. Der Anteil Pflegefachkräfte mit kürzerer Berufserfahrung ist eher geringer als in der Grundgesamtheit.

S.1. (c): Bitte nennen sie uns Ihr Alter.; S.5. (c): Bitte nennen Sie uns Ihr Geschlecht.; S.6.0 (c): Besitzen Sie einen Abschluss als Pflegefachkraft? S.6.1 (c): Wie lange arbeiten Sie bereits seit Abschluss Ihrer Ausbildung als Pflegefachkraft?

Demografie der repräsentativen Befragung zum Dialog Pflegekammer Brandenburg



Deutlicher Überhang von Fachkräften mit Personalverantwortung sowie von Vollzeit-Beschäftigten in der Telefonstichprobe.
Das bedeutet für die Analyse, dass jeweils die Teilgruppen mit und ohne Personalverantwortung sowie in Vollzeit bzw. Teilzeit ausgewiesen und danach bewertet werden müssen, ob sie auffallende Unterschiede untereinander aufweisen (vgl. S.14f), die die Studie ggf. verzerren können.

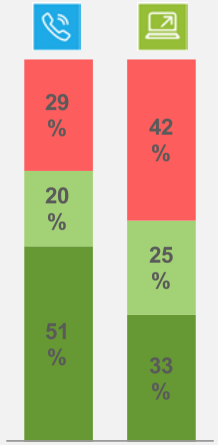
S.7.b (c) Über welche abgeschlossene (n) Berufsqualifikation(en) verfügen Sie? S.8. (c): Arbeiten Sie derzeit in Voll- oder Teilzeit?, S.9 (c): Haben Sie in Ihrem Aufgabenbereich Personalverantwortung?

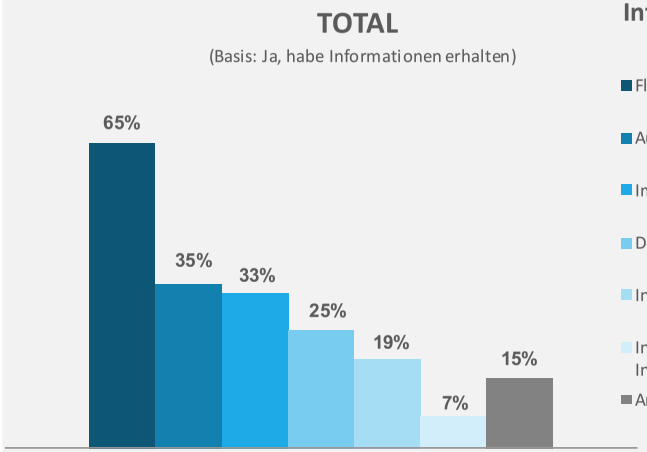
Befragungsbasis: Erhalt und Quelle von Informationen zur Errichtung einer Pflegekammer in Brandenburg

TOTAL und Telefon-/Onlinestichprobe

Informationserhalt:

- Nein, ich habe keine Informationen erhalten
- Ja, ich habe solche Informationen erhalten, mich aber nicht weiter damit auseinander gesetzt
- Ja, ich habe solche Informationen erhalten und mich damit beschäftigt





Informationsart:

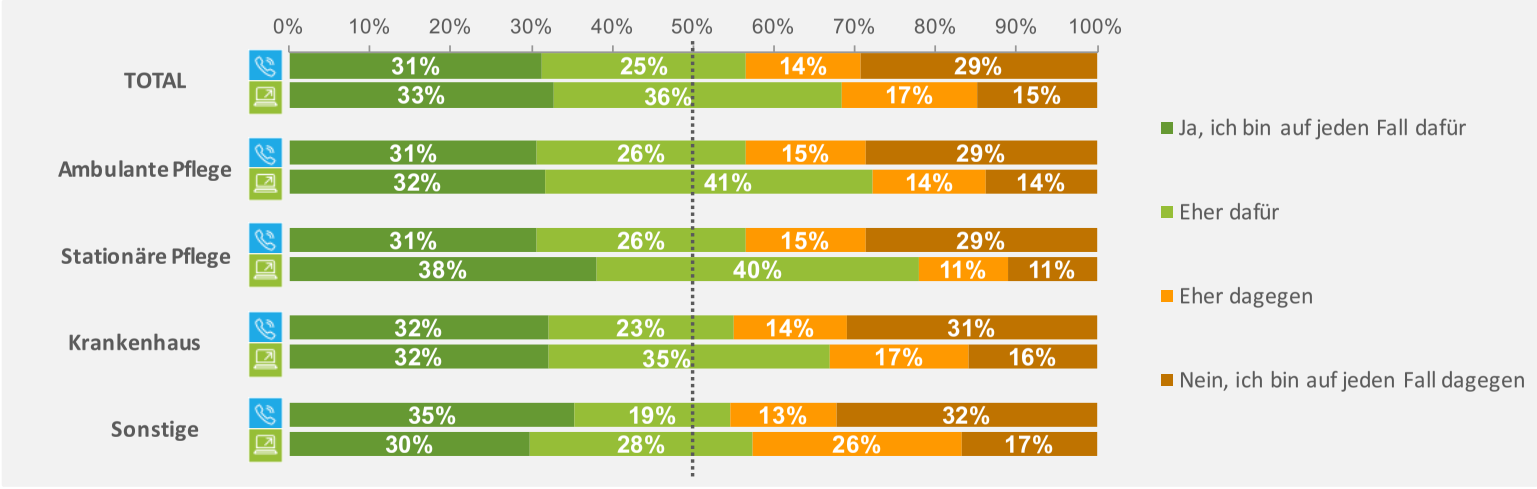
- Flyer/ Broschüre auf der Arbeit
- Aus den Medien
- Im Internet gelesen
- Durch Kontakte am Arbeitsplatz
- Informationsveranstaltung vor Ort
- In Sozialen Medien (Facebook, Twitter, Instagram, etc.) gelesen
- Andere Quellen

Das Informationsziel des „Dialogs Pflegekammer“ wurde erreicht. 71% der telefonisch Befragten und 58% der online Befragten haben unsere Information erhalten. Die häufigsten Informationsquellen waren Flyer/Broschüren und Informationen aus den Medien.

Q.1 (c): In den letzten Monaten gab es einige Informationsveranstaltungen, Flyer, Broschüren, Medienberichte etc., die in Brandenburg rund um das Thema Pflegekammer informierten. Haben Sie entsprechende Informationen erhalten?; Basis: alle Befragten n=1690 Q.2 (c): Über welche Wege haben Sie Informationen zum Thema Pflegekammer erhalten?

Persönliche Einstellung der Befragten zur Errichtung einer Pflegekammer in Brandenburg

Nach Art der Einrichtung und Erhebungsmethode: Telefonische und Online-Interviews

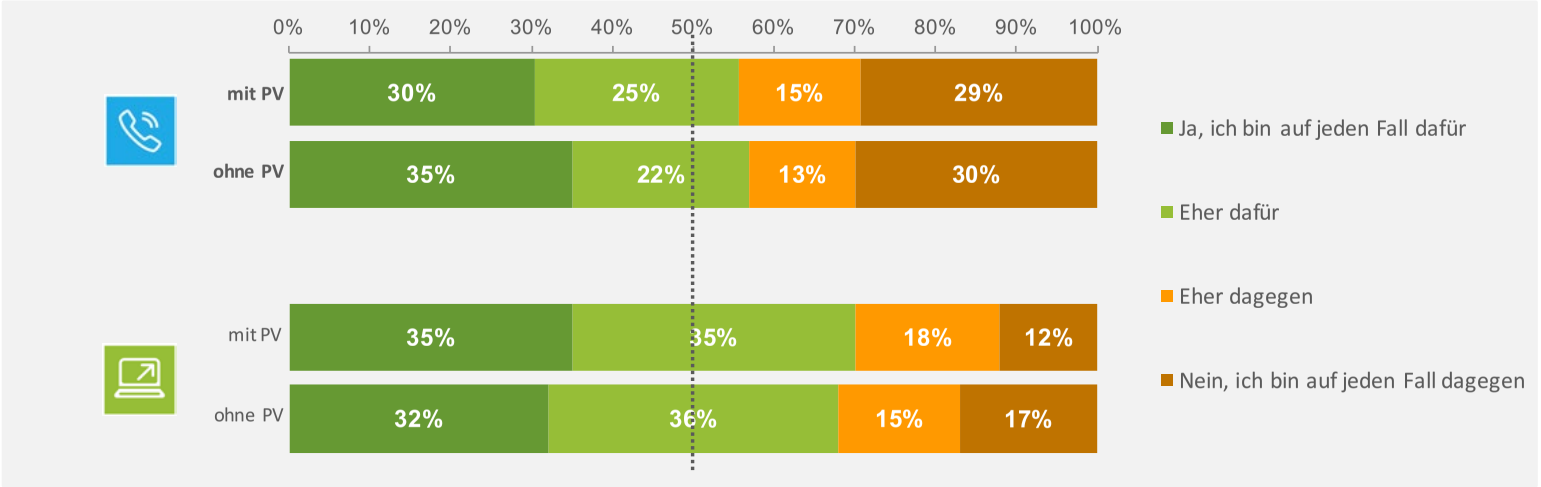


Insgesamt stimmt eine Mehrheit der Errichtung einer Pflegekammer in Brandenburgzu (56%). Auffallend ist der mit je rund einem Drittel nahezu gleich große Anteil entschiedener Gegner wie Befürworter in der telefonischen Befragung.

Q.3/ Q.4 (c) Wie ist Ihre persönliche Einstellung zum Thema Pflegekammer? Sollte in Brandenburg eine Landespflegekammer eingerichtet werden?

Persönliche Einstellung der Befragten zur Errichtung einer Pflegekammer in Brandenburg

Teilstichprobe: Telefonische Befragung mit und ohne Personalverantwortung (PV)

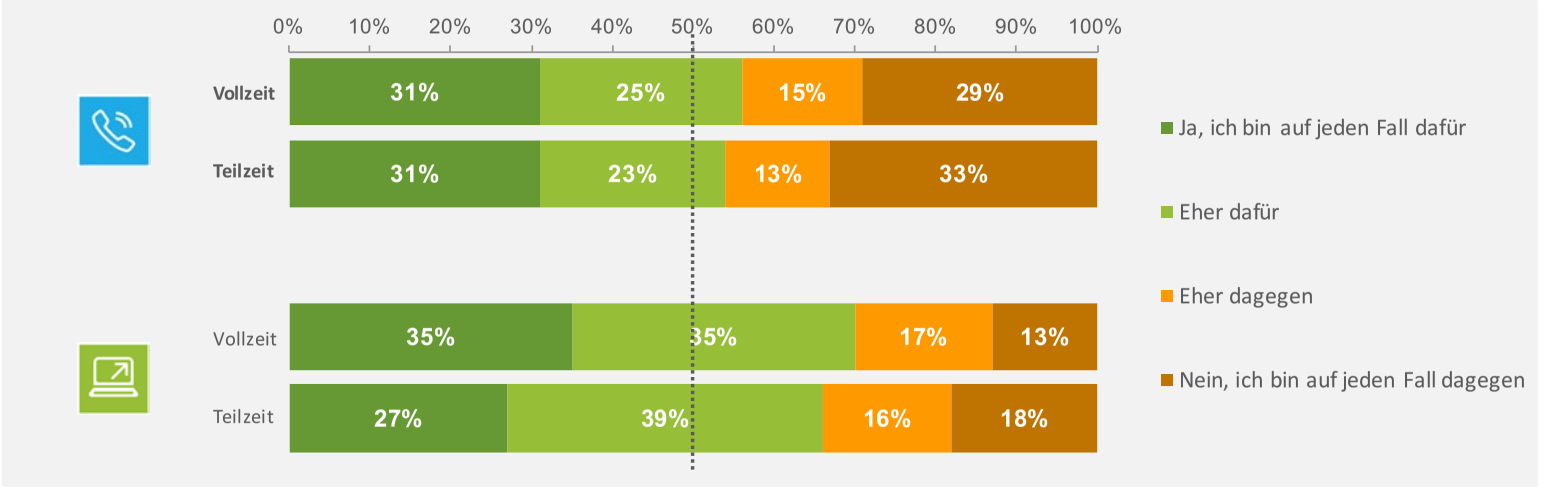


Die Personalverantwortung bewirkt keinen signifikanten Unterschied bei der Zustimmungsquote zur Pflegekammer: 55% der Pflegefachkräfte mit Personalverantwortung und 57% der Pflegefachkräfte ohne Personalverantwortung stimmen gleichermaßen für die Errichtung einer Pflegekammer.

Q. 3/ Q. 4 (c) Wie ist Ihre persönliche Einstellung zum Thema Pflegekammer? Sollte in Brandenburg eine Landespflegekammer eingerichtet werden?

Persönliche Einstellung der Befragten zur Errichtung einer Pflegekammer in Brandenburg

Teilstichprobe: Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung

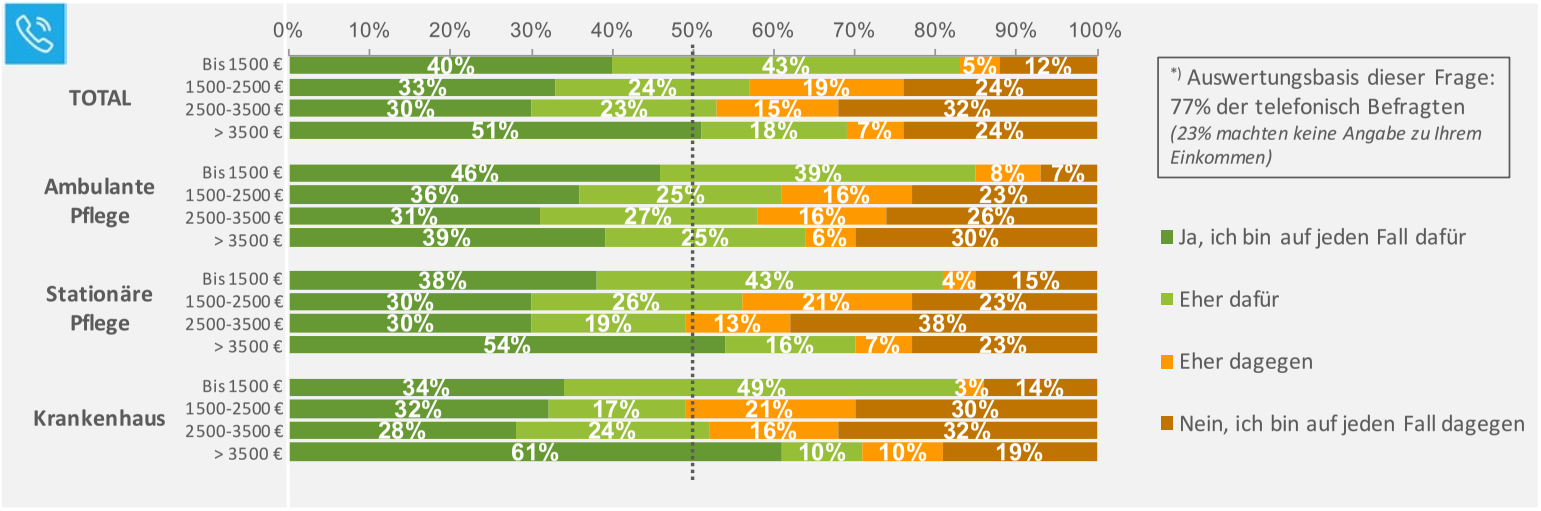


Der Vergleich zwischen Pflegefachkräften in Vollzeit und in Teilzeit zeigt, dass es keinen wesentlichen Unterschied in der persönlichen Einstellung zur Errichtung einer Pflegekammer gibt – beide Gruppen (56% Vollzeit, 54% Teilzeit) sind mehrheitlich dafür.

Q.3/ Q.4 (c) Wie ist Ihre persönliche Einstellung zum Thema Pflegekammer? Sollte in Brandenburg eine Landespflegekammer eingerichtet werden?

Persönliche Einstellung der Befragten zur Errichtung einer Pflegekammer in Brandenburg

Alle telefonisch Befragten*) nach Art der Einrichtung und Höhe des Bruttoeinkommens

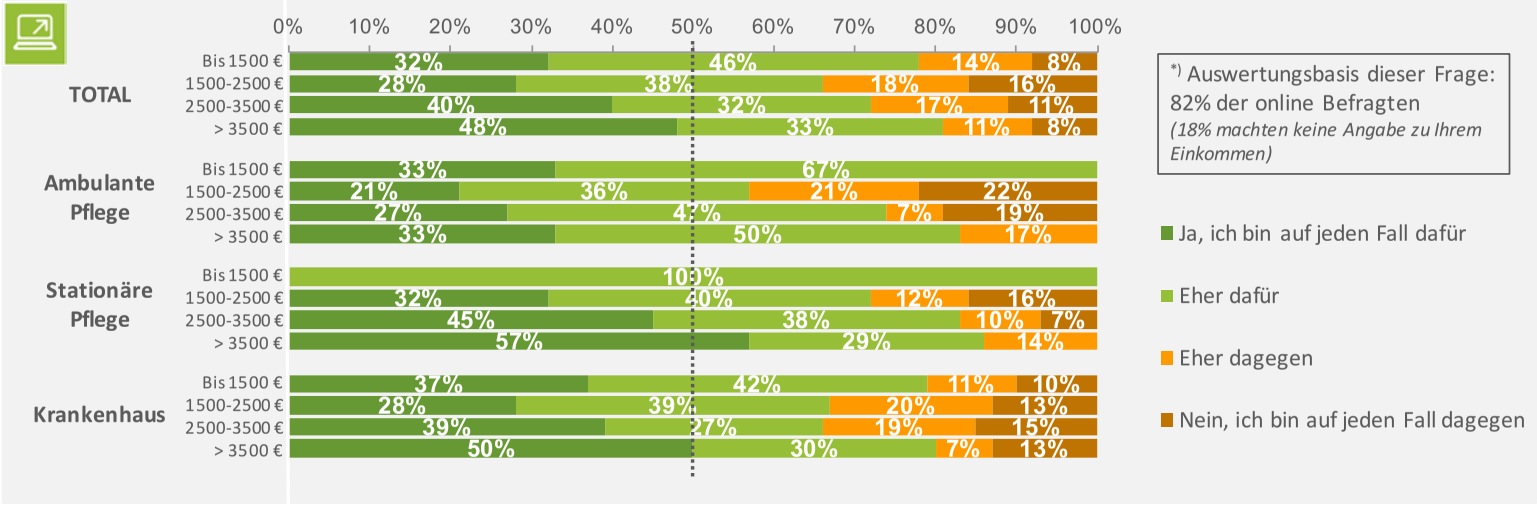


In der Telefonstichprobe sind die Zustimmungswerte im TOTAL mit 83% bzw. 69% der Antwortenden in der untersten und obersten Einkommensgruppe am höchsten, in den übrigen Einkommensgruppen ebenfalls über 50%. In den Untergruppen liegt die Zustimmungsquote nur bei je einer Einkommensgruppe in der stationären Pflege und im Krankenhaus bei 49%.

Q.3/ Q.4 (c) Wie ist Ihre persönliche Einstellung zum Thema Pflegekammer? Sollte in Brandenburg eine Landespflegekammer eingerichtet werden?

Persönliche Einstellung der Befragten zur Errichtung einer Pflegekammer in Brandenburg

Alle online Befragten *) nach Art der Errichtung und Höhe des Bruttoeinkommens



Die Zustimmungswerte in der Online-Stichprobe sind in allen Einkommensgruppen deutlich höher als in der Telefon-Stichprobe.

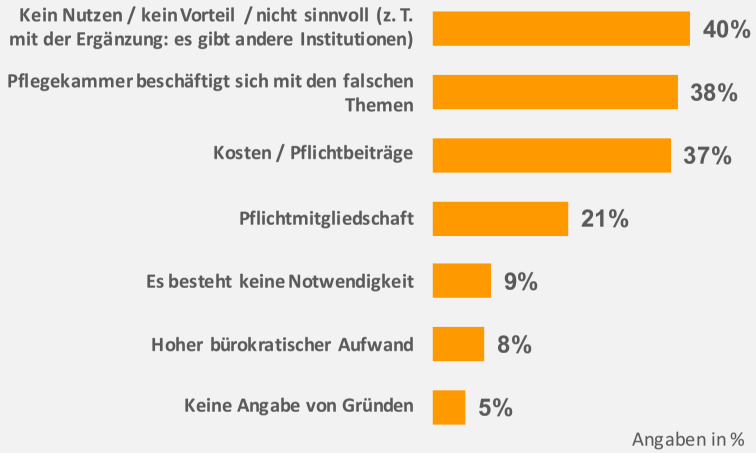
Q.3/ Q.4 (c) Wie ist Ihre persönliche Einstellung zum Thema Pflegekammer? Sollte in Brandenburg eine Landespflegekammer eingerichtet werden?

Spontan genannte persönliche Gründe gegen und für die Errichtung einer Pflegekammer in Brandenburg

Basis: Alle befragten Befürworter und Ablehner

Gründe der Befürworter

Gründe der Gegner



Angaben in %

Befürworter denken spontan an Interessenvertretung allgemein bzw. auf politischer Ebene, sowie an die Stärkung und Unterstützung der Pflege. Gegner befürchten keinen zusätzlichen Nutzen einer Pflegekammer, dass sie sich mit falschen Themen beschäftigt und den Pflichtbeitrag.

Q.5 (o) Bitte begründen Sie kurz Ihre Antwort

Gründe der Befürworter, die für die Errichtung einer Pflegekammer sprechen

Die Relevanz im Paarvergleich abgefragter Gründe

Eine Pflegekammer vereint gemeinsame Interessen einer sehr unterschiedlichen Berufsgruppe. Die Pflege spricht so mit einer Stimme gegenüber Politik und Arbeitgebern.

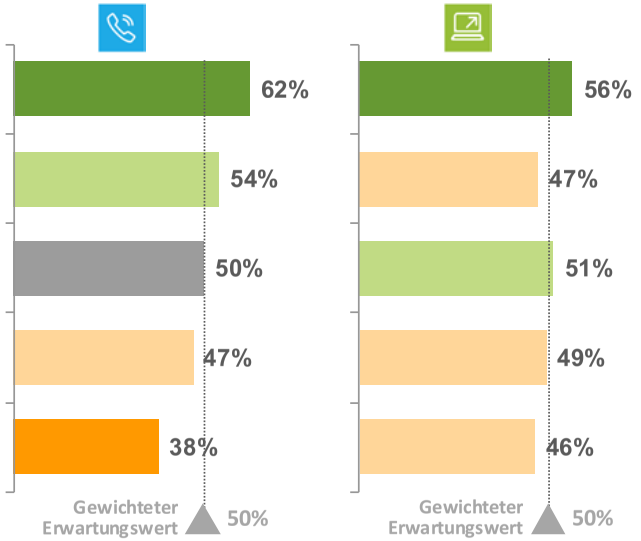
Eine Pflegekammer wird die Interessen ihrer Mitglieder finanziell und organisatorisch unabhängig gegenüber Politik und Arbeitgebern vertreten.

Eine Pflegekammer stärkt die Qualität in der Pflege, entwickelt den Berufsstand weiter und informiert ihre Mitglieder über aktuelle Entwicklungen im Berufsfeld.

Eine Pflegekammer steigert die Wahrnehmung der Pflege in der Öffentlichkeit - das macht den Beruf attraktiver.

Eine Pflegekammer wertet den Pflegeberuf stark auf.
Die ist ein besonderes Zeichen der Anerkennung gegenüber allen Pflegenden.

Basis: Nur Befürworter



Wichtigster Grund der Befürworter ist die vereinte Interessenvertretung unterschiedlichster Berufsgruppen mit einer Stimme gegenüber Politik und Arbeitgebern. Zweitwichtigster Grund ist die finanziell und organisatorisch unabhängige Interessenvertretung. Drittwichtigster Grund die Möglichkeit zur Qualitätssteigerung, der Weiterentwicklung des Berufsstands und der Information ihrer Mitglieder über aktuelle Entwicklungen.

Befürworter: Q.6.1.1 (c) Paarvergleiche von fünf Argumenten: „Welches dieser beiden Argumente spricht aus Ihrer Sicht stärker für die Gründung einer Pflegekammer“?

Gründe der Gegner, die höchstens für die Errichtung einer Pflegekammer sprechen

Die Relevanz im Paarvergleich abgefragter Gründe

Eine Pflegekammer vereint gemeinsame Interessen einer sehr unterschiedlichen Berufsgruppe. Die Pflege spricht so mit einer Stimme gegenüber Politik und Arbeitgebern.

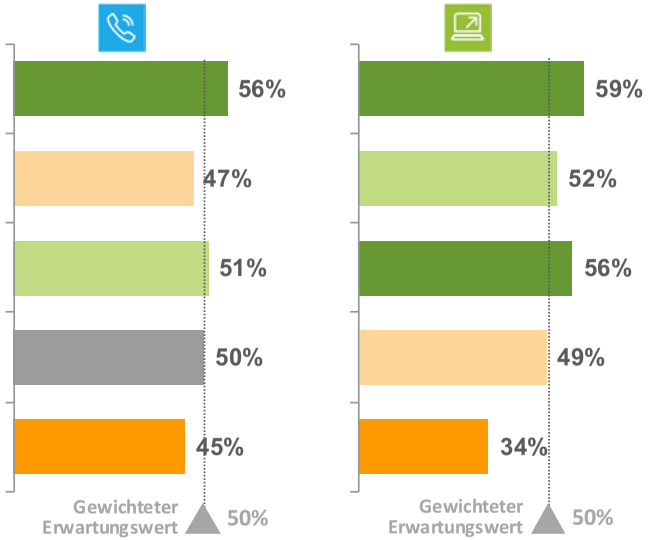
Eine Pflegekammer wird die Interessen ihrer Mitglieder finanziell und organisatorisch unabhängig gegenüber Politik und Arbeitgebern vertreten.

Eine Pflegekammer stärkt die Qualität in der Pflege, entwickelt den Berufsstand weiter und informiert ihre Mitglieder über aktuelle Entwicklungen im Berufsfeld.

Eine Pflegekammer steigert die Wahrnehmung der Pflege in der Öffentlichkeit - das macht den Beruf attraktiver.

Eine Pflegekammer wertet den Pflegeberuf stark auf.
Die ist ein besonderes Zeichen der Anerkennung gegenüber allen Pflegenden.

Basis: Nur Gegner



Wichtigster Grund der Gegner, der höchstens für die Errichtung einer Pflegekammer spricht, ist die vereinte Interessenvertretung unterschiedlichster Berufsgruppen mit einer Stimme gegenüber Politik und Arbeitgebern. Zweitwichtigster Grund ist die Möglichkeit zur Qualitätssteigerung, der Weiterentwicklung des Berufsstands und der Information ihrer Mitglieder über aktuelle Entwicklungen.

Befürworter: Q.6.1.1 (c) Paarvergleiche von fünf Argumenten in zufälliger Reihenfolge: „Welches dieser beiden Argumente spricht aus Ihrer Sicht stärker für die Gründung einer Pflegekammer“

Gründe der Gegner, die gegen die Errichtung einer Pflegekammer sprechen

Die Relevanz im Paarvergleich abgefragter Gründe

Eine Pflegekammer hat in Fragen wie Entlohnung und Personalmangel keinerlei Entscheidungsmöglichkeiten - und das sind die Themen, die die Pflegenden maßgeblich beschäftigen.

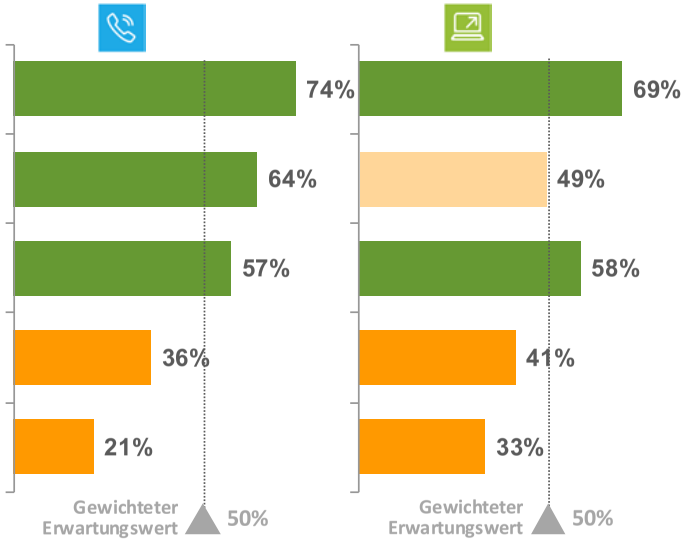
Eine Pflegekammer ist nur ein organisatorischer Wasserkopf und bewirkt nichts im Pflegealltag.

Eine Pflegekammer wird Pflichtbeiträge erheben, die die Pflegenden finanziell belasten.

Die Leistungsfähigkeit und Qualität der Arbeit der Pflegekammer ist abhängig vom ehrenamtlichen Engagement ihrer Mitglieder.

Die Errichtung einer Pflegekammer wird keine zusätzliche Altersversorgung bringen.

Basis: Nur Gegner



Wichtigster Grund der Gegner ist, dass die Pflegekammer keine Einflussmöglichkeiten bei den Themen Entlohnung und Personalmangel hat. Zweitwichtigster Grund ist, dass die Pflegekammer ein organisatorischer Wasserkopf ohne Wirksamkeit im Pflegealltag ist. Drittwichtigster Grund ist der finanziell belastende Pflichtbeitrag.

Gegner: Q.6.2.1 (c) Paarvergleiche von fünf Argumenten: „Welches dieser beiden Argumente spricht aus Ihrer Sicht stärker gegen die Gründung einer Pflegekammer“?

Gründe der Befürworter, die höchstens gegen die Errichtung einer Pflegekammer sprechen

Die Relevanz im Paarvergleich abgefragter Gründe

Eine Pflegekammer hat in Fragen wie Entlohnung und Personalmangel keinerlei Entscheidungsmöglichkeiten - und das sind die Themen, die die Pflegenden maßgeblich beschäftigen.

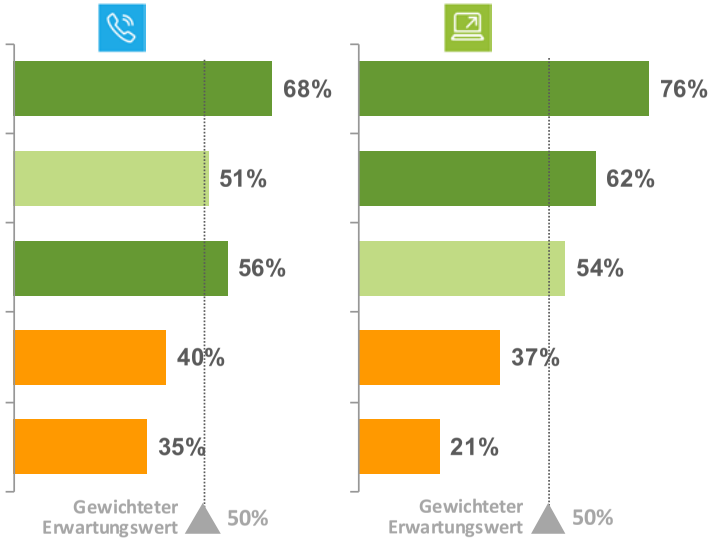
Eine Pflegekammer ist nur ein organisatorischer Wasserkopf und bewirkt nichts im Pflegealltag.

Eine Pflegekammer wird Pflichtbeiträge erheben, die die Pflegenden finanziell belasten.

Die Leistungsfähigkeit und Qualität der Arbeit der Pflegekammer ist abhängig vom ehrenamtlichen Engagement ihrer Mitglieder.

Die Errichtung einer Pflegekammer wird keine zusätzliche Altersversorgung bringen.

Basis: Nur Befürworter

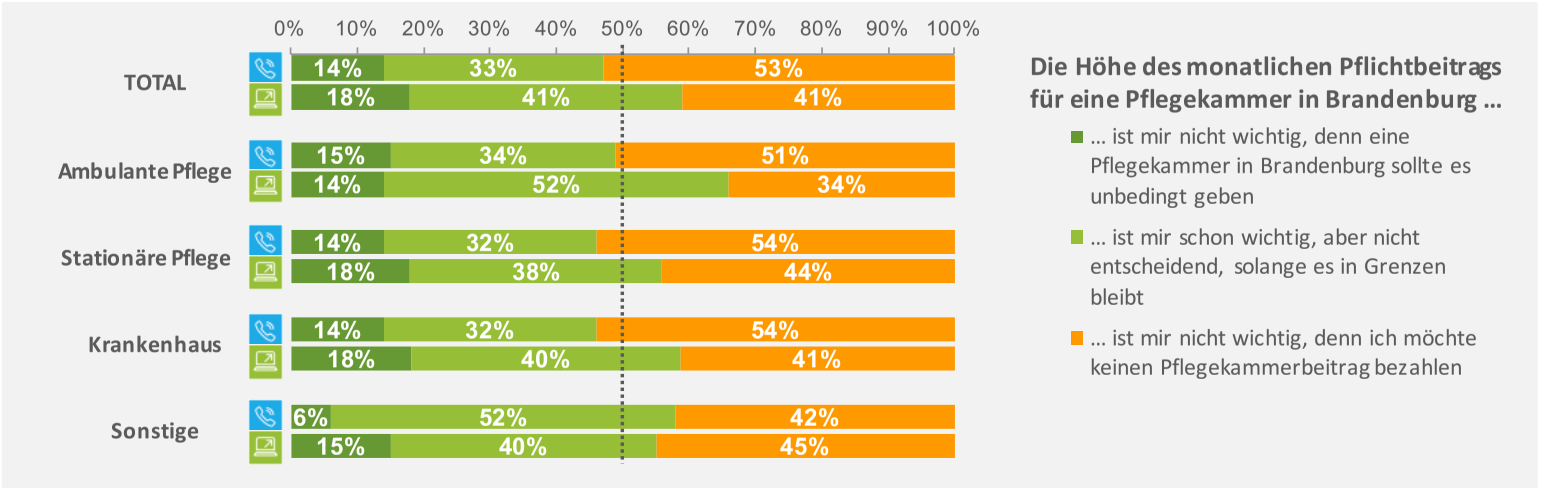


Wichtigster Grund der Befürworter, der höchstens gegen die Errichtung einer Pflegekammer spricht, ist, dass die Pflegekammer keine Einflussmöglichkeiten bei den Themen Entlohnung und Personalmangel hat. Zweitwichtigster Grund ist der finanziell belastende Pflichtbeitrag. Drittwichtigster Grund ist, dass die Pflegekammer ein organisatorischer Wasserkopf ohne Wirksamkeit im Pflegealltag ist.

Gegner: Q.6.2.1 (c) Paarvergleiche von fünf Argumenten in zufälliger Reihenfolge : „Welches dieser beiden Argumente spricht aus Ihrer Sicht stärker gegen die Gründung einer Pflegekammer“

Persönliche Meinung zum Pflichtbeitrag einer Pflegekammer in Brandenburg

Unabhängig von der Nennung bzw. Kenntnis einer möglichen Beitragshöhe

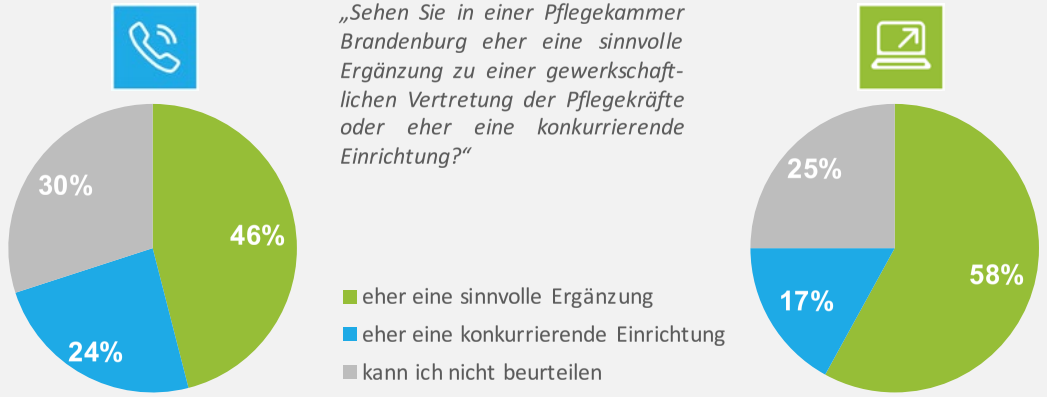


Eine Mehrheit der Telefon-Stichprobe (53%) spricht sich gegen einen Pflichtbeitrag aus, und zwar in nahezu gleichem Umfang in der ambulanten Pflege (51%), der stationären Pflege (54%) und im Krankenhausbereich (54%). Einzig die zahlenmäßig sehr kleine Subgruppe „Sonstige“ ist mit einer deutlichen Mehrheit von 58% bereit, einen Pflichtmitgliedsbeitrag zu zahlen.

Q.7 (c) Welcher Meinung schließen Sie sich persönlich eher an? „Die Höhe des monatlichen Pflichtbeitrags für eine Pflegekammer in Brandenburg .....?

Pflegekammer in Brandenburg vs. Gewerkschaft – Konkurrenz oder sinnvolle Ergänzung?

Telefon- und Online-Stichprobe

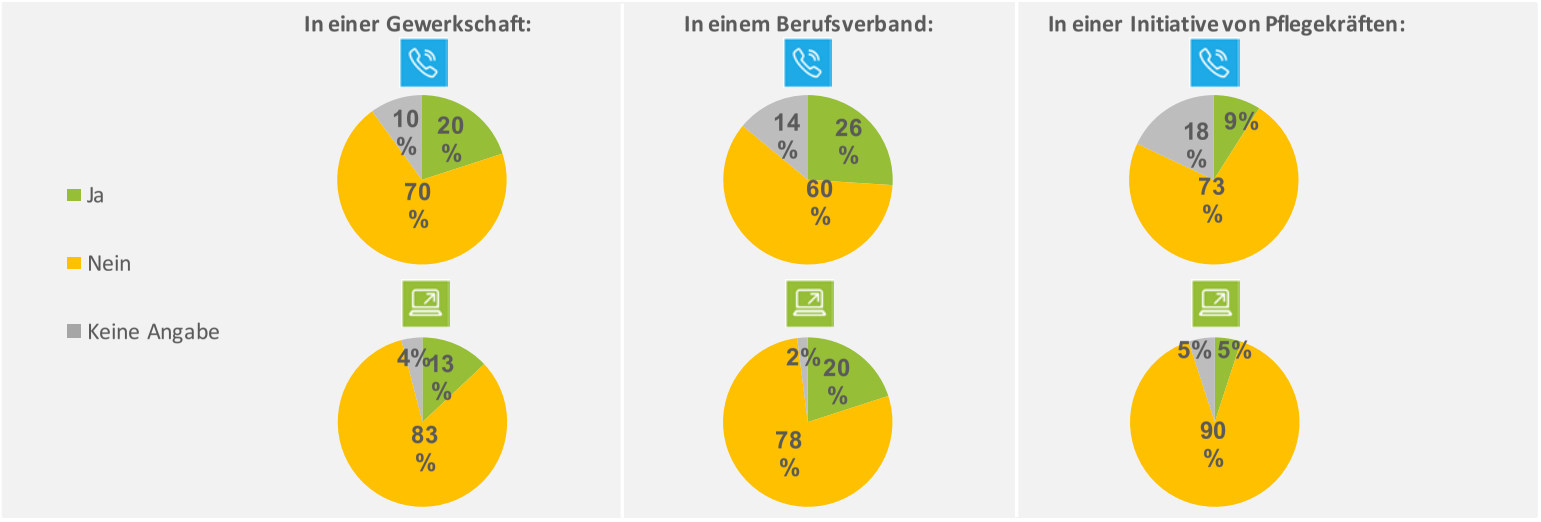


Die meisten der Befragten (46%) sind der Meinung, dass die Pflegekammer eine sinnvolle Ergänzung zur Gewerkschaft wäre.
Nur eine deutliche Minderheit (24%) sieht darin eine Konkurrenz zur gewerkschaftlichen Vertretung. 30% können diese Frage nicht beurteilen.

Q.10. (c): Sehen Sie in einer Pflegekammer Brandenburg eher eine sinnvolle Ergänzung zu einer gewerkschaftlichen Vertretung der Pflegefachkräfte oder eher eine konkurrierende Einrichtung?

Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, einem Berufsverband oder einer Initiative von Pflegekräften

Telefon- und Online-Stichprobe



Der Organisationsgrad der Befragten ist insgesamt gering, wobei eine etwas größere Anzahl von Personen Mitglied in einem Berufsverband (26%) als in einer Gewerkschaft (20%) ist.

Q.11 (c): Sind Sie Mitglied in einer Gewerkschaft, in einem Berufsverband oder in einer Initiative von Pflegefachkräften?

Befragungsergebnisse zur möglichen Höhe des Mitgliedsbeitrages

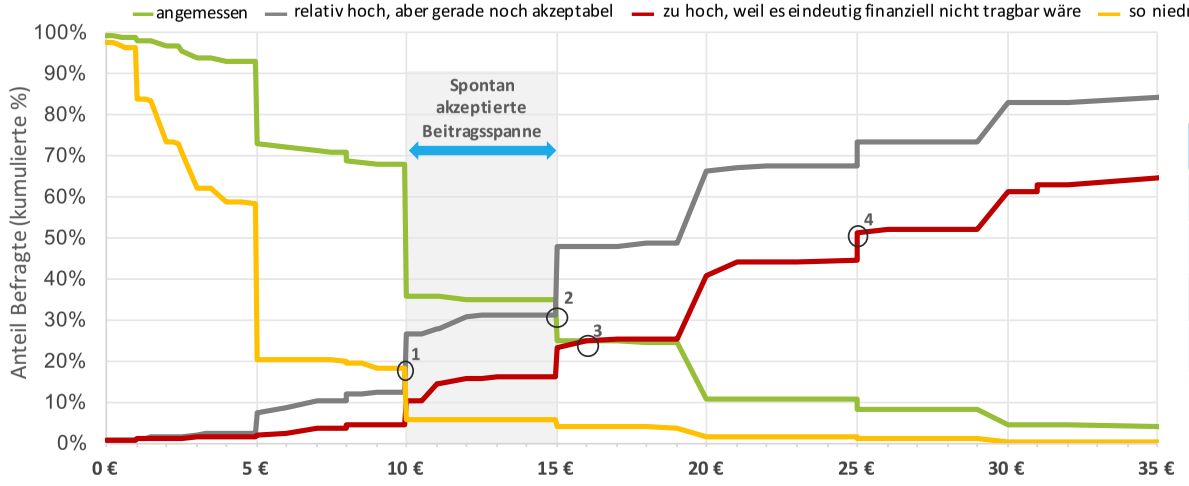
Die folgenden Daten basieren auf einer abweichende Datengrundlage im Vergleich zu den übrigen Ergebnissen:

- Sie sind nicht repräsentativ für die Grundgesamtheit der Pflegefachkräfte, da nur Zahlungswillige berücksichtigt wurden, die
- die Frage zur Höhe ihres Einkommens beantwortet hatten.
- Die Auswertung basiert zudem auf Daten der Telefon- und Online-Befragung, um auch die „Beitragsschmerzgrenze“ der stärker motivierten Teilnehmenden der Online-Befragung mit einzubeziehen.

Spontan empfundene Beitragsschwellen einer Pflegekammer in Brandenburg:

Welcher Mitgliedsbeitrag ist angemessen, relativ hoch aber noch akzeptabel, zu hoch und welcher nicht der Rede wert?

Basis: Alle zahlungswilligen Befürworter der Telefon- und Online-Befragung

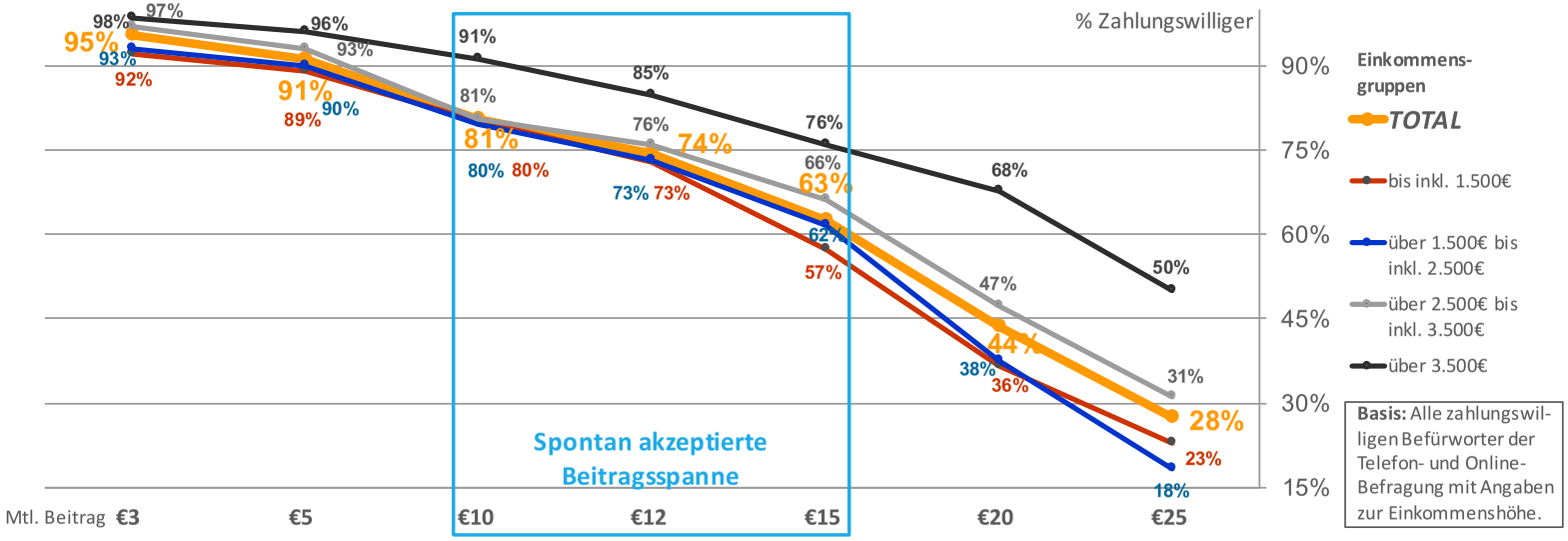


Beitragshöhe	€
1 Beitragsuntergrenze	10€
2 Indifferenzbeitrag	15€
3 Beitragsobergrenze	16€
4 50% zu hoch	25€

Die spontan abgefragten Beiträge zeigen eine akzeptierte Beitragsspanne von 10€ - 15€: Der obere Betrag ergibt sich daraus, dass für gleich viele Befragte 15€ „angemessen“ bzw. „zwar relativ hoch, aber gerade noch akzeptabel“ ist. Der untere Betrag ergibt sich daraus, dass für gleich viele Befragte 10€ „so niedrig [ist], dass es nicht der Rede wert wäre“ bzw. „zwar relativ hoch, aber gerade noch akzeptabel“.

Q.8 (c): Angenommen, in Brandenburg würde eine Pflegekammer gegründet werden. Welcher Mitgliedsbeitrag, der an die Pflegekammer zu entrichten wäre, wäre für Sie persönlich monatlich ...;

Anteil Zahlungswilliger bei vorgegebener monatlicher Beitragshöhe zwischen 3€ - 25€



Die gestützt abgefragte Zahlungsbereitschaft zeigt eine verhältnismäßig hohe Akzeptanz der spontan akzeptierten Beitragsspanne auch in den unteren Einkommensgruppen: Je 80% der Gruppe bis 1.500€ bzw. bis 2.500€ akzeptieren 10€ und jeweils 73% noch 12€. 15€ wird von 57% der untersten Einkommensgruppe akzeptiert und 62% der Gruppe bis inkl. 2.500€. Ein Beitrag ab 20€ wird mehrheitlich nicht mehr akzeptiert.

Q.9 (c) Angenommen, in BB würde eine Pflegekammer gegründet werden, so würde sich die Beitragshöhe am Einkommen des Mitglieds orientieren und durch die Kammerversammlung festgelegt. Sagen Sie mir bitte ob Sie bereit wären, den monatlichen Beitrag von [...€] zu bezahlen?

Befragungsergebnisse zukünftiger Pflegefachkräfte / Auszubildende & Studierende

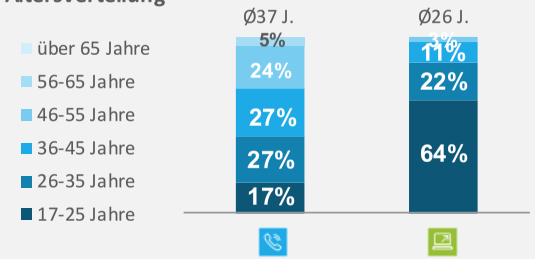
Qualitative Trendaussagen

Auszubildende & Studierende: Demografie

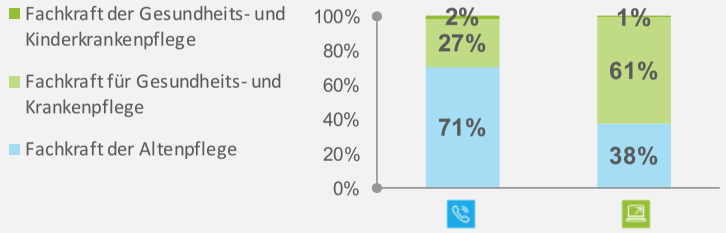
Gesamtstichprobengröße: N=137

Alle Ergebnisse sind nur als qualitative Trendaussagen zu werten.

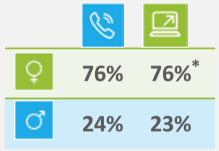
Altersverteilung



Angestrebter Abschluss:



Geschlechterverteilung



* n = 1 inter-sexuelle Person

Aktuell tätig* …

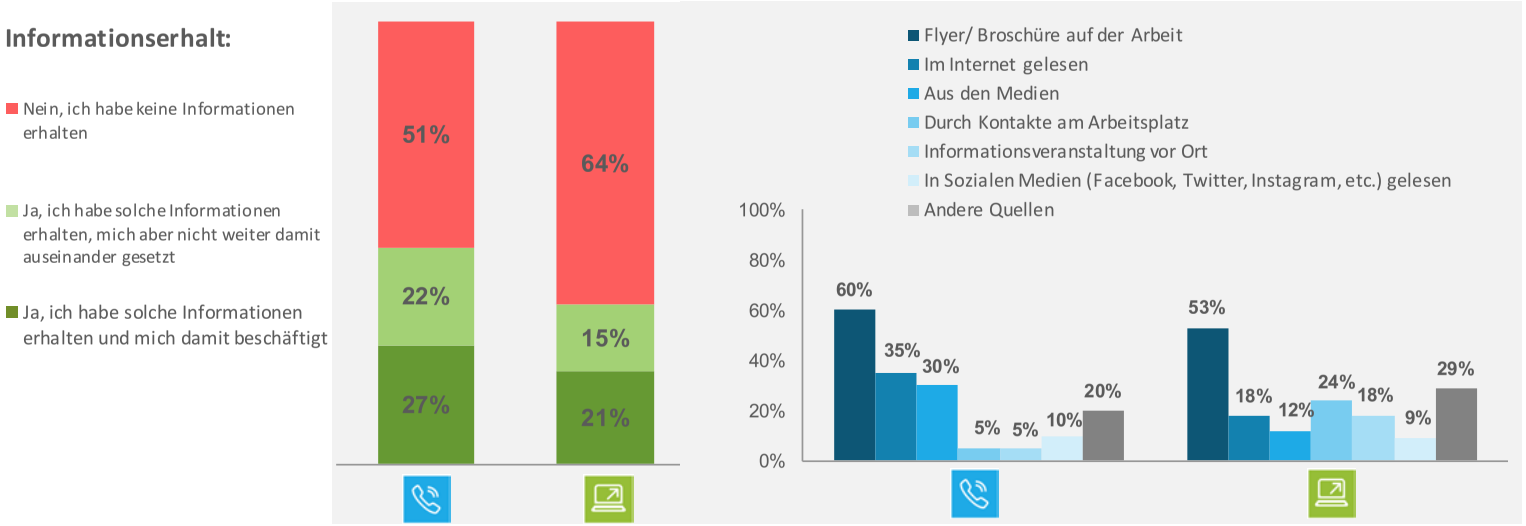
Krankenhaus/ Klinik	17%	64%
Stationäre Pflegeeinrichtung	29%	28%
Ambulanter Pflegedienst	34%	18%
Teilstationäre Pflegeeinrichtung	-	6%
Pädagogische Einrichtung	5%	2%
Behinderteneinrichtung	5%	1%

*) Kategorien < 2% werden nicht gezeigt

S.1. (c): Bitte nennen Sie uns Ihr Alter. S.5. (c): Bitte nennen Sie uns Ihr Geschlecht. S.7.a (c): Welchen Abschluss streben Sie aktuell an? S.10. In welcher Einrichtung bzw. in welchem Bereich sind Sie aktuell tätig/ beschäftigt/ in Ausbildung?

Auszubildende & Studierende: Informationserhalt und Informationsquelle zur Errichtung einer Pflegekammer in Brandenburg

Alle Ergebnisse sind nur als qualitative Trendaussagen zu werten.

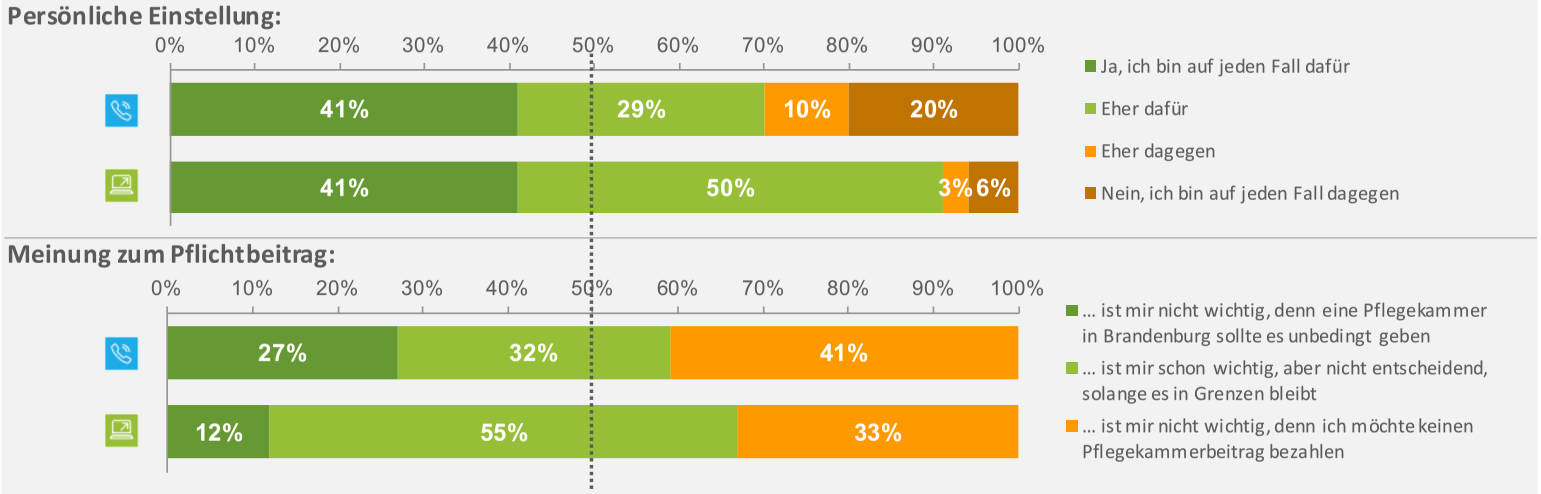


Von den befragten Auszubildenden & Studierenden haben deutlich weniger eine Information zum Thema Pflegekammer in Brandenburg erhalten als die befragten Pflegefachkräfte. Die wichtigste Informationsquelle waren hier ebenfalls Flyer/Broschüren auf der Arbeit.

Q.1 (c): In den letzten Monaten gab es einige Informationsveranstaltungen, Flyer, Broschüren, Medienberichte etc., die in Brandenburg rund um das Thema Pflegekammer informierten. Haben Sie entsprechende Informationen erhalten? Q.2: Über welche Wege haben Sie Informationen zum Thema Pflegekammer erhalten?

Auszubildende & Studierende: Einstellung zur Pflegekammer und Einführung des Pflichtbetrages

Alle Ergebnisse sind nur als qualitative Trendaussagen zu werten.



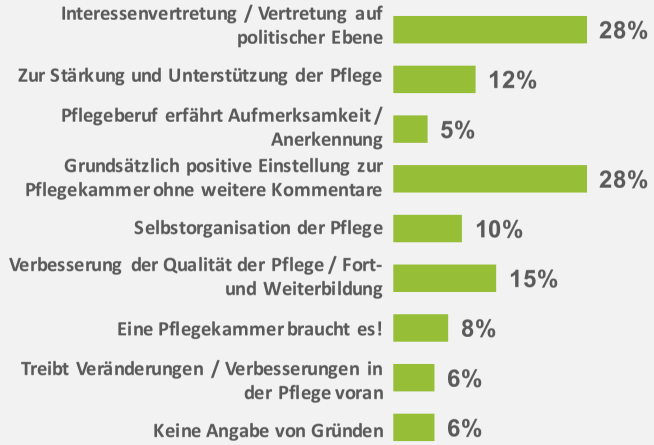
Auszubildende & Studierende zeigen eine deutlich stärkere Zustimmung zur Errichtung einer Pflegekammer in Brandenburg als Pflegefachkräfte. Die Ablehnung eines Pflichtbeitrags zur Pflegekammer ist bei Auszubildenden & Studierenden tendenziell niedriger als bei Pflegefachkräften.

Q.3/ Q.4 (c) Wie ist Ihre persönliche Einstellung zum Thema Pflegekammer? Sollte in Brandenburg eine Landespflegekammer eingerichtet werden? Q.7 (c) Welcher Meinung schließen Sie sich persönlich eher an? „Die Höhe des monatlichen Pflichtbeitrags für eine Pflegekammer in Brandenburg...“?

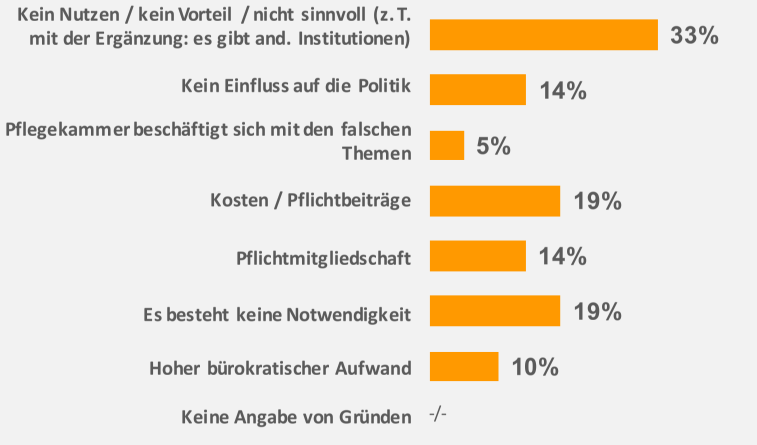
Auszubildende & Studierende: Einstellung zur Pflegekammer – Pro & Contra

Alle Ergebnisse sind nur als qualitative Trendaussagen zu werten.

Gründe der Befürworter



Gründe der Gegner



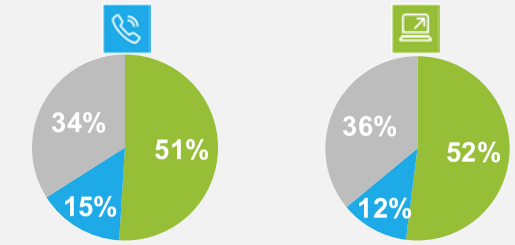
Befürwortende Auszubildende & Studierende geben als Begründung eine grundsätzlich positive Einstellung zur Pflegekammer sowie die Interessenvertretung bzw. Vertretung auf politischer Ebene durch die Kammer an. Die Gegner unter den Auszubildenden & Studierenden sehen hauptsächlich den fehlenden Nutzen, keine Notwendigkeit sowie den Pflichtbeitrag als Gegenargument.

Q.5 (o) Bitte begründen Sie kurz Ihre Antwort.

Auszubildende & Studierende: Pflegekammer in Brandenburg vs. Gewerkschaft – Konkurrenz oder sinnvolle Ergänzung? Mitgliedschaft in Gewerkschaft, Berufsverband oder Initiative von Pflegekräften

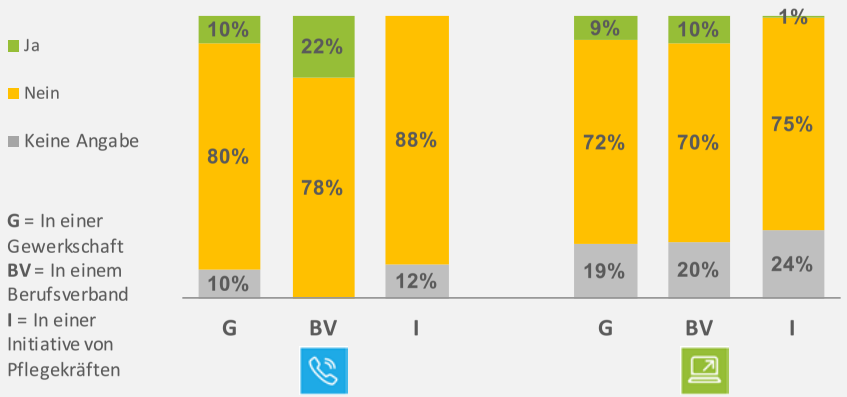
Alle Ergebnisse sind nur als qualitative Trendaussagen zu werten.

Konkurrenz oder sinnvolle Ergänzung?



- eher eine sinnvolle Ergänzung
- eher eine konkurrierende Einrichtung
- kann ich nicht beurteilen

Mitglieder in G, BV und I



Auch Auszubildende & Studierende sehen in einer Pflegekammer eine sinnvolle Ergänzung zur Gewerkschaft. Der Anteil derjenigen, der diese als konkurrierende Errichtung wahrnimmt, ist deutlich geringer als bei Pflegefachkräften.

Q.10. (c): Sehen Sie in einer Pflegekammer Brandenburg eher eine sinnvolle Ergänzung zu einer gewerkschaftlichen Vertretung der Pflegefachkräfte oder eher eine konkurrierende Einrichtung?
Q.11 (c): Sind Sie Mitglied in einer Gewerkschaft, in einem Berufsverband oder in einer Initiative von Pflegefachkräften?

psyma
Passionate People.
Creative Solutions.
Psyma Health & CARE GmbH
Fliedersteig 15-17
90607 Rückersdorf / Nürnberg
Germany
Tel +49 (0)911 99574-330
Fax +49 (0)911 99574-333
health-care@psyma.com
www.psyma.com
Offices in: Barcelona | Beijing | Bratislava | Budapest | Detroit | Frankfurt | Madrid | Mexico D.F. | Moscow | Munich | Nuremberg | Philadelphia | Prague | São Paulo | Shanghai

LT-Beschluss Pflegekammer vom 30.04.2015

Landtag Brandenburg **Drucksache 6/1268-B**
6. Wahlperiode

Beschluss
des Landtages Brandenburg

Den Weg zur Pflegekammer jetzt auch in Brandenburg frei machen!

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 11. Sitzung am 30. April 2015 zum TOP 11 folgende Entschließung angenommen:

„Errichtung einer Pflegekammer nur in breitem Konsens mit den Betroffenen

Mit dem Beschluss ‚Pflegeoffensive für eine verantwortungsvolle pflegerische Versorgung im Land Brandenburg auch in Zukunft', Drucksache 6/248-B, hat sich der Landtag zu einer Sicherung und Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgung im Land bekannt. Dazu gehört eine Stärkung und Aufwertung der Pflegeberufe als wichtigen Schritt für die Verbesserung der Pflegelandschaft. Dies ist notwendig, insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und dem daraus resultierenden Pflegebedarf im Land Brandenburg.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Haltung der Pflegekräfte im Land zur Errichtung einer Pflegekammer zu erfragen. Dazu ist

1. eine Informationskampagne zu konzipieren und umzusetzen, um die potenziellen Mitglieder einer Pflegekammer umfassend über Für und Wider, unter anderem über Arbeits- und Funktionsweise, Pflichtmitgliedschaft und Mitgliedsbeiträge, aufzuklären,

2. unter Berücksichtigung bereits vorliegender Erfahrungen und Ergebnisse anderer Bundesländer ein Konzept für eine repräsentative Befragung der Pflegekräfte zu erarbeiten und im zuständigen Fachausschuss des Landtages sowie unter Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern der Fachverbände, Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft und gesellschaftlichen Akteuren zu erörtern,

3. eine unabhängige Institution mit der Durchführung und Auswertung der Befragung zu beauftragen,

4. der zuständige Fachausschuss des Landtages über die Informationskampagne, die Befragungsergebnisse und das weitere Vorgehen zu unterrichten."

Britta Stark
Die Präsidentin

Notizen

Notizen

DIALOG
Pflegekammer

Herausgeber

**Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit,
Frauen und Familie des Landes Brandenburg**
Öffentlichkeitsarbeit
Henning-von-Tresckow-Straße 2–13
14467 Potsdam
www.masgf.brandenburg.de

Gestaltung: neues handeln AG

Bildnachweis: Miriam Doerr Martin Frommherz,
shutterstock, Susan H. Smith, Getty Images

Druck: LASERLINE Druckzentrum Berlin GmbH & Co. KG
Auflage: 500

Februar 2019

Alle Informationen unter
www.dialog-pflegekammer.de